

Thema: Modernisierung und Traditionalismus –
oder Lafontaine und kein Ende?

6

Jürgen Kromphardt
**Arbeitszeitverkürzung,
Oskar Lafontaine und die
Gewerkschaften**

Dr. Jürgen Kromphardt, Jahrgang 1933, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin; seine Forschungsschwerpunkte liegen in dem Bereich „Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Wachstum und Konjunktur“.

I.

Da der Streit um die Vorschläge von Oskar Lafontaine zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich noch immer Wellen schlägt und die Argumente teilweise ins Polemische abzugleiten drohen, erscheint es notwendig, den sachlichen Kern der Diskussion und damit der Meinungsunterschiede klarer herauszuschälen.

Ausgangspunkt ist die Erfahrung, daß mit oder ohne Arbeitszeitverkürzung langfristig die realen Stundenlöhne im großen und ganzen im gleichen Ausmaß steigen wie die Arbeitsproduktivität. Eine solche in allen westlichen Industriestaaten auf die Dauer und im Durchschnitt zu beobachtende Entwicklung ist verteilungsneutral: Lohnsumme und Gewinne steigen im gleichen Ausmaß; Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden im Verhältnis von Lohnsumme zu Gewinnsumme an den Produktivitätssteigerungen beteiligt. Die Verteilungsneutralität dieser Grundregel wird vor allem dadurch verschleiert, daß sich im Zeitablauf die Verteilung der Erwerbstätigen auf Selbständige und Arbeitnehmer verändert. Erst die um diese Verschiebungen bereinigte Lohnquote ist langfristig konstant. Außerdem gibt es – z. B. nach der „Wende“ von 1982 – mittelfristige Abweichungen von der Grundregel.

Fast alle bisherigen tariflichen Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen haben sich in dem Verteilungsrahmen bewegt, der durch eine verteilungsneutrale Ausschöpfung der Produktivitätssteigerungen gegeben ist. Die realen Stundenlöhne sind nämlich im Ausmaß der Zunahme der Stundenpro-

duktivität gestiegen. Die Arbeitszeitverkürzung hatte dann den Effekt, daß das Monatseinkommen der Arbeitnehmer nicht im selben Ausmaß gestiegen ist wie ihre Stundenlöhne, sondern weniger. An der Einkommensverteilung ändert sich dadurch nichts: Werden keine zusätzlichen Beschäftigten eingestellt, so steigt die Gesamtproduktion und damit auch das Gesamteinkommen – genau wie das Einkommen der Arbeitnehmer pro Monat – nicht im vollen Umfang der Produktivitätssteigerung pro Stunde, sondern weniger, da jeder Beschäftigte weniger Stunden arbeitet. Die Einkommensverteilung ändert sich aber auch dann nicht, wenn die Arbeitszeitverkürzung den erhofften Beschäftigungseffekt hat. Im günstigsten Fall, in dem die Arbeitszeitverkürzung voll durch Mehrbeschäftigung kompensiert wird, steigt die Lohnsumme im Ausmaß der Zunahme der Stundenlöhne, da die Gesamtzahl der geleisteten Stunden nicht verringert wird. Damit aber steigt auch die Produktion im Ausmaß der Erhöhung der realen Stundenlöhne und somit auch der Anteil, der den Unternehmern verbleibt.

Die Vereinbarung einer Arbeitszeitverkürzung, die den durch Produktivitätssteigerung gegebenen Verteilungsrahmen nicht übersteigt, berührt also die traditionelle Verteilungsneutralität der Lohnsteigerungen nicht. Eine solche „produktivitätsorientierte“ Arbeitszeitverkürzung hat den weiteren Vorteil, daß sie die *Lohnkosten* je Stück nicht erhöht, abgesehen vielleicht von geringfügigen Kosten der Einstellung und Einarbeitung neuer Mitarbeiter; denn die Stundenlöhne steigen ja – genau wie in der Situation ohne Arbeitszeitverkürzung – wie die Arbeitsproduktivität.

Ein Problem auf der Kostenseite werfen dagegen die Kapitalkosten auf. Wird nämlich die vereinbarte Verkürzung der individuellen Arbeitszeit dazu benutzt, um auch die durchschnittliche Betriebsdauer entsprechend zu verkürzen, so verringert sich die Laufzeit der Maschinen und anderen Sachanlagen. Dann aber müssen die Abschreibungen und sonstigen Kapitalkosten auf eine geringere Zahl von Stunden und damit auf eine geringere Menge an Produkten umgelegt werden, als wenn die Arbeitszeit und die Betriebsdauer nicht verkürzt worden wäre. Dieser Kosteneffekt läßt sich jedoch vermeiden, wenn

verstärkt in
entkoppelt
der Arbeit
wird von d
auch akzep
gen zeigen
den, daß d
einbezog

Ob nun
Arbeitszei
gen oder r
satzewart
duktionset
men keine
wegen der
vergleiche
schäftigte.
geplante E
lungen vor
auf Über
nommen,
planungen
der AZV v
mit begrü
zurückgin

Diese F
fig; denn
AZV ergibt
lungen vor
verzichtet
AZV noch
riflich ver
die gesam
einzelne F
die Metall
der Kons
kommen
nehmen d
gen der A
ren Produ

Aber a
strie werd
Beschäftig
bekannt
lich, die s
den von
tierten AZ
nicht ber
einer Arb
erhoffen
Freizeitka
nen, daß

verstärkt individuelle Arbeitszeit und Betriebsdauer entkoppelt werden. Die entsprechende Forderung der Arbeitgeber ist berechtigt und sinnvoll, und sie wird von den Gewerkschaften im großen und ganzen auch akzeptiert, wie die einzelnen Tarifvereinbarungen zeigen. Dabei umfaßt jede Woche so viele Stunden, daß der Sonntag nicht in diesen Überlegungen einbezogen werden muß.

Ob nun die Arbeitgeber insgesamt aufgrund der Arbeitszeitverkürzung (AZV) mehr Leute beschäftigen oder nicht, hängt entscheidend von ihren Absatzerwartungen und ihren darauf bezogenen Produktionsentscheidungen ab: Wenn die Unternehmen keinen Anlaß sehen, ihre Produktionsplanung wegen der AZV zu revidieren, dann benötigen sie – verglichen mit der Situation ohne AZV – mehr Beschäftigte. Das bedeutet, daß sie entweder auf sonst geplante Entlassungen verzichten oder Neueinstellungen vornehmen, soweit sie nicht vorübergehend auf Überstunden ausweichen. Häufig wird angenommen, daß die Unternehmen ihre Produktionsplanungen nach unten revidieren, weil sie aufgrund der AZV weniger Nachfrage erwarten. Dies wird damit begründet, daß wegen der AZV die Lohnsumme zurückginge und damit die Konsumgüternachfrage.

Diese Reaktion ist jedoch keineswegs zwangsläufig; denn die Reduktion der Lohnsumme durch die AZV ergibt sich ja nur dann, wenn keine Neueinstellungen vorgenommen oder auf keine Entlassungen verzichtet wird. Gerade dies aber ist anlässlich der AZV noch völlig offen. Außerdem betreffen die tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen nicht die gesamte Volkswirtschaft, sondern immer nur einzelne Branchen. Von diesen hängen einige, z. B. die Metall-Industrie, nur zu einem geringen Teil von der Konsumgüternachfrage und damit vom Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte ab. Unternehmen dieser Branche haben also wenig Anlaß, wegen der AZV einen Rückgang der Nachfrage nach ihren Produkten zu erwarten.

Aber auch die Branchen der Konsumgüterindustrie werden von der Arbeitszeitverkürzung für ihre Beschäftigten nur zu einem geringen und ihnen unbekanntem Ausmaß betroffen. Industrien schließlich, die sehr stark vom Export abhängig sind, werden von der kostenneutralen produktivitätsorientierten AZV in ihren Absatzerwartungen überhaupt nicht berührt. Ferner gibt es Branchen, die sich von einer Arbeitszeitverkürzung sogar mehr Nachfrage erhoffen können, nämlich alle Bereiche, die für den Freizeitkonsum arbeiten und damit rechnen können, daß Arbeitnehmer in ihrer längeren Freizeit

nun auch mehr zeitaufwendigen Konsum betreiben. Schließlich lehrt die Erfahrung, daß die privaten Haushalte auf einen Rückgang ihrer Einkommen nur sehr zögernd mit dem Rückgang ihrer Konsumgüternachfrage reagieren.

Alles in allem ist es daher wahrscheinlich, daß die Unternehmen bei der hier betrachteten AZV ihre Pläne nicht nach unten revidieren. Der Beschäftigungseffekt wird nur dadurch hinausgezögert, daß sie vorübergehend auf Überstunden ausweichen oder daß sie zusätzliche Rationalisierungsbemühungen unternehmen, um den Arbeitskräftebedarf zu reduzieren. Da jedoch die produktivitätsorientierte AZV lohnkostenneutral ist, bietet sie keinen starken Anreiz zu verstärkten Rationalisierungsbemühungen. Außerdem sind diesen Grenzen gesetzt, da die Unternehmen sowieso nach möglichst hoher Rationalisierung streben. Und es darf nicht vergessen werden: Wenn die Arbeitsproduktivität aufgrund der AZV ansteigt, gibt es in den folgenden Perioden einen höheren Spielraum für weitere Arbeitszeitverkürzungen.

Gegen eine AZV bei unveränderten Monatseinkommen äußern sich zuweilen auch Ökonomen, die der keynesianischen Nachfrageanalyse große Bedeutung beimessen. Sie argumentieren, daß gegen den Verzicht auf sonst übliche Einkommenssteigerungen die gleichen Gründe sprechen wie gegen eine allgemeine Lohnsenkung. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bei einer allgemeinen Lohnsenkung müssen die Unternehmen ihre Produktionspläne erhöhen, damit es zu Mehrbeschäftigung kommt. Bei einer AZV genügt es, daß die Unternehmen ihre Produktionspläne nicht oder nur geringfügig reduzieren.

II.

Die AZV hat sich in der bisherigen Praxis der westdeutschen Gewerkschaften im Rahmen der durch die Produktivitätssteigerung gegebenen Verteilungsspielräume bewegt. Dabei hat sich ein Lohnausgleich in dem Sinne ergeben, daß die Monatseinkommen je Beschäftigten durch die AZV nicht verringert worden sind, denn die AZV war niemals größer als die Produktivitätssteigerung und damit Reallohnsteigerung je Stunde. Wie aus den Dokumenten z. B. der IG-Metall für die Propagierung der 35-Stunden-Woche hervorgeht, bezeichnet sie dieses Ergebnis als „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich“. Die Diskussion über die Thesen von Oskar Lafontaine hat allerdings gezeigt, daß dieser Ausdruck sehr verwirrend ist. Es wäre klarer, hier von einer AZV ohne Einkommenseinbuße zu spre-

chen. Ein Verzicht auf mögliche Stundenlohnsteigerungen liegt eindeutig nicht vor, da die Erhöhung der Stundenlöhne im Ausmaß der Arbeitsproduktivität durch die AZV nicht berührt wird. Verzichtet wird allerdings für die Beschäftigten auf eine mögliche Steigerung der Monatseinkommen bei unveränderter Arbeitszeit. Daher betont die IG Metall zu Recht in ihrer „Argumentationshilfe zur Arbeitszeitverkürzung und zum Aktionsprogramm“ aus dem Jahre 1983, daß AZV „zu Lasten sonst möglicher höherer Lohn- und Gehaltssteigerungen und zu Gunsten von Arbeitsplätzen und Einkommen jetzt Arbeitsloser“ erfolgt.

III.

Fast alle empirischen Untersuchungen bestätigen, daß die in den 80er Jahren vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen, die sich alle im Rahmen des Produktivitätsfortschritts bewegt haben, einen positiven Beschäftigungseffekt gehabt und damit ihren Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet haben. Allerdings konnte niemand erwarten, daß Arbeitszeitverkürzungen des durchgesetzten Umfangs ausreichen könnten, eine Massenarbeitslosigkeit des derzeit herrschenden Umfangs allein in erheblichem Ausmaß zu senken. Deshalb haben Gewerkschaften und andere Befürworter der AZV als beschäftigungspolitisches Mittel immer gefordert, daß die Arbeitszeitverkürzungen ergänzt werden müssen durch eine aktive beschäftigungsorientierte Geld- und Fiskalpolitik.

Da eine solche Politik derzeit politisch nicht durchsetzbar ist, hat Oskar Lafontaine den Vorschlag gemacht, noch stärker als bisher auf die einzige Strategie zu setzen, auf die die Gewerkschaften direkten Einfluß haben, nämlich die Strategie der Arbeitszeitverkürzungen. Dazu aber ist es – so seine Argumentation – erforderlich, über die produktivitätsorientierte AZV hinauszugehen und die Arbeitszeit schlagartig zu verkürzen. Mit einem solchen Vorschlag ist notwendigerweise das Problem aufgeworfen, ob eine derartige AZV, z. B. eine sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche, mit der Aufrechterhaltung der Monatseinkommen verbunden sein kann oder nicht. Für die BR Deutschland liegen zu dieser Frage keine Erfahrungen vor, denn die IG Metall hat z. B. die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich gefordert, aber in den Tarifverhandlungen wurde dann eine schrittweise Einführung vereinbart, bei der – wie oben ausgeführt – die Erhaltung des Monatseinkommens unproblematisch ist. Aber auch ohne diese Erfahrungen läßt sich eindeu-

tig feststellen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit über den Produktivitätsanstieg hinaus bei Konstanthaltung der Monatseinkommen kein sinnvolles Ziel darstellt; denn sie ist real nicht erreichbar und gefährdet auf mittlere Sicht die Beschäftigungseffekte.

Dies läßt sich so begründen: Eine Verkürzung der Arbeitszeit in einem Schritt um z. B. 5 Wochenstunden kann nur dann die Monatseinkommen unverändert lassen, wenn die Stundenlöhne in entsprechendem Umfang und damit über die Produktivitätssteigerung hinaus erhöht werden. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß die Lohnkosten je Produkteinheit steigen. Nach aller Erfahrung führt dies zu Preisüberwälzungen.

Es wäre zwar denkbar, daß die Unternehmen die Lohnkostensteigerungen dadurch kompensieren, daß sie auf Gewinnanteile verzichten; die Erfahrung spricht jedoch eindeutig dagegen, daß sie dies in großem Umfange tun werden. Folglich würde die Erhöhung der Stundenlöhne über die Produktivitätssteigerung hinaus zwar das nominale Monatseinkommen konstant halten, sofern sich solche Lohnsteigerungen durchsetzen lassen; aber diese Erhaltung der Monatseinkommen wäre rein nominal, da durch die steigenden Preise die reale Kaufkraft sinkt. Die Erhaltung des Monatseinkommens stünde also nur auf dem Papier.

Gleichzeitig gefährdete jedoch eine solche Steigerung der Löhne und der Lohnkosten den Beschäftigungseffekt der AZV, denn die Arbeit würde sich für die Unternehmer verteuern, und damit würde ein neuer Anreiz geschaffen, vermehrt Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Das heißt nichts anderes, als daß eine solche AZV zu verstärkten Rationalisierungsinvestitionen führt, die auf mittlere Sicht den Beschäftigungseffekt der AZV wieder beseitigen oder zumindest erheblich reduzieren. Das Beharren auf vollem Lohnausgleich i. S. einer Erhaltung der Monatseinkommen hätte also zur Folge, daß man real diese Erhaltung nicht erreicht, auf der anderen Seite aber die Beschäftigungseffekte stark gefährdet oder gar völlig beseitigt.

Daher gibt es nur zwei Auswege, wenn man eine schlagartige Verkürzung der Arbeitszeit für beschäftigungspolitisch notwendig hält. Der erste Weg ist der von Oskar Lafontaine vorgeschlagene, nämlich der Verzicht auf die real sowieso nicht erreichbare Konstanthaltung der Monatseinkommen. Dabei ist es durchaus möglich, diesen Verzicht auf die Beziehung der höheren Einkommen zu beschränken, wobei man dann allerdings das Risiko eingeht, daß die schlechter bezahlten Arbeitsplätze im Laufe der Zeit

Rei
Fünft
30
2
F
6
Der Banknoten nachmacht oder verfälscht,
oder nachgemachte oder verfälschte sich be-
schafft und in Verkehr bringt, wird mit
Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft

Sie

kein
stim
Ge
ein
hö
rate
Br
Da

verstärkt durch Rationalisierungsinvestitionen der Unternehmer beseitigt werden. Mit einer solchen Strategie wird eine erhöhte Solidarleistung der beschäftigten Arbeitnehmer verlangt; denn jetzt sollen sie nicht nur auf sonst mögliche Steigerungen der Monateinkommen verzichten, sondern es sollen sogar Einbußen an Monateinkommen hingenommen werden.

Über die Berechtigung der Forderung nach einem solchen Solidarbeitrag läßt sich trefflich streiten. Man sollte dabei aber auch berücksichtigen, daß eine Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht nur den Arbeitslosen zugute kommt, sondern auch die Arbeitsmarktsituation der bereits Beschäftigten verbessert, indem sich ihr Entlassungsrisiko vermindert und ihre Chance, ggfs. einen neuen Arbeitsplatz zu finden, vergrößern. Der Solidaritätsbeitrag kommt also nicht nur den Arbeitslosen zugute, sondern auch einem nicht unerheblichen Teil der Beschäftigten.

Der Forderung nach solch einem Solidaritätsbeitrag kann entgegengehalten werden, daß er nur von den Arbeitnehmern gefordert wird, nicht aber von den Unternehmern. Dieser Einwand ist zwar moralisch gerechtfertigt. Er hilft aber nicht weiter, wenn die Unternehmen sich weigern, einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Dann nämlich verschiebt das Beharren auf einem Beitrag der Unternehmen die Lösung des Problems auf eine unbestimmte Zukunft.

Lafontaines Vorschlag kommt daher ohne Beitrag der Unternehmer aus. Deren Einkommen wird nicht betroffen: Die Stundenlohnsteigerung im Ausmaß der Produktivitätssteigerung bleibt in diesem Vorschlag bestehen, daher ist die AZV auch in dieser Form verteilungsneutral. Die Gewinne der Unternehmer werden nicht berührt; denn der Produktivitätszuwachs wird proportional auf Löhne und Gewinne aufgeteilt.

Der 2. Weg besteht darin, einem Vorschlag von Fritz Scharpf zu folgen und die schlagartige Einführung der 35-Stunden-Woche mit einer staatlichen Lohnsubvention für zusätzlich Beschäftigte zu koppeln. Dadurch würde einerseits der Kostensteigerungs- und Rationalisierungseffekt der Lohnsteigerungen gemildert und andererseits ein zusätzlicher Anreiz für die Unternehmen geschaffen, Arbeitskräfte einzustellen. Wenn diese Lohnsubventionen genügend hoch ausfallen, kann der Rückgang der Monateinkommen abgemildert werden. Dieser Weg setzt allerdings die Bereitschaft der jeweiligen Regierungsmehrheit voraus, entsprechende Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tätigen. Der

Vorschlag von Oskar Lafontaine geht aber gerade davon aus, daß von der derzeitigen Regierungsmehrheit in dieser Hinsicht nichts zu erwarten ist, so daß die Gewerkschaften überlegen müssen, welche Instrumente sie selber in der Hand haben und einsetzen können. Es ist daher an dieser Stelle unangebracht, auf die Vorzüge und Probleme des Vorschlages von Fritz Scharpf einzugehen, obwohl er einen Ausweg aus dem Konflikt zwischen Gewerkschaften und denjenigen, die Oskar Lafontaines Thesen zustimmen, bieten könnte.

IV.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß in einer Situation, in der die Gewerkschaften auf sich allein gestellt sind im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Vorschläge von Oskar Lafontaine den einzigen Weg aufzeigen, die Arbeitslosigkeit stärker zu reduzieren, als es mit den bisher vereinbarten produktivitätsorientierten AZV möglich ist. Daß es an ökonomischen Gegenargumenten fehlt, zeigen u. a. die Passagen des vom DGB-Vorstand für den 1. Mai 1988 herausgegebenen Musterreferats, in denen auf der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich beharrt und den Anhängern von Lafontaines Thesen entgegengehalten wird: „Wer jedoch den Gewerkschaften empfiehlt, die Löhne im Ausmaß der AZV zu senken, wer damit empfiehlt, den Produktivitätszuwachs in die Taschen der Unternehmer zu schaufeln . . ., der muß die Frage beantworten: Was passiert z. B., wenn die Unternehmer das geschenkte Geld ins Ausland schaffen?“ Eine solche Empfehlung ist in Oskar Lafontaines Vorschlag nicht enthalten. Die Stundenlöhne werden im Ausmaß der Produktivitätssteigerungen erhöht. Es wird den Unternehmern nichts geschenkt, und der Produktivitätszuwachs wird nicht in die Taschen der Unternehmer geschaufelt, sondern wie üblich, zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern in den traditionellen Proportionen aufgeteilt. Hier tritt Irreführung an die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung.

Dabei ist der Vorschlag von Oskar Lafontaine durchaus angreifbar, und zwar auf der politischen Ebene: Erstens kann die IG Metall mit ihrer Meinung Recht haben, daß die Bereitschaft der Arbeitnehmer, für AZV zu kämpfen, dann schwindet, wenn sie nicht nur wie bisher auf mögliche Zuwächse an Monateinkommen verzichten sollen, sondern sogar einen Rückgang ihrer Monateinkommen aus Solidarität mit den Arbeitslosen hinnehmen sollen. Und das in einer Situation, in der die Unternehmerngewinne kräftig angestiegen sind, so

Lafontaine geht aber gerade
zeitigen Regierungs-
ichts zu erwarten ist, so
legen müssen, welche
hand haben und einset-
dieser Stelle unange-
Probleme des Vorschla-
gehen, obwohl er einen
ischen Gewerkschaften
Lafontaines Thesen zu-

en, daß in einer Situa-
tionen auf sich allein ge-
die Arbeitslosigkeit, die
Lafontaine den einzigen Weg
it stärker zu reduzieren,
nbarnten produktivitäts-
st. Daß es an ökonomi-
lt, zeigen u. a. die Passa-
id für den 1. Mai 1988
erats, in denen auf der
llem Lohnausgleich be-
von Lafontaines Thesen
er jedoch den Gewerk-
ne im Ausmaß der AZV
ehlt, den Produktivitäts-

Unternehmer zu schau-
beantworten: Was pas-
nehmer das geschenkte
? Eine solche Empfeh-
s Vorschlag nicht enthal-
den im Ausmaß der Pro-
höht. Es wird den Unter-
und der Produktivitäts-
aschen der Unternehmer
üblich, zwischen Arbeit-
ern in den traditionellen
er tritt Irreführung an die
einandersetzung.

g von Oskar Lafontaine
zwar auf der politischen
G Metall mit ihrer Mei-
e Bereitschaft der Arbeit-
mpfen, dann schwindet,
bisher auf mögliche Zu-
nnen verzichten sollen,
gang ihrer Monatseinkom-
den Arbeitslosen hinneh-
iner Situation, in der die
ftig angestiegen sind, so

daß diese weit eher in der Lage wären, in geeigneter
Weise Solidarbeiträge zu leisten. Wenn aber die Ar-
beitnehmer nicht bereit sind, sich für AZV mit Ein-
kommensreduktion stark zu machen und dafür zu
kämpfen, dann sind die Durchsetzungschancen ge-
ring, selbst wenn in der Öffentlichkeit die Forderung
von Oskar Lafontaine auf große publizistische Zu-
stimmung treffen sollte; denn die Unternehmer wer-
den nach aller Erfahrung auch gegen eine solche
AZV sein, weil sie ihnen zusätzliche organisatori-
sche Probleme beschert, weil sie zur Verknappung
bestimmter begehrter Gruppen von Facharbeitern
und sonstiger Spezialisten führt und weil jede Ver-
ringerung der Arbeitslosigkeit ihre Verhandlungsposi-
tion am Arbeitsmarkt verschlechtert.

Im staatlichen Bereich könnten die Dinge aller-
dings auch anders liegen: Dort ist der Zusammen-
hang zwischen Einkommen und Beschäftigung bei
gegebenen Etatsansätzen wesentlich direkter, und das
Problem der Absatzerwartungen spielt keine Rolle.
Auch läßt sich die Umsetzung einer AZV in mehr
Beschäftigung leichter vereinbaren und kontrol-
lieren. Dies und die Sicherheit der Arbeitsplätze
könnte dazu führen, daß in diesem Bereich eine grö-
ßere Bereitschaft zu einem Solidaritätsbeitrag in
Form einer AZV besteht, die über die Produktivi-
tätssteigerung hinausgeht und zu verringerten Mo-
natseinkommen führt.

Das zweite Problem, das durch Oskar Lafontaines
Vorschlag aufgeworfen wird, zeigt sich deutlich
darin, daß die Arbeitgeberseite seinen Vorschlag
uminterpretiert und behauptet, nicht die AZV, son-
dern der Lohnverzicht führe zu mehr Beschäftigung.
Mit dieser Uminterpretation leitet er dann Wasser
auf die Mühlen seiner althergebrachten Litanei, daß
man durch Lohnsenkungen mehr Beschäftigung er-
reichen könne. Diese Aussage ist allerdings gesam-
twirtschaftlich falsch, sie gilt nur für ein einzelnes
Unternehmen, sie gilt auch möglicherweise für den
Öffentlichen Dienst eines kleinen Bundeslandes. Sie
gilt aber nämlich nur so lange, wie die Lohnsenkun-

gen nicht dazu führen, daß durch die gesunkene
Kaufkraft der breiten Schichten die Nachfrage nach
Gütern zurückgeht. Lohnsenkungen haben aber nur
dann einen positiven Effekt auf die Beschäftigung,
wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch sie
nicht berührt wird. Das aber ist nur dann der Fall,
wenn die Lohnsenkungen sich auf kleine Bereiche
beschränken.

V.

Es zeigt sich: Es ist vor allem eine Frage der tarif-
politischen und der allgemeinpolitischen Durchsetz-
barkeit, die zwischen den Anhängern der Vorschläge
von Oskar Lafontaine und der Forderung der Ge-
werkschaften nach der 35-Stunden-Woche mit vol-
lem Lohnausgleich diskutiert werden sollte. Dabei
sollte dann aber auch klar sein, daß die Alternative
lautet: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche
ohne Erhalt der Monatseinkommen, oder schritt-
weise Einführung der 35-Stunden-Woche bei kon-
stanten Monatseinkommen. Die dritte Möglichkeit,
die der Slogan der Gewerkschaften von der 35-Stun-
den-Woche mit vollem Lohnausgleich suggeriert,
nämlich die sofortige Erreichung dieses Zieles, be-
steht realiter nicht. Weder ist diese Forderung
durchsetzbar, noch ist sie sinnvoll, weil sie – wie
oben gezeigt – weder die gewünschte Erhaltung der
realen Einkommen sichern kann, noch den ge-
wünschten Beschäftigungseffekt.

Wer sich zwischen den beiden tatsächlich beste-
henden Alternativen für die Gewerkschaftsalterna-
tive ausspricht, sollte dann aber auch deutlich sagen,
daß er die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Solida-
rität mit den Arbeitslosen nicht so hoch einschätzt,
daß sie auf einen Teil ihres Monatseinkommens ver-
zichten. Dies ist die moralische Seite des Problems.
Die Anforderungen Oskar Lafontaines an die Soli-
darität der beschäftigten Arbeitnehmer mit den Ar-
beitslosen sind wesentlich höher als bei der Gewerk-
schaftsposition. Daraus folgt nicht, daß sie zu hoch
sind.

SIGRID SKARPELIS-SPERK

Unsere Demokratie ist in Gefahr

Arbeit ist eine Existenzbedingung der Menschen. Dies gilt für alle Epochen und Lebensformen. Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert und verteilt wird, ist abhängig vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung.

Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben benötigen, sondern schaffen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Zusammen mit der Natur ist sie Quelle des Reichtums.

Arbeitsfreude und Arbeitsleid waren stets Bestandteile des menschlichen Lebens. Arbeitsfreude ist Lebensfreude an der Selbstverwirklichung im gestaltenden Umgang mit Stoff, Werkzeug und Maschine, beim Entwerfen, Planen und Organisieren, beim Leisten von Diensten, in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Menschen. Arbeitsleid entsteht aus übergroßen Belastungen, aus Unterdrückung und Entfremdung in der Arbeit.

Die Geschichte der gesellschaftlichen Arbeit ist zugleich die Geschichte der Technik. Technik ermöglicht Reichtum und menschliches Wohlbefinden. Sie hat jedoch auch Armut und Entfremdung bei denen erzeugt, die kaum mehr besitzen als ihre Arbeitskraft und so vorgegebenen Zwängen ausgeliefert sind. Hemmungslose Anwendung der Technik hat zu einer bisher nicht dagewesenen Verschwendung von Ressourcen und zu einer Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen geführt.

Unsere Zukunft wird maßgeblich dadurch bestimmt, wie wir künftig arbeiten. Die humane Gestaltung der Arbeit, die gerechte Aufteilung der Erwerbsarbeit und die Anerkennung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wie Erziehungsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit sind unsere Ziele. Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die anderen Formen von Arbeit müssen zwischen Männern und Frauen gerecht verteilt werden.

Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist Zeichen gesellschaftlichen Reichtums. Sie setzt hochproduktive menschliche Arbeit voraus. Der erreichte Stand gesellschaftlicher Entwicklung erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit

können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:

- Gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen
- Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Mann und Frau
- Bildung und Weiterbildung für alle
- Massive Verkürzung der Arbeitszeit und Erweiterung der Freizeit
- Selbstverwirklichung in der Arbeit
- Verbesserung der Qualität der Arbeit
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft

Wir befinden uns in einer neuen Phase der technischen Umwälzung, die tiefgreifender ist als alle vergleichbaren Änderungen in diesem Jahrhundert. Grundlagen dieser Entwicklung sind die flexible Automatisierung in Produktion, Dienstleistung und Verwaltung, die Entwicklung und massenhafte Verbreitung neuer Werkstoffe, Produkte und Dienste.

In dieser Entwicklung verändert sich die menschliche Arbeit. Der Anteil geistiger Arbeit nimmt zu: Die Menschen werden in der Zukunft viel stärker als bisher sich informieren und Neues lernen, planen und entwickeln. Prozesse steuern und überwachen sowie Fehler der Systeme entdecken und korrigieren. Neue, anspruchsvolle Dienste werden notwendig.

Mit der wachsenden Intensität der menschlichen Arbeit und der Steigerung ihrer Produktivität wird menschliche Arbeitskraft frei. Sie kann genutzt werden für eine Ausdehnung der Produktion und Dienste und damit für weiteres Wachstum, für mehr Bildung und Weiterbildung, für die Verstärkung der Familien- und Eigenarbeit und die Erweiterung von Freizeit und Erholung, für mehr Gemeinschaftsarbeit.

Diese Entwicklung bringt aber auch erhebliche Mehrbelastungen durch Intensivierung der Arbeit, Verstärkung geistig-psychischer Belastungen, Ausweitung der Verantwortungsbereiche und erhöhte Anforderungen im Beruf, ständig neu- und umzulernen. Es entstehen neue Risiken und Gefahren aus der Arbeitsumwelt, die nicht durch den Abbau körperlicher Schwerarbeit kompensiert werden.

Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau

Angesichts des Ausmaßes und der Dauer dieser Umwälzungen kann Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme für die nächsten Jahrzehnte bleiben. Wenn die bisherige Politik fortgesetzt wird, müssen wir bis über das Jahr 2000 hinaus mit Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau rechnen.

Wird diese Entwicklung geduldet, dann sind die Konsequenzen: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt, ältere Arbeitnehmer, gering qualifizierte Frauen und Jugendliche sowie Ausländer werden zunehmend aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert.

Diese Entwicklung kann zu einer unerträglichen Polarisierung der Lebensverhältnisse führen. Eine Spaltung unseres Landes in wohlhabende und verarmte Regionen droht. Die Kon-

kurrenz unter den Arbeitnehmern verschärft sich, Solidarität wird erschwert. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt zu.

Es wird zunehmend weniger wichtig, was jemand zu leisten bereit und wie gut jemand qualifiziert ist, sondern wann und ob man als Mann oder Frau, als Deutscher oder Ausländer, im Norden oder Süden der Bundesrepublik, auf dem Lande oder in den Ballungsräumen geboren oder aufgewachsen ist.

Zu den wenigen in den nächsten Jahren unabwendbaren Entwicklungen gehört der Bevölkerungswandel. Nicht nur die Zahl der Rentner nimmt zu, auch das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen wird steigen.

Angesichts des Reichtums unserer Gesellschaft, angesichts der vielen unerledigten Aufgaben von Arbeits- und Umweltschutz, Gesundheitsversorgung, Stadterneuerung und Regionalentwicklung, angesichts des ungeheuren Bedarfs an Aus- und Weiterbildung, an sozialer Betreuung und Altenpflege, ist die Massenarbeitslosigkeit ein politisches Versagen, das auf Dauer Demokratie gefährdet.

Gemeinsame Aktionen der Staaten notwendig

Es ist die Aufgabe eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, für ausreichend Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten können und wollen, Sorge zu tragen. Denn der Verlust der Arbeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes Massenphänomen.

Die Privatwirtschaft allein, so leistungsfähig und effizient sie in der Produktion und Verteilung ist, kann seit mehr als einem Jahrzehnt die Vollbeschäftigung all jener Menschen, die arbeiten wollen, nicht sichern. Je länger die Krise andauert, je schwerer die ökonomischen und sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf den Völkern lasten, desto mehr nehmen Versuche zu, durch Protektionismus der eigenen Wirtschaft Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen. Sozialdemokraten halten deswegen einen gemeinsamen solidarischen Kampf der betroffenen Staaten gegen Massenarbeitslosigkeit für unabdingbar. Eine solche internationale Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird jedoch nur dann wirksam, wenn auch wir bereit sind, eine wirksame Beschäftigungspolitik auch national in Gang zu setzen.

Notwendig ist eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Kombination wirksamer Maßnahmen, die

- sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft,
- Umweltprobleme – insbesondere den Energieverbrauch – ernsthaft, massiv wirksam und schnell angeht,
- den rücksichtslosen Verschleiß der Gesundheit mindert,
- die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält,
- Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft sichert.

Jürgen P. Rinderspacher
**Warum nicht auch mal
sonntags arbeiten?**
Wochenendarbeit
zwischen
Wirtschaftlichkeit und
Sozialverträglichkeit

Dr. Jürgen Rinderspacher, Jahrgang 1948, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften der Ev.-Theol. Fakultät der Universität Münster; Veröffentlichungen u. a.: „Gesellschaft ohne Zeit“, Frankfurt/New York 1985; „Am Ende der Woche“, Bonn 1987; mit H. Przybylski zusammen „Das Ende gemeinsamer Zeit?“, Bochum 1988.

Die Kontroverse um die Arbeit am Samstag und Sonntag spitzt sich weiter zu. Dabei kommen die gewohnten parteipolitischen und sonstigen Fronten in Bewegung: Nicht nur Arbeitgeber, sondern neuerdings auch Sozialdemokraten sind der Meinung, daß die Maschinenlaufzeiten ausgedehnt werden sollten. Auf der anderen Seite protestieren gegen den drohenden Verlust der Sonntagsruhe auch solche gesellschaftlichen Organisationen, die den Forderungen der Gewerkschaften ansonsten eher skeptisch gegenüberstehen. Für beide Positionen gibt es auf den ersten Blick einleuchtende Argumente. Und bei näherer Betrachtung fällt auf, daß der hinter dieser Auseinandersetzung stehende Grundkonflikt nicht neu ist: Wirtschaftlichkeit contra Sozial- und Kulturverträglichkeit.

Wieweit zwingen die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Gesellschaft tatsächlich dazu, zentrale soziale Errungenschaften aufzugeben? Sind denn die Sachzwänge tatsächlich so groß, daß der Gesellschaft nichts anderes übrig bleibt, als das freie Wochenende aufzugeben? Der folgende Beitrag versucht die Handlungsspielräume in der „Wochenendfrage“ auszuloten und Perspektiven der weiteren Behandlung des Problems aufzuzeigen.

Argumente für die Einbeziehung des Wochenendes

Die seit einigen Jahrzehnten allgemein gültige Regel, daß Erwerbsarbeit an Samstagen und Sonntagen vermieden werden sollte, wo immer dies vertretbar

erscheint, ist zunächst durch Vorstöße von Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftszweige in Frage gestellt worden. Gegenwärtig lassen sich vier Hauptströmungen dieser Entwicklung ausmachen:

1. Insbesondere die Arbeitgeber im Metall-Bereich, aber auch in einigen anderen Wirtschaftszweigen erheben wieder *Anspruch auf den Samstag* als einen ganz normalen Arbeitstag. Dagegen wird der *Sonntag* – folgt man jedenfalls den offiziellen Verlautbarungen – von der überwiegenden Mehrzahl der gewerblichen Betriebe allgemein noch nicht beansprucht. Begründet wird die Wiedereinbeziehung des Samstags in die Arbeitswoche überwiegend mit dem *wirtschaftlichen Argument* der verbesserten Auslastung der Anlagen, um im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf besser bestehen zu können.

2. In vieler Hinsicht anders gelagert sind die Argumente der Hersteller von High-Tech-Produkten, die traditionsbedingt zumeist ebenfalls dem Metall-Bereich zugerechnet werden. Die Produzenten von Mikro-Chips oder Glasfaserkabeln argumentieren, daß die Unterbrechung des Produktionsprozesses am Wochenende eine hohe Ausschußrate zur Folge hätte, die ökonomisch nicht zu verantworten sei. Im Grunde handele es sich um ein technisches Problem, da die Anlagen nicht auf Abschaltbarkeit hin konstruiert seien, ähnlich den Hochöfen oder chemischen Produktionsanlagen. Daher müsse hier die in der Gewerbeordnung vorgesehene Ausnahmeregelung Anwendung finden, die auch etwa in der chemischen oder Stahl-Industrie den durchgehenden Betrieben möglich machen. Gefordert wird also die *Praktizierung des Samstags- wie des Sonntags-Betriebs* mit einer *sowohl technischen, als auch wirtschaftlichen Begründung*. Unterbrochen werden soll die Arbeit dann lediglich an den sog. hohen Feiertagen. Von einigen Gewerbeaufsichtsamtern ist die Wochenendarbeit bereits dauerhaft oder für begrenzte Zeit genehmigt worden (u. a. bei Valvo/Philips, Siemens, IBM). Hierfür sind von den betreffenden Firmen z. T. reine Wochenendschichten eingerichtet worden, bei denen die Arbeitszeit zwischen Freitag und Sonntag nur noch weniger als 2/3 der Normalarbeitszeit beträgt, während die Vergütung fast der für eine volle Arbeitswoche entspricht.

3. Die dritte und jüngste Forderung, den Samstag und Sonntag mit einzubeziehen, kommt von der Textil-Industrie. Abweichend von den Vorstößen der High-Tech-Industrie, tragen die Textil-Industriellen neben technischen ganz offen auch ökonomische Gründe vor. Der internationale Wettbewerb,

Vorstöße von Unter-
Wirtschaftszweige in
vändig lassen sich vier
wicklung ausmachen:
er im Metall-Bereich.
Wirtschaftszweigen er-
en Samstag als einen
gegen wird der Sonn-
offiziellen Verlautba-
den Mehrzahl der ge-
in noch nicht bean-
Wiedereinbeziehung
sche überwiegend mit
ent der verbesserten
im nationalen und in-
ppf besser bestehen zu
elagert sind die Argu-
Tech-Produkten, die
nfalls dem Metall-Ber-
Die Produzenten von
abeln argumentieren,
Produktionsprozesses
usschußrate zur Folge
u verantworten sei. Im
technisches Problem,
schaltbarkeit hin kon-
lochöfen oder chemi-
aher müsse hier die
ehene Ausnahmerege-
uch etwa in der chemi-
en durchgehenden Be-
fordert wird also die
wie des Sonntags-Be-
rischen, als auch wirt-
terbrochen werden soll-
len sog. hohen Feiertags-
aufsichtsämtern ist die
auerhaft oder für be-
en (u. a. bei Valvo/Phi-
sind von den betreffen-
tenendsschichten einge-
e Arbeitszeit zwischen
ch weniger als 2/3 der
während die Vergütung
swoche entspricht.
ordnung, den Samstag
ehen, kommt von der
id von den Vorstößen
ragen die Textil-Indu-
ganz offen auch ökonomi-
ationale Wettbewerb,

nicht zuletzt der kommende EG-Binnenmarkt, so wird etwa in einer Studie über Wochenendarbeit in der EG aus dem Jahre 1988 argumentiert, würde besonders die kapitalintensive Textilbranche zur kontinuierlichen Auslastung ihrer Kapazitäten zwingen. Ohne daß dies von der Öffentlichkeit so recht bemerkt wurde, haben die Textilindustriellen mit ihrer radikalen Forderung zum Sturm auf die bald hundertjährige deutsche Sonntagsgesetzgebung geblasen: Die bislang von allen Unternehmen mitgetragene Einsicht, daß es aus übergeordneten kulturellen, religiösen und sozialen Gesichtspunkten langfristig sinnvoll sei, den Wert der Sonntagsruhe höher zu stellen als partielle ökonomische Vorteile, wird nun im Grundsatz angezweifelt.

4. Neben dem gewerblichen Bereich werden darüber hinaus auch im Handel und im Dienstleistungsbereich geltende zeitliche Regelungen in Frage gestellt. Gemeint sind die Öffnungszeiten. Banken und Versicherungen möchten den Samstag wieder als Arbeitstag sehen und drängen ihre Beschäftigten, dem zuzustimmen. Die SB-Märkte „auf der grünen Wiese“ sowie einige Einzelhändler an Verkehrsknotenpunkten bestehen auf einer Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes, um Spätkaufzeiten aber z. T. auch Sonntagsbetrieb zu ermöglichen. Ansonsten sind es hier jedoch nicht die Arbeitgeber, die auf eine Revision hinarbeiten, als vielmehr die Bundesregierung und die Verbraucherverbände. Die Verbände des Einzelhandels (mit Ausnahme der SB-Warenhäuser) erwarten keine höheren Umsätze durch veränderte Ladenschluß-Zeiten und lehnen daher eine Novellierung des Ladenschlußgesetzes ab. Für die Bundesregierung wird die Neufassung der gesetzlichen Öffnungszeiten keineswegs nur pragmatisch i. S. einer Stärkung der Verbraucherinteressen verstanden. Sie sieht darin vielmehr einen Schritt in Richtung auf die Verwirklichung ihres ordnungspolitischen Grundsatzprogramms, das mehr Markt und weniger staatliche Reglementierung in allen Bereichen der Gesellschaft sehen will.

Man muß diese Entwicklung über die genannten Punkte hinaus im Zusammenhang mit weiteren Deregulierungsversuchen des Gesetzgebers betrachten. Tiefgreifende Veränderungen des zeitlichen Gefüges sind absehbar, wenn die Deregulierung zeitlicher Vorgaben im Arbeitsrecht, in der Gewerbeordnung, in den Länderverfassungen, in der Ladenschlußgesetzgebung (s. auch Tankstellen), in der Lärmschutzverordnung (z. B. Nachtflugverbot) u. a. sich durchsetzt und wenn auf eine bewußte Gestaltung der zeitlichen Rahmenbedingungen des Wirt-

schaftslebens mehr und mehr verzichtet wird. In diese Richtung zielt auch der Entwurf der Bundesregierung für ein neues Arbeitsgesetz.

In der Neuordnung der Zeit liegen Chancen, aber auch gewaltige Risiken, die mangels einer viel zu wenig entwickelten Diskussion über die Rolle und den Charakter von Zeit als Gerüst unseres industriellen Alltags zumeist unterschätzt werden.

Eine möglicherweise ins Haus stehende Revision herkömmlicher Zeit-Strukturen nach Maßgabe wirtschaftlicher Interessen stellt naturgemäß eine Herausforderung für die Gewerkschaften dar. Denen wird von den Arbeitgebern und neuerdings auch von Sozialdemokraten entgegengehalten, man müsse die Signale erkennen und einige zeitliche Relikte zur Disposition stellen; nur eine mit hoher Produktivität arbeitende Gesellschaft könne ihren Verteilungsspielraum vergrößern und hierdurch mehr Lebensqualität für alle erwirtschaften.

Tatsächlich gibt es ja viele wirtschaftliche und technische Gründe, die dafür sprechen, die tägliche und wöchentliche Dauer der Anlagennutzung auszuweiten. Wie schon erwähnt, führt im Fall der Mikro-Chip-Produktion die Unterbrechung von komplexen und sehr empfindlichen Anlagen bzw. Herstellungsprozessen zu sehr hohen Schrott-Raten, die dann die Produktionskosten für den Hersteller beachtlich in die Höhe treiben.

Ein weiterer Druck auf die möglichst effiziente Nutzung der Anlagen geht von den technologisch, aber auch durch den Wettbewerb bedingten verkürzten Innovationszyklen aus. Die Anlagen veralten immer öfter dadurch, daß sie angesichts einer neuen Maschinengeneration als unwirtschaftlich gelten, und nicht, weil sie nicht mehr funktionsfähig wären („moralischer Verschleiß“).

Weiterhin wird z. B. von Mikro-Chip-Herstellern angeführt, daß im Zusammenhang mit den verkürzten Innovationszyklen, so in der kürzer werdenden Abfolge vom 1- zum 4- bzw. 16-Megabyte-Chip die Techniker immer weniger Zeit hätten, die erforderlichen Erfahrungen für ein jeweils optimales Herstellungsverfahren zu sammeln. Auch oder gerade bei so weitgehend hochtechnisierter und störanfälliger Fertigung sei die Optimierung der Produktionsvorgänge durch Versuch und Irrtum unerlässlich. Der Verlust der Wochenenden bedeutet in der Tat die Nicht-Nutzung von 2/7 an potentieller Zeit hierzu.

Auch ist nicht zu bestreiten, daß grundsätzlich – entsprechende Absatzmärkte vorausgesetzt – durch den kontinuierlichen Betrieb die ökonomische Ef-

ektivität der Anlagen wesentlich verbessert werden kann. Der Wirtschaftswissenschaftler Georgescu-Roegen etwa hat dieses Problem schon vor Jahrzehnten erkannt und mit dem Bild des Müßiggangs des Kapitals („the idleness of capital“) umschrieben. Dieses Argument ist aus jeweils anderen Gründen sowohl für sog. Entwicklungsländer, die eine geringe Kapitalausstattung aufweisen, wie für die hochindustrialisierten Länder zu bedenken. Für die Entwicklungsländer gilt die Forderung, von den wenigen vorhandenen technischen Anlagen nicht durch Arbeitsunterbrechungen lediglich einen Bruchteil ihrer möglichen Kapazität zu nutzen. Für die hochentwickelten Länder gilt: Je höher die Ausbringungsmenge einer Anlage pro Stunde/Tag/Woche ist, desto höher werden die sogenannten Opportunitätskosten – das sind die durch den Stillstand nicht realisierten potentiellen Gewinne, die bei Betrieb der Anlage hätten gemacht werden können. Mit anderen Worten wird hier der Stillstand als entgangene Gelegenheit der Kapitalnutzung interpretiert. Aus dieser Sicht ist es zumindest vom einzelwirtschaftlichen Standpunkt aus durchaus vernünftig, die kontinuierliche Produktion besonders dort zu verwirklichen, wo der Automationsprozeß bzw. die Kapitalintensität besonders fortgeschritten ist. Beide Argumente sind aber nicht neu; sie erfahren in bestimmten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsphasen der Gesellschaft lediglich eine mehr oder weniger große Beachtung. Unbestreitbar ist jedenfalls, daß für jeden Betrieb in jeder Entwicklungsphase einer Gesellschaft die Heraufsetzung der Maschinennutzungszeiten – wohlgermerkt: entsprechend der Nachfrage! – mehr oder weniger große Kostenvorteile mit sich bringt.

Schließlich ist die Rolle des Zeitfaktors im internationalen Wettbewerb zu beachten. In jeder Gesellschaft bzw. Kultur bestehen jeweils spezifische Regeln – religiöse, gesetzlich fixierte oder im Vollzug informell praktizierte – die die Zeit einschränken, die von ihren Mitgliedern für wirtschaftliche Zwecke genutzt werden darf. Der Sabbat ist das markanteste Beispiel: Es ist allen Mitgliedern der Gesellschaft bzw. der Religionsgemeinschaft strikt untersagt, eine Aktivität mit wirtschaftlicher Zielsetzung auszuführen bzw. auch nur für sich selbst zu arbeiten. Andere Gesellschaften kennen solche Regulierungen ihrer Aktivitäts-Passivitäts-Muster durch begrenzte Handlungsverbote für spezifische Tage oder für bestimmte Tages- oder Nachtzeiten innerhalb besonderer Perioden. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden solche kulturell gesteuerten Festschreibungen

der Zeitverwendung in den kommenden Dekaden immer mehr mit der weltweiten, sozusagen kulturlosen, zeitökonomischen Vernunft der industriellen Produktions- und Lebensweise in Konflikt geraten, die ihren Geltungsanspruch deutlicher machen wird.

Der enger verflochtene Weltmarkt bezieht nämlich nicht nur verstärkt unterschiedliche Produktionskonzepte, Technologien und Managementphilosophien im wirtschaftlichen Wettbewerb aufeinander, sondern auch die unterschiedlichen kulturellen backgrounds der jeweiligen Länder. Die spezifischen Lebensformen und religiös fundierten Sitten und Gebräuche, die kulturtypischen Zeitverwendungsmuster waren bzw. sind oft Ausgangspunkte für Arbeitszeit- und Pausenregelungen oder für das Arbeitstempo in den verschiedenen Ländern (z. B. Teepause, Siesta, Sabbat etc.). Sie wirken aber unter Umständen restringierend auf die Betriebs- und Maschinennutzungszeiten, wie sie der reinen Kapitallogik entsprechen würden, und stellen somit einen Kostenfaktor dar. Die kulturellen Eigenheiten der Länder sind zu beachten bzw. zu überwinden, um eine kultur-neutrale, kapitalorientierte Zeitökonomie auf hohem Niveau auch tatsächlich durchsetzen zu können. Diese zeitwirtschaftliche Rationalität betrifft gleichermaßen den Umgang mit der Arbeitskraft wie den mit den Maschinen.

Im Weltmaßstab betrachtet scheint die gegenwärtige Situation derjenigen des letzten Jahrhunderts in verschiedenen europäischen Ländern ähnlich, als im Verlauf der Industrialisierung eine neue Zeitordnung, neue zeitliche Regeln und Gesetze zu etablieren waren, die zugleich den wirtschaftlichen Aufbruch wie die Abwehr der sozialen und psychischen Verelendung oder positiv formuliert: den sozialen Fortschritt sicherstellen konnte. Sozial verträgliche Zeitnormen sind zu etablieren, die zwischen dem kapitalbezogenen Interesse einer unbegrenzten Maschinenlaufzeit und dem arbeitnehmerbezogenen Interesse an geschützten Ruhephasen liegen.

Hierbei muß allerdings auch gesehen werden, daß etwa die asiatischen Gesellschaften einen kollektiven, regelmäßigen Arbeits-Ruhe-Tag wie unseren Sonntag, wenn überhaupt, erst seit ca. einem Jahrhundert als Folge der Öffnung nach dem Westen kennen. Die weitaus weniger tiefe Verankerung zyklisch-regelmäßiger Ruhetage in Kultur und Religion würde es diesen Gesellschaften leichter machen, unter bestimmten Umständen den arbeitsfreien Sonntag als gesellschaftliche Einrichtung wieder aufzugeben.

So mit abs

Es ist üb
doch ho
fest rech
Ansparp
erfolgrei

Die BS
Briefe
nach 8 Ja
zurück, v
Monat sp
es 15.910 M
sogar 20.
nisse sage
an fest zu

Oder Sie
Jahre an.
z. B. 8 Jah
Mark Ren

Bitte gleich a

Info

Ja, der B
Anlage (be
ren mich.

Diese
mit de
gilt bi
zur

Senden
BSV:Bar
6000 Fra

Für westliche Gesellschaften liegt darin allerdings kein Grund, diesbezüglich eine Vorreiter-Rolle anzustreben: Im Gegenteil wäre zu fragen, welchen Sinn es mache, in einer Situation, in der diese Länder die kollektive Ruhephase als Bestandteil des westlichen Industriesystems und als Bestandteil ihres Zeitwohlstandes teilweise erst zu akzeptieren beginnen, sozusagen schlafende Hunde zu wecken oder (salopp formuliert) andere Kulturen aus ihrer (noch jungen) Sonntagsruhe aufzustören?

Als wirtschaftlich zwingender Grund für den kontinuierlichen Betrieb ergibt sich aus der betriebswirtschaftlichen Rechnung, daß, je produktiver die Anlagen werden, auch die Verluste von Stillständen innerhalb eines gegebenen Zeitintervalls immer höher erscheinen. Wenn es tatsächlich einen Imperativ gibt, mit der gegebenen „Lebenszeit“ einer Anlage um so bewußter zu haushalten, je teurer sie wird, dann haben sich unsere hochindustrialisierten Gesellschaften in eine Lage hineinmanövriert, die es in Zukunft kaum noch möglich erscheinen läßt, die Maschinen abzustellen. Die ökonomische Vernunft wird ihren Geltungsanspruch immer dringlicher machen, je höher die Innovationsgeschwindigkeit von Endprodukten und Herstellungsverfahren werden.

Wenn dem so ist, dann stellt sich nun aber die Frage nach der Reichweite ökonomischer Argumentation: Welches argumentative Gewicht sollen ökonomische Gründe beanspruchen dürfen? Wieweit und wann kann es sich eine Gesellschaft leisten, nicht-ökonomische Ziele in bestimmten Hinsichten höher zu stellen als ökonomische? Auf den ersten Blick sollte man meinen, reiche Gesellschaften könnten den Verzicht auf materielle Zugewinne eher verkraften als arme. Im Umgang mit der Zeit scheinen jedoch andere Regeln zu gelten, oder besser: gelten zu sollen.

Was spricht gegen die Arbeit am Wochenende?

Zunächst ist die Behauptung der Arbeitgeber zweifelhaft, die kontinuierliche Produktion mache Arbeitsplätze sicherer bzw. schaffe neue Arbeitsplätze. Das ist nur richtig, wenn man die Rechnung auf nur einen Betrieb und eine Region bezieht oder genereller, bei einzelwirtschaftlicher Betrachtung. Gesamtwirtschaftlich betrachtet werden (bei konstanten Märkten) dagegen nur „neue“ Arbeitsplätze geschaffen, die anderswo wegfallen. Denn mehr Schichten am Wochenende oder in den Nachtstunden bedeuten mehr Produkte, die jedoch abgesetzt sein wollen. Da in der Regel die Absatzmärkte nicht

dramatisch expandieren, oft sogar schrumpfen, geht dies zu Lasten anderer Anbieter, deren Marktanteile zurückgehen, mit der Folge, daß dort Arbeitsplätze langfristig verlorengehen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, den Maschinenpark eines Unternehmens zu verringern und dafür die vorhandenen Anlagen ohne Unterbrechungen zu nutzen. Hierdurch erhöht sich zwar nicht die Anzahl der Produkte, aber es entstehen auch keine neuen Arbeitsplätze. Nur die Lage der Arbeitszeiten hätte sich durch die vermehrte Nacht- und Wochenendarbeit sehr zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändert. Per Saldo entstehen für die Volkswirtschaft also keine Beschäftigungseffekte, im Gegenteil wird die Konzentration zunehmen und bei den Verlierern mehr Arbeitsplätze vernichtet als bei den Gewinnern neue geschaffen werden.

Natürlich kann man angesichts des internationalen Wettbewerbs versuchen, Arbeitsplätze im eigenen Land zu halten, die sonst anderswo angesiedelt würden. Hier stellt sich aber die wirtschaftsethische Grundsatzfrage nach der Reichweite der Norm „Arbeitsplätze schaffen“: Mit der Ausweitung und Vernetzung der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Beziehungen, wie sie etwa im gemeinsamen Markt der EG postuliert und demnächst verstärkt praktiziert werden, wächst auch die Verantwortung der Partnerländer für andere bislang als „extern“ und daher sozial nicht berücksichtigungswert erscheinende Regionen. Mit größeren Wirtschaftsräumen, die sich als Partner oder gar „Gemeinschaft“ verstehen, vergrößert sich zugleich die soziale Reichweite – oder sollte es zumindest –, die sogar über EG-Grenzen hinaus gedacht werden kann. Das Argument des Erhalts des Arbeitsplatzes hier, auf Kosten eines anderen dort, wird, so betrachtet, also zumindest anfechtbar.

In die Reihe der nur kurzfristigen und einzelwirtschaftlichen Vorteile gehört auch, daß diejenigen Hersteller, die mit der Einbeziehung der Wochenenden beginnen, einen Wettbewerbsvorteil für sich in Anspruch nehmen können bzw. diejenigen Hersteller, die sich dem nicht anpassen, Nachteile zu befürchten haben. Dieses Problem ist einmal mit dem Gleichnis vom begeisterten Fußballfan beschrieben worden: Erhebt sich in einem Fußballstadion derjenige, der besser sehen will, von seinem Platz, so wird er zwar für einige Zeit sein Ziel erreichen, jedoch werden andere Fans ihm folgen, bis schließlich – nur stehend, also in schlechterer Befindlichkeit – alle Zuschauer im Stadion wieder zu den gleichen Ausgangsbedingungen zurückgekehrt sind.

Der Versuch der Unternehmer, die Maschinen-

laufzeiten resp. Betriebszeiten so weit wie möglich auszudehnen, ist bekanntlich so alt wie der Kapitalismus selbst. Davon zeugen z. B. Stellungnahmen der Arbeitgeber aus dem vorigen Jahrhundert, die den heutigen teilweise wörtlich gleichen – wie übrigens auch die Gegenargumente von Gewerkschaften und Kirchen. Es ist bemerkenswert, daß sich schon damals die Einsicht durchsetzen konnte, daß es erforderlich sei, der unbestrittenen ökonomischen Vernunft andere Werte entgegenzuhalten, die die Unterbrechungen der Produktion rechtfertigen konnten. Die abendländische Tradition bot hier eine Fülle von Anknüpfungspunkten in Form verteidigungswertiger gesellschaftlicher Zeitnormen und individueller Zeitverwendungsmuster. Die Erkenntnis, daß die Gesellschaft für die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Lebensrhythmus kollektive Wochenrhythmen benötigt, und die Einsicht in die Notwendigkeit regelmäßiger Ruhephasen zur Erholung und zum sozialen Kontakt, führte bereits Ende des letzten Jahrhunderts zu einer Festschreibung der Sonntagsruhe in der deutschen Gesetzgebung.

Besonders bemerkenswert ist, daß dies in einer Gesellschaft möglich wurde.

- deren ökonomische Leistungsfähigkeit weit hinter der unsrigen lag,
- deren Stellung im internationalen Wettbewerb weitaus schwächer war als die der Bundesrepublik heute und
- deren Anspruch und Realisierung von Sozialstaatlichkeit vergleichsweise noch kaum entwickelt war.

Der gegenwärtig zu beobachtende Versuch bestimmter Arbeitgeberfraktionen, die „wirtschaftliche Gründe“ und damit die ökonomische Dimension als die einzig stichhaltigen in der gesamten Sonntagsdebatte darzustellen (Wiedereinführung der Sonntagsarbeit als Folge einer Wettbewerbssituation), verkennt etwas sehr Wesentliches: Die ungeheuren Fortschritte der westlichen Gesellschaften waren nur möglich, weil diese, wenn auch keineswegs konfliktfrei, im Ergebnis doch ökonomische Ziele und Werte in effizienter Weise mit nichtökonomischen zu verbinden wußten.

Es gibt funktionelle wie auch, davon losgelöst, rein kulturelle Begründungsmuster für die Unterbrechung der Produktion. Letztere erhalten ihre Dignität und Existenzberechtigung nicht erst durch den Rückgriff auf Zweckmäßigkeit für etwas anderes, vielmehr stehen sie für sich allein. Diese nichtökonomischen Werte stellten, ob intendiert oder nicht,

stets eine Ressource für die Leistungsfähigkeit gerade hochentwickelter Gesellschaften dar. Wie natürliche Ressourcen können sie jedoch nur so lange ihre Nützlichkeit aufrechterhalten, wie sie auf regenerierbarem Niveau gehalten und nicht dem Raubbau preisgegeben werden.

Bereits die Erkenntnisse der frühen Sozialpolitik besagen, daß menschenwürdige Lebensbedingungen wesentlich auch durch zeitliche Rahmenseetzungen bewirkt werden. Daß hierdurch einzelwirtschaftliche Interessen tangiert wurden, daß die unternehmerische Freiheit eingegrenzt und sich (kurzfristig betrachtet) die betriebliche Rentabilität verschlechterte, wurde dabei, wenn auch nur unter Druck, in Kauf genommen. Die Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit ganz allgemein sowie zusätzlich für bestimmte Gruppen (Frauen, Kinder), die Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Wochenrhythmus, Pausenregelungen, die zeitliche Begrenzung des Erwerbslebens, die Regelung unfreiwilliger Arbeitsunterbrechungen durch Krankheit, die Forderung nach einem Erholungsurlaub u. ä., sie waren für die Herstellung eines lebhaften industriellen Alltags so wichtig, daß man dem Kampf um menschliche Zeitmaße fast einen konstitutiven Charakter für die auf den Arbeitsbereich bezogenen sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert zuschreiben kann. Gestaltung von Zeit ist eben sehr unmittelbar Gestaltung von Lebensverhältnissen.

Staatlich bzw. kollektiv garantierte Mindestnormen sind ein wesentliches Element jeder Sozialpolitik. Im Hinblick auf die Wochenendarbeit besteht nun die Gefahr, daß solche erkämpften und zum Teil staatlich garantierten Mindestnormen deutlich unterboten werden. Hierbei geht es um die – im Sozialstaat – vertretbare Untergrenze an Chancen zum sozialen Kontakt für Familien, Gruppen, Vereine etc. Die durch die Arbeitssituation bedingte, d. h. auf strukturelle Ursachen zurückführbare Herabsetzung der Kontaktchancen stellt den Staat vor die Aufgabe, zur Abwehr von auf Dauer absehbaren Verelendungserscheinungen neben den materiellen auch die kommunikativen Grundbedürfnisse seiner Bürger zu sichern. Der systematische Abbau von Kontaktchancen durch Vorgaben aus der Arbeitswelt muß als moderne Form der Verelendung und damit zugleich als sozialpolitisches Problem erkannt werden.

Es geht gleichsam darum, die gewachsenen zeitlichen Biotope unserer Gesellschaft vor dem Zugriff wirtschaftlicher Interessen zu schützen. Solche Biotope – zeitliche Enklaven, in denen sich kommuni-

kative Prozesse relativ störfrei entfalten können – sind wichtige soziale Ressourcen, deren Raubbau auch soziale Systeme, in welcher Form immer, „umkippen“ lassen könnte.

Das „Umkippen“ eines sozialen Systems durch Raubbau kann als das Grundproblem einer Gesellschaft angesehen werden, die sich von einer durch kollektive Rhythmen gegliederten hin zur kontinuierlich aktiven Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft entwickelt. Es fragt sich nun, wie man sich dieses Umkippen sozialer Systeme vorstellen kann. Hierzu sollen im folgenden ein paar Anhaltspunkte gegeben werden.

Drei Dimensionen der Sozialverträglichkeit

Die Gefahren im Hinblick auf eine Erosion des freien Wochenendes bzw. des Wochenrhythmus liegen auf verschiedenen Ebenen. Zu fragen ist sowohl nach der Sozialverträglichkeit wie nach der Kulturverträglichkeit der Aufgabe des freien Wochenendes, wobei Kultur hier i. w. S. als Bestandteil des sozialen Zusammenhalts einer Gemeinschaft verstanden wird. Es sind drei Dimensionen unterscheidbar, innerhalb derer die kollektiven Ruhephasen für die Gesellschaft eine Funktion haben:

1. die alltagspraktische Dimension
2. die sozio-kulturelle Dimension
3. die Dimension der „seelischen Erhebung“ oder Besinnung (kultische Dimension)

1. In der *alltagspraktischen Dimension* hat das arbeitsfreie Wochenende, d. h. der Samstag und der Sonntag, wie an anderer Stelle ausführlich dargestellt, vor allem seine Funktion a) als Zeitrahmen, innerhalb dessen Erholung und Entspannung stattfinden kann (Ausruhen, Ausflüge, Sport etc.), b) zur Erledigung von Aufgaben im Haushalt, genauer: der Aufrechterhaltung des Betriebes „Haushalt“ (Einkäufe, Vorratshaltung, Reparaturen und Pflege von Haus, Garten, Auto, Küche, Hobbygeräten etc.) und c) zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau sozialer Kontakte (Freunde, Verwandte, Vereine etc.).

2. In der *sozio-kulturellen Dimension* ist der symbolische Gehalt des freien Wochenendes angesprochen. Die regelmäßige Unterbrechung des öffentlichen Lebens durch sichtbare Zeichen im Verhalten der Menschen und im Erscheinungsbild des Lebensumfeldes (der Wohnung, der Straße, der Stadt, der Gesellschaft) hat eine kaum zu überschätzende integrative Bedeutung. Daß unser Leben, das individuelle wie das gemeinschaftliche, zwischen Hochs und Tiefs verläuft und zeitliche Gliederungspunkte hat, ist unerlässlich zur Orientierung und zur Verhinde-

rung von Überforderung durch überkomplexe, endlose und unvorstellbare Zeithorizonte und Handlungsketten. Dieses anthropologische Erfordernis wird allerdings in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich – eben über kulturelle Zusammenhänge – geregelt. Die allgemeine Anerkennung der Herausgehobenheit eines bestimmten Zeitintervalls (z. B. Sonntag, Samstag, Wochenende) ist Zeichen der Identifikation mit einer Gesellschaft, einem Kulturkreis oder einer Religion. So zeigt auch die Bewertung von Feiertagen ganz allgemein die Nähe oder Ferne eines Menschen zum Zentrum der Gesellschaft oder auch einer politischen Einstellung an (z. B. 24. bzw. 31. Dezember, 1. Mai, 17. Juni, Muttertag etc.). Während die Deutungskompetenz bzgl. des Sonntags noch größtenteils an die Kirchen geknüpft ist, gilt der Samstag als Arbeitnehmer- bzw. als Gewerkschaftstag, entsprechend seinem Ursprung.

Beide, der Samstag und der Sonntag, bilden über den alltagspraktischen Sinn hinaus das moderne „Wochenende“ als eine der pluralistischen Gesellschaft angemessene, weil gegenüber vielfältigen Deutungskompetenzen offene soziale Institution.

3. Die *Dimension der „seelischen Erhebung“ oder inneren Besinnung*, wie sie im Anschluß an die überlieferten kirchlichen Deutungen des Sonntags in dieser oder ähnlicher Form in den Gesetzestexten, die die Sonntagsruhe regeln, genannt wird, ist freilich nur schwer faßbar. Nichtsdestoweniger bezeichnet sie eine keineswegs obsolete soziale Tatsache. Mit dem Verlust universeller Sinngewandtheit der Kirchen für das Leben in der Gesellschaft haben sich zwar sichtbar die Formen und Inhalte gewandelt, in denen solche „seelische Erhebung“ oder moderner gesprochen Besinnung oder ein „Zu-sich-selbst-Kommen“ stattfindet. Das Bedürfnis danach scheint jedoch tendenziell eher größer zu werden.

Gerade in einer komplizierteren und von vielfältigen apokalyptischen Visionen begleiteten Welt wird die Sinnfrage verstärkt besonders von jüngeren Menschen gestellt, unabhängig davon, ob die etablierten Sinngewandtheitsinstanzen – Kirchen, Staat, Parteien, Gewerkschaften etc. – plausible Deutungen anzubieten vermögen. Die Sinnfrage ist aber nicht nur eine Frage kognitiver Angebote und Auseinandersetzungen. Im Gegenteil kann Sinn und Identifikation auch nonverbal, etwa durch zeitgleiches Verhalten wie gemeinsames Innehalten, symbolisch dargestellt werden (z. B. in einer kollektiven Schweigeminute). Mehr noch läßt die Fähigkeit eines Menschen, in einer ansonsten betriebsamen

Welt überhaupt noch innehalten zu können, auf sein Weltbild und seine Lebenseinstellung schließen. Nicht zufällig finden die auf Kontemplation gerichteten asiatischen Religionen vermehrt Beachtung als Hilfsmittel zur Bewältigung des Alltags wie als Weltanschauung.

Die auf die babylonische Gefangenschaft zurückreichende Arbeitsruhe am Sabbat wie die Arbeitsruhe des christlichen Sonntags sind nicht einfach nur als in theologischen Begriffen formulierte Ausruchtage zu interpretieren. Sie dienen gleichermaßen dazu, gemeinsames Verhalten zu erleichtern und damit die Suche nach dem (gemeinsamen) Sinnbezug zu bekräftigen. Während dieses Anliegen in den stark christlich geprägten Gesellschaften im Gottesdienst gleichsam zeit-räumlich lokalisiert werden konnte, ist dieser „Ort“ der Besinnung und des Innehaltens heute in einer pluralistischen Gesellschaft anders gewährleistet: nicht als kirchliches, raumzeitlich fixiertes Gebot (Sonntagsheiligung in der Kirche), sondern als Angebot, als eine gesellschaftlich verbürgte Chance und ein gesicherter Freiraum in Form einer generalisierten befristeten Freistellung von der Erwerbsarbeit, der ein Innehalten überhaupt erst ermöglicht.

Diese Wandlung im Charakter der „seelischen Erhebung“ sowie ihrer zeitlichen Lokalisierung, d. h. der Zeit, innerhalb derer ein Zu-sich-Kommen möglich ist, legen es nahe, langfristig außer dem Sonntag auch den Samstag besser als bisher zu schützen. Der Samstag ist in den gesellschaftlich anerkannten Zeitraum der „seelischen Erhebung und Besinnung“ deutlicher als bisher in die Gesetzgebung mit einzu beziehen.

Die drei genannten Bereiche, in denen die Funktionen des freien Wochenendes anzusiedeln sind, sind dem Anspruch der ökonomischen Vernunft entgegenzuhalten – und zwar unabhängig davon, ob sie der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft im einzelnen dienlich sind oder nicht. Sie sind unabhängig von ihrer Funktionalität als Grundvoraussetzungen menschenwürdiger Existenz aufzufassen, die bekanntlich nicht nur hinreichender materieller Subsistenzmittel bedarf. Die in den genannten drei Dimensionen enthaltenen Bedürfnisse nach Zeit für den sozialen Kontakt, noch sozialer Integration und der Chance individuellen und kollektiven Innehaltens müssen als Grundrechte der in der zeitlichen Begrenztheit befangenen menschlichen Existenz und des auf Sozialität angewiesenen Menschen aufgefaßt werden.

Im Gegensatz zu vielen alten Gesellschaften, in

denen Raub und Raubbau zur Beschaffung von Subsistenzmitteln ein weithin anerkanntes Mittel war, zeichnet sich die neuzeitliche Ökonomie wenigstens dem Anspruch nach durch eine Strategie der kontinuierlichen Wiederherstellung bzw. Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen aus. Das Revolutionäre bei der Entdeckung bzw. ausführlichen Beschreibung und Nutzbarmachung von Marktgesetzmäßigkeiten bestand ja u. a. in der Vorstellung, die Menschen könnten durch gut organisierten wechselseitigen Austausch ihrer Produkte und Interessen den eigenen Reichtum vermehren, ohne dabei den der anderen zu verringern. Nicht der Kahlschlag oder die Vernichtung des Gegenübers, vielmehr der kalkulierte Einsatz von Mitteln mit dem Ziel der Vermehrung des Ganzen, das Wachstum, charakterisiert das neuzeitliche wirtschaftliche Denken.

So betrachtet muß die Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft durchaus auch im Interesse einer weitsichtigen Wirtschaftspolitik liegen, die aber wiederum die Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen erkennen muß und nicht auf die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Globalziele der ökonomischen Entwicklung ausgerichtet sein darf. Die Entwicklung der Gesellschaften mit Sozialstaatsanspruch hat gezeigt, daß wirtschaftliche und soziale Entwicklung keine Gegensätze sein müssen, sondern im Gegenteil zumeist einander bedingen.

An anderer Stelle ist ausführlich dargelegt worden, welche negative Folgen die Entrhythmisierung, die Abkopplung der Gesellschaft vom Wochenrhythmus nach sich ziehen könnte. Dies betrifft alle drei genannten Dimensionen. Grundproblem in der alltagspraktischen Dimension ist das Auseinanderfallen der sozialen Beziehungen. Das Zusammenleben der Familien und Lebensgemeinschaften wird enorm erschwert. Bereits das Bedürfnis der meisten Arbeitnehmer, ihre Freizeit mit ihnen nahestehenden Menschen und nicht allein zu verbringen, stellt diese, je mehr sich die Gesellschaft vom kollektiven Lebensrhythmus entfernt, vor fast unüberwindliche Hindernisse der praktischen Koordinierbarkeit.

Das Netzwerk unseres sozialen Lebens wird hierdurch großmaschiger und poröser, nicht nur bezogen auf Familie und Verwandtschaft. Durch weniger Gelegenheit zum sozialen Kontakt werden Freundschaften belastet und das insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden so wichtige Vereinsleben beeinträchtigt. Unter besonderen Umständen, z. B. für Einpersonenhaushalte in bestimmten Lebensabschnitten und in bestimmten Hinsichten kann die

Vertauscht
Sonntag m
troffenen e
ten: Tatsä
manche Fa
che getätig
bzw. temp
sich nicht
tution we
läßt. Um
Erfordern
spiel die E
lich besse
Wenn d
len Kontak
in die Sin
ten und r
klagtes Pl
gen, nimm
gen über e
wird auf
schaft ko
tionalisie
Versorgu
schaft, si
dene Me
wird. Die
die Pfleg
Zwang, i
wird der
tierte „F
weiter zu
Was d
angeht, s
schaft di
Urväter
darauf h
rhythmu
sammen
und Wer
fen sei –
Tendenz
und der
ziale Ko
Gesellsch
ken, da
bensrhy
Entwick
sozialen
Wo e
wird de
men. N

zur Beschaffung von Sub-
anerkanntes Mittel war,
he Ökonomie wenigstens
eine Strategie der konti-
nung bzw. Erhaltung ihrer
is Revolutionäre bei der
ichen Beschreibung und
arktgesetzlichkeiten be-
ung, die Menschen könn-
en wechselseitigen Aus-
Interessen den eigenen
e dabei den der anderen
ahlschlag oder die Ver-
vielmehr der kalkulierte
em Ziel der Vermehrung
, charakterisiert das neu-
enken.

ufrechterhaltung der so-
undlagen einer Gesell-
teresse einer weitsichti-
n, die aber wiederum die
Erträglichen erkennen
rwerfung aller Lebensbe-
der ökonomischen Ent-
arf. Die Entwicklung der
atsanspruch hat gezeigt,
ziale Entwicklung keine
ndern im Gegenteil zu-

sführlich dargelegt wor-
die Entrhythmisierung
llschaft vom Wochen-
könnte. Dies betrifft alle
n. Grundproblem in der
on ist das Auseinander-
igen. Das Zusammenle-
ensgemeinschaften wird
s Bedürfnis der meisten
mit ihnen nahestehen-
ein zu verbringen, stellt
lschaft vom kollektiven
or fast unüberwindliche
Koordinierbarkeit.

zialen Lebens wird hier-
oröser, nicht nur bezo-
dschaft. Durch weniger
ontakt werden Freund-
sbesondere für kleinere
chtige Vereinsleben be-
en Umständen, z. B. für
estimmten Lebensab-
n Hinsichten kann die

Vertauschbarkeit der Wochentage Samstag und Sonntag mit freien Tagen in der Woche für die Betroffenen einen Zuwachs an Lebensqualität bedeuten. Tatsächlich können Behördengänge wie auch manche Freizeitaktivitäten besser mitten in der Woche getätigt werden. Jedoch sind dies nur partielle bzw. temporäre Interessenlagen, aus denen heraus sich nicht die Erosion einer gesellschaftlichen Institution wie dem kollektiven Ruhetag rechtfertigen läßt. Um solchen gelegentlichen Bedürfnissen oder Erfordernissen entgegenzukommen, wäre zum Beispiel die Erhöhung verfügbarer „freier Tage“ wesentlich besser geeignet.

Wenn die Bedürfnisse der Menschen nach sozialen Kontakten drastisch unbefriedigt bleiben, treten in die Sinn- und Soziallücken wahrscheinlich die alten und neuen Medien. Die Vereinzelung, oft beklagtes Phänomen auch in anderen Zusammenhängen, nimmt zu. Die Belastung der sozialen Beziehungen über das oft schon jetzt bedenkliche Maß hinaus wird auf lange Sicht auf den Staat und die Gesellschaft kostenwirksam zurückschlagen: Mehr institutionalisierte gesundheitliche und psycho-soziale Versorgung wird erforderlich sein, weil die Bereitschaft, sich um andere, als immer fremder empfundene Menschen zu kümmern, drastisch abnehmen wird. Dies hätte fatale Folgen u. a. im Hinblick auf die Pflege kranker und alter Menschen. Durch den Zwang, immer öfter allein die Freizeit zu verbringen, wird der schon jetzt in der Freizeitforschung konstatierte „Freizeitegoismus“ mit allen Folgeproblemen weiter zunehmen.

Was die zweite, die sozio-kulturelle Dimension angeht, so ist mit der Entrhythmisierung der Gesellschaft die Gefahr der Anomie verbunden: Bereits die Urväter der Soziologie wie z. B. Durkheim haben darauf hingewiesen, daß ein gemeinsamer Lebensrhythmus der Gesellschaft als solcher bereits Zusammenhalt stiftet und das gemeinsame Normen- und Wertesystem – wie immer es inhaltlich beschaffen sei – stärkt. Die ohnehin vielerorts anzutreffende Tendenz des Auseinanderdriftens von Wertbezügen und der Vereinzelung dürfte sich verstärken. Der soziale Konsens und damit auch die Regierbarkeit der Gesellschaft werden erschwert. Dabei ist zu bedenken, daß die Entkopplung vom gemeinsamen Lebensrhythmus nur eine von vielen problematischen Entwicklungen in der Gesellschaft darstellt, die den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen.

Wo die gemeinsamen Wertbezüge schwinden, wird der Hang zur Ellenbogengesellschaft zunehmen. Nicht zufällig finden wir – wenn auch nicht ur-

sächlich bedingt – in den Städten der USA, die in Richtung auf die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft am weitesten fortgeschritten sind, eine hohe Kriminalitätsrate. Kurz gesagt scheint es gesellschaftspolitisch wenig ratsam, – außer, jemand würde sich erhoffen, von einer sozialen Destabilisierung zu profitieren –, die noch vorhandenen gemeinsamen Wertbezüge, die ja gleichsam eine Art Schmiermittel des sozialen Lebens sind, ohne wirklich zwingenden Grund aufs Spiel zu setzen.

Die Gefährdungspotentiale, die von einer Erosion der dritten Dimension der Besinnung und des Innehaltens ausgehen, sind freilich am schwersten zu beziffern. Von kirchlicher bzw. theologischer Seite wird diese geistige bzw. geistliche Dimension naturgemäß am stärksten betont und in den meisten Verlautbarungen letztlich am höchsten bewertet. Die Einschränkung der Chancen zum gemeinsamen Innehalten trifft aber nicht nur engagierte Christen, sie tangiert die geistige Situation der Gesellschaft insgesamt. Denn alle Mitglieder der Gesellschaft werden – sozusagen indirekt, auch in Abgrenzung – von den im Lebensrhythmus implizierten Deutungsmustern und Sinnbezügen mitbewegt. Der Lebensrhythmus als solcher ist schon Bestandteil der geistigen Situation einer Gesellschaft. Mit dem gemeinsamen Lebensrhythmus ginge damit eine wesentliche Lebenshilfe i. S. einer Instanz für die Verringerung von Unbestimmtheit verloren.

Tolerierbarkeit von Wochenendarbeit: Vier Vorschläge

Fassen wir zusammen: Schon immer, von Anbeginn der Industrialisierung, ließen sich gute Argumente für die Ausdehnung der Laufzeiten der Maschinen finden. Es waren im wesentlichen die Argumente einer aufgeklärten, langfristig bezogenen und auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte zielenden wirtschaftlichen Betrachtungsweise, wie auch die politische Durchsetzung nichtökonomischer, sozialer, kultureller und geistlicher Erfordernisse und Bedürfnisse, die den Schutz des Sonntags möglich machten.

In alltagspraktischer, sozio-kultureller und geistiger Hinsicht drohen der Gesellschaft schwerwiegende Verluste durch eine weitere Verbreitung der Sonntags- bzw. Wochenendarbeit. Den zu erwartenden negativen Auswirkungen für die Gesellschaft stehen unsichere Erfolge im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung gegenüber.

Die bisherige langfristige Erfahrung hat gezeigt, daß mit der Beschränkung von Wirtschaftszeiten am

Abend und am Wochenende durch Gesetz, Tarifvertrag oder stillen Konsens keinerlei Wachstums- oder Wohlstandseinbußen verbunden waren, im Gegenteil. Doch selbst wenn solche Einbußen zu befürchten wären: Es kann nicht darum gehen, eine Politik zu betreiben, die – im günstigen Falle – nur den Güterwohlstand sichert. Gleichrangig sind andere, nicht monetär vermittelte Formen von Wohlstand zu sichern und fortzuentwickeln. Vor allem geht es um den Erhalt des gegenwärtigen Zeitwohlstandes, d. h. um ein möglichst hohes Ausmaß an Eigenkontrolle über die Zeitverwendung für jeden einzelnen, wie auch um den Erhalt des „Kulturwohlstandes“ der Gesellschaft, um den Erhalt und Ausbau der geistigen und „seelischen“ Grundlagen, die ein gelungenes Leben erfordert.

Ähnlich wie im Umgang mit der natürlichen Umwelt muß angesichts der dort manifest gewordenen massiven Fehlentwicklungen daher über die Beweislast gesprochen werden: Nicht diejenigen, die die Zerstörung der Lebensgrundlagen befürchten, haben den Protagonisten einer anderen Zeitordnung die Schädlichkeit, sondern die Befürworter haben die Unbedenklichkeit nachzuweisen.

Andererseits: trotz dieser Bedenken darf die Umstrukturierung von zeitlichen Gewohnheiten und Allokationsmustern der Gesellschaft nun auch nicht tabuisiert werden. Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung selbst ist ja, je erfolgreicher er ist, mit ein Anstoß zu tiefgreifenden zeitlichen Neuorientierungen etwa im Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit auf der einen wie von Arbeitszeit und Betriebszeit auf der anderen Seite. Die industrielle Zeitordnung ist als Kompromiß aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, als Ergebnis von Arbeitskämpfen entstanden: Darin gingen auch immer Wertvorstellungen über die Art des künftigen sozialen Fortschritts mit ein. Unsere gegenwärtige Zeitordnung ist also ein „historischer Kompromiß“, der mit fortschreitender Entwicklung auch anders aussehen könnte. Nicht verhandelbar sind dagegen die sozialen Bedürfnisse und Schutzinteressen der Arbeitnehmer gegenüber der strukturell stärkeren Arbeitgeberseite. Kollektive Formen haben sich hier bislang als die wirksamsten herausgestellt.

In diesem Sinne kann es nicht darum gehen, absolut jede Form der Wochenendarbeit zu blockieren. Die Schutzinteressen der Arbeitnehmer erfordern allerdings, daß

- a) sie von ihrer quantitativen Seite *per Saldo* nicht über das bisherige Maß, bezogen auf betroffene Arbeitnehmer und das Gesamtarbeitsvolumen,

hinausgeht, um Regel und Ausnahme weiterhin deutlich unterscheiden zu können.

- b) die im Gesetz festgehaltene Begründung der technischen Notwendigkeit für Ausnahmeregelungen nicht durch Gesetzesänderungen um andere Gründe und Öffnungsklauseln erweitert wird.
- c) die Genehmigungsbehörden, die für Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot zuständig sind, nicht durch „Liberalisierung“ der Handhabung den Sinn gesetzlicher Bestimmungen in der Praxis unterterminieren.

Auch innerhalb dieses relativ engen Rahmens lassen sich Anpassungserfordernisse an den Strukturwandel nachvollziehen. Die entscheidende Frage wird aber zunächst sein, inwieweit angesichts der weiteren Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen im europäischen wie im Weltmaßstab den marktförmig verlaufenden Anpassungsprozessen an Welt-Zeit-Standards entgegengearbeitet werden kann. Zweifellos sind die Standards der sozialen Sicherung, zu der auch die Regulierung der zeitlichen Rahmenbedingungen gehören, in den meisten Ländern niedriger als in der Bundesrepublik. Die Öffnung von Wirtschaftsräumen und politischen Grenzen, siehe den freien EG-Markt, birgt daher stets die Gefahr des „Sozial-Dumpings“, der wechselseitigen Unterbietung erreichter Standards des Arbeitnehmerschutzes in sich. So ist einerseits klar zu sehen, daß die Tendenz zur Assimilation von Zeitnormen der Betriebs- und Maschinennutzung, der Arbeitszeitdauer und -lage, der Arbeitsgeschwindigkeit etc. noch mehr als bisher eine gewaltige Herausforderung für die Aufrechterhaltung der kulturellen Identität der über den Weltmarkt verflochtenen Gesellschaften und Kulturkreise darstellen wird. Hierbei tun sich einige Länder sehr schwer, andere wiederum können sich erstaunlich schnell den wirtschaftlichen und technischen Vorgaben der Kapitalrationalität anpassen.

Wenn sich andererseits jedoch die Lebensqualität einer Gesellschaft nicht nur an ihrem Güterwohlstand, sondern auch an ihrem Zeitwohlstand zeigen soll – und nichts anderes propagiert die Industriegesellschaft von Anbeginn etwa mit dem Leitbild des Freizeitmenschen –, dann wäre die Beibehaltung gewachsener „wirtschaftsfreier Zonen“, wie dem Wochenende, selbst ein Wohlstandsziel. Wenn dem so ist, erscheint es unklug, den über den wirtschaftlichen Wettbewerb einbrechenden Assimilationsdruck schon zu antizipieren, bevor er tatsächlich massiv auftritt, und etwa zu behaupten, der Rundum-die-Uhr-Produktion in anderen Ländern sei nur

durch gleiche genen Land z gehen, die F zugleich ist d gene, verme Hunde zu we ten Ländern. gerade erst. c entdecken un

Es wäre als ausforderung durch den E scher Phanta ligenz läßt si Maschinen n für die Ausv Asien wenige Europa, nich und sozialer derung muß tet werden, a nicht gesagt, den westliche Ruhephasen produktive kanntlich die neben dem higkeit zu ve auch in Japan nalen Sozial wie endlos a die keiner F mittlerweile sellschaft die reichen sehr schlagen und der gesellsch

Statt also tionen und t unserer Ges preiszugeben wirtschaftlic kulturellen u ren Seite eis Wettbewerb klang halter gungen dien chern, aber öffnen.

1. Bei der grundsätzlic tigkeiten bz

nd Ausnahme weiterhin
u können,
ne Begründung der tech-
r Ausnahmeregelungen
nderungen um andere
useln erweitert wird,
den, die für Ausnahmen
ot zuständig sind, nicht
der Handhabung den
nungen in der Praxis un-

ativ engen Rahmens las-
risse an den Struktur-
e entscheidende Frage
wieweit angesichts der
wirtschaftlichen Bezie-
ie im Weltmaßstab den
Anpassungsprozessen an
ngearbeitet werden
andards der sozialen Si-
gulierung der zeitlichen
en, in den meisten Län-
desrepublik. Die Öff-
n und politischen Gren-
rkt, birgt daher stets die
gs", der wechselseitigen
andards des Arbeitneh-
ererseits klar zu sehen,
ilation von Zeitnormen
ennutzung, der Arbeits-
eitsgeschwindigkeit etc.
gewaltige Herausforde-
ng der kulturellen Ident-
t verflochtenen Gesell-
larstellen wird. Hierbei
r schwer, andere wie-
lich schnell den wirt-
n Vorgaben der Kapital-

och die Lebensqualität
r an ihrem Güterwohl-
m Zeitwohlstand zeigen
opagiert die Industriege-
a mit dem Leitbild des
äre die Beibehaltung ge-
Zonen", wie dem Wo-
andsziel. Wenn dem so
n über den wirtschaft-
henden Assimilations-
n, bevor er tatsächlich
behaupten, der Rund-
anderen Ländern sei nur

durch gleiche Ausweitung der Betriebszeiten im ei-
genen Land zu begegnen. Es kann also nicht darum
gehen, die Herausforderungen herunterzuspielen;
zugleich ist davon abzuraten, mit Blick auf die ei-
gene, vermeintliche Vormachtstellung schlafende
Hunde zu wecken. Denn in anderen hochentwickel-
ten Ländern, wie in Japan oder Korea, beginnt man
gerade erst, die Freizeit- und Wochenendkultur zu
entdecken und fortzuentwickeln.

Es wäre also zuallererst zu fragen, ob solche Her-
ausforderungen, wenn sie denn existieren, nicht
durch den Einsatz von mehr sozialer und techni-
scher Phantasie beantwortet werden könnten. Intel-
ligenz läßt sich ja nicht nur zur Konstruktion von
Maschinen nutzen. Es ist keineswegs ausgemacht, ob
für die Ausweitung der Produktionszeiten, die in
Asien weniger Schwierigkeiten machen dürfte als in
Europa, nicht funktionale Äquivalente technischer
und sozialer Art zu erdenken sind: Eine Herausfor-
derung muß nicht auf der gleichen Ebene beantwor-
tet werden, auf der sie gestellt wird. Es ist weiterhin
nicht gesagt, ob die gesellschaftliche Ressource, die
den westlichen Gesellschaften durch die kollektiven
Ruhephasen zufließt, nicht sogar überwiegend eine
produktive Kraft ist, wie viele Konsumgüter be-
kannlich die Wirkung haben, ihren Konsumenten
neben dem Genuß zugleich verbesserte Arbeitsfä-
higkeit zu verschaffen. So setzt sich beispielsweise
auch in Japan die Erkenntnis durch, daß die traditi-
onalen Sozialstrukturen und die Arbeitsethik nicht
wie endlos ausbeutbare Quellen zu behandeln sind,
die keiner Pflege bedürfen. Auch dort sieht man
mittlerweile, daß in einer hochgradig vernetzten Ge-
sellschaft die sozialen Fehlentwicklungen in Teilbe-
reichen sehr schnell auf das Gesamtsystem zurück-
schlagen und langfristig als soziale Kosten wieder in
der gesellschaftlichen Bilanz auftreten.

Statt also überreaktiv und planlos erreichte Posi-
tionen und tragende Pfeiler der sozialen Architektur
unserer Gesellschaft der schleichenden Zersetzung
preiszugeben, wären Konzepte zu erdenken, die die
wirtschaftlichen Interessen auf der einen und die
kulturellen und sozialen Erfordernisse auf der ande-
ren Seite eingedenk möglicher Verschärfungen der
Wettbewerbssituationen wie bisher relativ in Ein-
klang halten können. Die abschließenden Überle-
gungen dienen dem Ziel, gleichzeitig Erreichtes zu si-
chern, aber auch neue Handlungsspielräume zu er-
öffnen.

1. Bei der Ausweitung der Wochenendarbeit ist
grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Arbeitstä-
tigkeiten bzw. Produktionsvorgängen die auf die

Güterherstellung und die auf die Erstellung von
Dienstleistungen gerichtet sind. Während bei
Dienstleistungen (im eigentlichen Sinne des Wortes)
Herstellung und Konsum des Angebots durch die
Sache bedingt zeitlich zusammenfallen, liegen in der
materiellen Produktion Herstellung des Gutes und
Verkauf bzw. Konsum in der Regel zeitlich weit aus-
einander. Mit anderen Worten wäre zu unterschei-
den zwischen den Dienstleistungsarbeiten, die sach-
notwendig zu den Zeiten zu leisten sind, zu denen sie
nachgefragt werden – und dies kann wie bei Vergnü-
gungsparks, Schwimmbädern etc. gerade auch am
Wochenende sein – und den Produktions-Arbeiten,
die sachnotwendig nicht den gleichzeitigen Einsatz
der menschlichen Arbeitskraft erfordern. Es kommt
also nicht nur darauf an, ob, sondern auch warum
am Wochenende mehr Menschen arbeiten sollen.

Während die Verbesserung von Dienstleistungen
von Angesicht zu Angesicht an Wochenenden als Er-
höhung der Lebensqualität und als Wohlstandszu-
wachs verstanden werden kann, liegen die Gewinne
an Lebenschancen durch Wochenendproduktion
günstigenfalls in der Erhöhung des gesellschaftlichen
Verteilungsspielraums, führen also nur sehr vermit-
telt, nur unter bestimmten Umständen und nur für
einen Teil der Bevölkerung zur Verbesserung der Le-
bensbedingungen. In der Konsequenz bedeutet dies:
Neue Freizeitangebote an Wochenenden, die zudem
Arbeitsplätze schaffen, sind gesamtgesellschaftlich
als weniger problematisch anzusehen als „neue“ Ar-
beitsplätze an Wochenenden im produzierenden
Gewerbe.

Dies u. a. deshalb, weil (wie dargestellt) neue Wo-
chenendarbeitsplätze im produzierenden Gewerbe
höchst wahrscheinlich zur Schließung von Produk-
tionsstätten anderswo führen, im Dienstleistungsbe-
reich dagegen wirklich zusätzliche Arbeitsplätze
darstellen. Überdies ist eine Ausweitung der am Wo-
chenende beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet am
gesamten Arbeitszeitvolumen gar nicht zu befürch-
ten. Denn es gehen mehr Arbeitsplätze in den tradi-
tionellen Konti-Schicht-Branchen wie der Stahlin-
dustrie verloren, als Arbeitsplätze mit Wochenend-
arbeit im Dienstleistungsbereich hinzukommen.
Mit anderen Worten: könnte man die entlassenen
Stahlarbeiter im Ruhrgebiet z. B. alle in der Freizeit-
industrie (incl. Wochenendarbeit) beschäftigen,
dann wäre die Strukturkrise dieser Region gelöst,
ohne daß sich damit per Saldo die Zahl der Wochen-
endarbeiter erhöht hätte. Wie man weiß, ist dem
aber nicht so.

2. In den Diskussionen um die Wochenendarbeit

im High-Tech-Bereich (Mikro-Chips, Glasfaser) sind die Schwierigkeiten deutlich geworden, die Unterbrechbarkeit von Fertigungsprozessen und Herstellungsverfahren bzw. die hieraus erwachsenden Verluste einigermaßen objektiv einzuschätzen. Die Experten, die dies beurteilen können, sind in der Regel einer der beteiligten Interessengruppen zuzuordnen. Hinzu kommt, daß selbst wenn die Anlagen tatsächlich nicht oder nur mit hohen Verlusten abschaltbar sind, fast niemand beurteilen kann, ob dies eindeutig der technischen (mechanischen, thermischen, chemischen, physikalischen o. ä.) Seite der Produktion, also letztlich dem Produkt selbst geschuldet ist, oder ob nicht Unterbrechbarkeit der Prozesse vom Konstrukteur der Anlagen schlicht nur nicht bedacht oder – mit Blick auf die Sonntags-Gesetzgebung – gar „herauskonstruiert“ worden ist. Wenn aber die Gestaltung neuer Technologien menschlichen Maßstäben folgen soll, so muß Unterbrechbarkeit unter vertretbaren Folgekosten als Erfordernis humaner Arbeitsgestaltung erkannt und infolgedessen in die Anlagen mit hineinkonstruiert werden. Zu fordern wäre also, daß sich eine Art „Unterbrechbarkeits-Forschung“ an den Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten konstituiert, um nicht Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Politiker und last not least auch die Unternehmer selbst diesbezüglich vor vollendete technische Tatsachen zu stellen.

3. Es ist freilich nicht auszuschließen, daß künftig mehr Anlagen etwa im High-Tech Bereich errichtet werden, die nur unter hohen Verlusten abschaltbar sind. Der Vergleich mit den Hochöfen ist hier nahelegend.

Falls Wochenendarbeit nicht vermeidbar ist, müßte stärker darauf geachtet werden, die Freiwilligkeit der Wochenendarbeit, zu der sich auch die Arbeitgeber bekennen, faktisch sicherzustellen. Mehr noch als der Einstieg muß vor allem der Ausstieg aus der Wochenendarbeit nicht nur im Prinzip möglich, sondern vor allem praktisch realisierbar gemacht werden. Unter gegebenen Arbeitsmarktbedingungen ist das Postulat der Freiwilligkeit weithin als illusorisch anzusehen. Zwar achten gutwillige Unternehmer darauf, formal keinen Zwang auszuüben, jedoch stellt sich spätestens der Ausstieg aus der Wochenendschicht angesichts der Rahmenbedingungen faktisch als eigene Kündigung des Arbeitnehmers dar. Hier müßte überlegt werden, ob durch gesetzliche Maßnahmen für Betroffene nicht eine Hilfestellung zum Ausstieg gegeben werden könnte, an der sich „Freiwilligkeit“ bewähren müßte.

Es wäre zu überlegen, ob nicht durch gesetzliche Befristung eines Arbeitsverhältnisses, das sich lediglich auf die Tage Freitag bis Sonntag erstreckt (Wochenendschicht) auf z. B. 3 Jahre, die Vertretungslast für den, mit Blick auf die Sozialverträglichkeit nach einer bestimmten Phase unumgänglichen Ausstieg vom Arbeitnehmer genommen und auf den Staat bzw. die Gesellschaft verlegt werden könnte. Konkret wäre an junge Arbeitnehmer/innen zu denken, für die es innerhalb einer Dreijahresfrist durchaus nicht unattraktiv sein muß, einmal gegen den Rhythmus der Gesellschaft zu leben, denen dann aber in der Phase der Familiengründung der Wiedereinstieg in den Rhythmus der Gesellschaft erleichtert werden soll. Auch wäre zu überlegen, das Höchstalter für reine Wochenendschichten auf z. B. 30 Jahre zu begrenzen.

4. Schließlich wäre im Gegenzug zur Anerkennung der begrenzten Notwendigkeit von Wochenendarbeit die Einbeziehung des gesamten Wochenendes, d. h. auch des Samstags als anerkannter und vom Gesetzgeber geschützter Ruhezeit zu bedenken. Die Wertschätzung bzgl. der Wochenendtage hat sich mittlerweile, soweit man sehen kann, vom Sonntag, als dem Kern der Ruhezeit in früheren Gesellschaften, längst auf den Samstag verlagert. Unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft, die sich von Sinnegebungsmonopolen emanzipiert hat, ist hinsichtlich aller oben genannten Dimensionen der Samstag dem Sonntag durchaus gleichzustellen. Wenn schon über eine Neugestaltung zeitlicher Rahmenbedingungen in Teilbereichen verhandelt wird, sind neben den technischen und wirtschaftlichen gleichberechtigt die sozialen Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte einzubeziehen.

Eine zentrale Frage in der Diskussion um die Zukunft des Wochenendes bleibt aber zunächst, ob sich denn tatsächlich ein so grundlegender Wandel der ökonomischen Rahmenbedingungen vollzogen hat oder noch vollzieht, der einschneidende Maßnahmen im gewachsenen zeitlichen Gefüge unserer Gesellschaft rechtfertigt.

Bislang waren Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite und Sozial- und Kulturverträglichkeit auf der anderen Gegensätze, die sich bei erheblich geringerer Wirtschaftskraft und geringerer Produktivität der Gesellschaft in Einklang bringen ließen. Daß mit dem Eintritt in die nachindustrielle Gesellschaft eine Situation entsteht, in der die Argumente der Wirtschaftlichkeit gegenüber den sozialen, kulturellen und geistigen Interessen der Menschen soviel höher anzusetzen sind, muß erst bewiesen werden.

Peter Glotz
**Ausbruch aus der
Wagenburg**
Über die Zukunft der
Gewerkschaften

Der folgende Essay ist die erweiterte Fassung einer Rede, die der Autor am 28. 10. 1988 auf dem Zukunftskongreß der IG Metall gehalten hat.

I.

Konservative sprechen mit unterdrücktem Jublieren in der Stimme vom „Verfall der Arbeiterbewegung“ (H. J. Veen, 1988); sie halten es inzwischen für wahrscheinlich, daß die Segmentierung der europäischen Arbeitnehmerschaft die Gewerkschaften zerreißt. Dieser Totenschein ist verfrüht ausgestellt; aber zu burschikosem Optimismus ist tatsächlich kein Anlaß. Der Trade-Union-Congress (TUC) in England hat zwischen 1980 und 1985 2,35 Millionen Mitglieder verloren und ist durch Margaret Thatchers Trade-Union-Act von 1984 in die Defensive geprügelt worden. Die Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) ist in der Kraftprobe um die Scala Mobile mit der Regierung Craxi unterlegen und wird in einen zähen, ermüdenden Krieg mit kleinen, aggressiven Splittergewerkschaften – den Comitati di Base (COBAS) gezwungen. In Frankreich ist der Organisationsgrad der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 20 auf 15 Prozent gesackt. Wir können uns zwar mit der wesentlich stabileren Situation in Skandinavien und Österreich trösten und selbstbewußt auf den Mitgliederzuwachs einiger deutscher Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall seit 1985 deuten. Eine sehr europäische Antwort wäre das freilich nicht; auch keine sehr vollständige – sie unterschläge den „Nachhinkeffekt“. Die Mitgliederstruktur der deutschen Gewerkschaften (als Beispiel die IG Metall – 85 Prozent Arbeiter, 15 Prozent Angestellte) entspricht der Beschäftigungsstruktur von vor dreißig Jahren (H. Kern, 1988). Können die Gewerkschaften in diesem Zustand den Angriffen eines mittelständischen Markt radikalismus – mit erheblichen Einflüssen auf die sprachbestimmenden Schichten – auf Dauer wider-

stehen oder werden sie für Jahre in ein halbwegs geordnetes, aber verlustreiches Rückzugsgefecht verwickelt? Daß es solchen Radikalismus nicht nur in England, sondern auch in der Bundesrepublik gibt, zeigt eine repräsentative deutsche Zeitung, auf deren erster Seite kürzlich ein neuer Grundgesetzartikel vorgeschlagen worden ist: „Jeder hat das Recht, seine Arbeitskraft nach eigenem Gutdünken und zu seinen eigenen Bedingungen anzubieten.“ (FAZ, 28. 7. 1988). Die provokative Forderung genügt nicht, es muß noch eine Portion Zynismus dazu.

Einerseits brachten die sechziger und siebziger Jahre eine „Öffnung des sozialen Raums“ (Vester, Clemens, Geiling, Hermann, Miller, von Oertzen, 1987); die Sozialstruktur der Bundesrepublik geriet in heftige Bewegung: Während die Arbeiterschaft zwischen 1950 und 1985 von 51 Prozent auf 40 Prozent schrumpfte, verdoppelte sich die Gruppe der Angestellten und Beamten von 21 Prozent auf 48 Prozent. Wir registrieren eine überproportionale Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in den Angestellten- und Beamtenberufen – von 1,8 Millionen (gleich 21 Prozent) auf 6,1 Millionen (gleich 70 Prozent). Und statt 20 000 studieren heute 500 000 Frauen. Daneben haben sich die Beschäftigten der technischen und human-dienstleistenden Intelligenz in den sogenannten neuen Berufen von 5,4 auf 17,6 Prozent verdreifacht. Die bäuerliche und handwerkliche Bevölkerung hat sich von 15 auf 9 Prozent reduziert, besonders durch die Halbierung der Zahl der Bauern auf 5 Prozent. Die Zahl der Studenten ist seit 1950 von 110 000 auf 1,4 Millionen nach oben geschneilt, gegenüber 5 000 Arbeiterkindern (4 Prozent) gibt es heute an den Universitäten 210 000 (17,3 Prozent) – bei allerdings sinkender Tendenz seit 1982. Der Trend zu weiterführenden Schulen – auf Kosten der Hauptschule – hält an. Es gibt Millionen von „Verlierern“; zumeist Frauen, Ausländer, junge Arbeiter. Die blanke Ziffer von 2,2 Millionen Sozialhilfeempfängern spricht für sich selbst. Aber es gibt gleichzeitig eine unbestreitbare Horizonterweiterung für Millionen von Menschen, die doch – den Hoffnungen der Linken zum Trotz – nur sehr teilweise in Politisierung umgemünzt werden konnte. Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist in rascher Veränderung seit Mitte der siebziger Jahre, aber unter der Vormundschaft rechter „Hegemonie“. Wobei ich, wenn ich den Hegemonie-Begriff Gramscis stubenrein zu übersetzen habe, immer von „Meinungsführerschaft“ spreche; ein allerdings rachitisch-schwächliches Wort, das nicht deutlich genug zeigt, wie rasch kulturelle Hegemonie zu politi-

... in ein halbwegs ge-
rückzuggefecht ver-
alismus nicht nur in
Bundesrepublik gibt
he Zeitung, auf deren
Grundgesetzartikel
der hat das Recht,
a Gutdünken und zu
anzubieten.“ (FAZ
Forderung genügt
n Zynismus dazu.
iziger und siebziger
en Raums“ (Vester,
Miller, von Oertzen,
Bundesrepublik geriet
l die Arbeiterschaft
Prozent auf 40 Pro-
ich die Gruppe der
21 Prozent auf 48
erproportionale Zu-
eit in den Angestell-
von 1,8 Millionen
onen (gleich 70 Pro-
eren heute 500 000
ie Beschäftigten der
lehesten Intelli-
Berufen von 5,4 auf
überliche und hand-
von 15 auf 9 Prozent
Halbierung der Zahl
hl der Studenten ist
llionen nach oben
eiterkindern (4 Pro-
iversitäten 210 000
sinkender Tendenz
ihrenden Schulen –
lt an. Es gibt Millio-
Frauen, Ausländer,
von 2,2 Millionen
ir sich selbst. Aber
itbare Horizons-
nschen, die doch –
n Trotz – nur sehr
ngemünzt werden
ndesrepublik ist in
ler siebziger Jahre.
rechter „Hegemo-
Hegemonie-Begriff
n habe, immer von
ein allerdings ra-
nicht deutlich ge-
gemonie zu politi-

cher Macht versteinern kann. Seit 1982 ist es so-
weit und der Grund für diese Entwicklung muß
schonungslos in der Unfähigkeit von SPD, Gewerk-
schaften und der gesamten politischen Linken gese-
hen werden, auf die Krise des „fordistischen Akku-
mulationsmodells“ offensiv zu reagieren. Unser po-
litisches Instrumentarium war nach dem Zweiten
Weltkrieg auf „immerwährende Prosperität“ einge-
stellt, die sich – nach einem kurzen, opulenten „ame-
rikanischen Jahrhundert“ von 1945 bis 1970 – dann
doch als „Traum“ (Lutz, 1984) erwies.

Wer die Herausforderungen, die die neunziger
Jahre für die Gewerkschaften bereithalten, ernsthaft
analysieren will, darf sich nicht auf den ökonomi-
schen Vordergrund – die „Ölkrise“ und die Kon-
junkturreinbrüche 1974/75 und 1981/82 – kaprizie-
ren, sondern muß sich die prinzipielle Form-Verän-
derung der Arbeit seit Ende der sechziger Jahre klar
machen. Schon seit damals verlangsamte sich das
Wachstum des Sozialprodukts und die jährlichen
Raten des Brutto- wie des Nettoanlagevermögens.
Der Grund für diese Entwicklung liegt keineswegs in
einem dramatischen Verfall der Sachkapitalrendite
durch böseartig-unrealistische Reformpolitik; die
Profitrate schwankt zwar zyklisch, bleibt aber über
die Jahre robust. Auch sinken die Investitionen
nicht einfach; von den Bauinvestitionen, die nach
der Aufbauphase der fünfziger und sechziger Jahre
sinken mußten, abgesehen. Die Ausrüstungsinvesti-
tionen blieben über die Jahre einigermaßen stabil;
aber sie gingen und gehen weniger in Kapazitätser-
weiterungen als in Rationalisierung. Das hängt mit
einer neuen Form des technischen Fortschritts auf
der Grundlage der Mikroelektronik zusammen. Es
entwickelt sich ein „neuer Akkumulationstyp“ (Hik-
kel, 1987); und derzeit ist nicht erkennbar, daß dieser
Typus demnächst schon von der europäischen
Bühne verdrängt werden könnte. Das heißt, daß die
Massenarbeitslosigkeit (über 3 Millionen Arbeits-
lose, zwischen 650 000 und einer Million nicht mehr
„vermittelbarer“ Menschen) für manch weiteres
Jahr zu den Rahmenbedingungen gewerkschaft-
lichen Handelns gehören wird.

Die Ursachen dafür, daß sich „ein neues Gesicht
des Kapitalismus“ (Hirsch/Roth, 1987) herausgebil-
det hat, sind komplex: z. B. sektorale Märksättigun-
gen, veränderte Konsumpräferenzen von Millionen
von Menschen – etwa bei „Konsum“ von Natur –
ein wachsender Widerstand gegen standardisierte
Produkte bei größer werdenden Minderheiten, vor
allem aber der Zusammenbruch von Massenmärk-
ten aus wirtschaftspolitischen Gründen nach 1973.

nach der Freigabe der Wechselkurse und der Liqui-
dierung des Regimes von Bretton Woods sowie die
Internationalisierung von Produktion und Handel,
zum Beispiel Verlagerungen nach Fernost, wobei die
Unterschiede der Sozial- und Lohnniveaus genutzt
werden. Hart gesagt: Die meisten dieser „Ursachen“
sind national vielleicht zu mildern, sicher aber nicht
zu beseitigen. Der geldwirtschaftliche Prozeß war
einmal die Magd der realen Produktion. Heute ist
die Magd zur Herrschaft geworden. Finanzwirt-
schaftlich bewirkte Wechselkursänderungen lösen
reale Strukturprobleme aus (Zinn, 1987). Das ver-
zweifelte Rudern rechter Regierungen gegen diesen
Wind sieht nicht viel anders aus als das verzweifelte
Rudern linker Regierungen.

Ich will mit diesen skeptischen Bemerkungen kei-
neswegs eine internationalistische Flucht vor der so-
zialen Verantwortung vor Ort antreten; es gibt rea-
listische Alternativen zur neokonservativen Wirt-
schaftspolitik, komme sie nun in der radikalen Fas-
sung von Margaret Thatcher oder der gemäßigteren
von Helmut Kohl daher. Aber ich will davor war-
nen, daß sich die Gewerkschaften und die politische
Linke vom eigenen moralischen Pathos hinreißen
lassen. Wer enthüllt hat, daß der Anteil der jähr-
lichen Geldvermögensbildung an der gesamten Ver-
mögensbildung – Geld und Sachinvestitionen –
steigt, der hat noch keinen (national gangbaren) Weg
gezeigt, wie diese Entwicklung umgekehrt werden
kann. Man kann die Finanzchefs großer Aktienge-
sellschaften, die Julistürme anlegen, statt zu inve-
stieren, zwar leidenschaftlich-brillant verurteilen.
Man kann auch innere Genugtuung daraus schöp-
fen, daß der immer schon fragwürdige Satz, hohe
Gewinne bedeuteten (sozusagen automatisch) hohe
Investitionen, für alle sichtbar widerlegt ist. Der
neue Typ der Akkumulation wird dadurch nicht be-
rührt. Wir haben zwar nicht einfach „jobless
growth“ (Fiedler, 1987), wohl aber eine Phase der
Stockung, der mittelfristigen Wachstumsschwäche,
ein Zerbrechen des Zusammenhangs von tayloristi-
scher Massenproduktion und expandierendem Mas-
senkonsum (Hirsch/Roth, 1987). „Nationaler Key-
nesianismus“ (Scharpf, 1986) kann diesen Zusam-
menhang nicht erneut stiften.

Manche Zukunftsforscher erwarten von den
neuen Technologien, insbesondere von der Informa-
tionstechnik, eine neue lange Welle wirtschaftlichen
Wachstums. Ohne Zweifel wird diese Querschnitts-
technik die Produktionsstrukturen der großen Indu-
striegesellschaften evolutionieren. Der Produktions-
wert informationstechnischer Erzeugnisse (1986

weltweit 500 Milliarden US-Dollar) wird bis zum Jahre 2000 1 600 Milliarden Dollar betragen; für die Automobilindustrie lautet die Vergleichszahl – auch für 1986 – 420 Milliarden. Die Verschmelzung von Datenverarbeitung, Mikroelektronik und Nachrichtentechnik liefert den Anstoß zur Erschließung vieler neuer Anwendungsfelder; nichts zeigt dies plastischer als die noch vor wenigen Jahren unvorstellbare Entwicklung neuer Telekommunikationsdienste. Der Begriff „Value Added Services“, Mehrwert-Dienste, kann geradezu zum Markenzeichen eines neuen Software-Zeitalters werden (Bundesregierung: Zukunftskonzept Informationstechnik 2000 – 1988). Ob die Informationstechnik – wie Dampfmaschinen, Eisenbahn, Elektrizität, Chemie, Luftfahrt, Fernsehen oder Kunststoffe – aber wirklich die Kapitalproduktivität erhöhen wird, bleibt umstritten. Vor allem ist unter keinerlei Umständen garantiert, daß die Vorteile technischen Wandels an die abhängig Beschäftigten weitergegeben werden (Hickel, 1987). In jedem Fall wäre die arbeitsplatzoptimistische Hoffnung auf die Kompensation der Rationalisierung durch Mikroelektronik und Informationstechnik für die Gewerkschaften eine *leichtfertige Best-Case-Strategie*. Die historische Schrecksekunde, in der manche deutsche Gewerkschaften durch Horrorszenarien gelähmt schienen, ist vorbei (Steinkühler, Ev. Kommentare, Juli 1987). Für achselzuckenden Pionieroptimismus ist die soziale Lage der auseinanderfallenden Arbeiterschaft in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts allerdings zu ungewiß.

Die quantitative Auswirkung der mikroelektronischen Revolution (oder jedenfalls: der ungeheuer raschen mikroelektronischen Evolution) auf die Arbeitsplätze ist offen; die qualitative zwieschlächtig. Die neuen Techniken ermöglichen *sowohl* zentralistische, hoch arbeitsteilige und kapitalintensive Produktionskonzepte (nach dem Muster der „menschenerleeren Fabrik“) als auch dezentrale, relativ arbeitsintensive Konzepte (nach dem Muster flexibler Spezialisierung). Nicht überall, wohl aber in einigen Kernsektoren der Wirtschaft gibt es *nebeneinander* die Gefahr weiterer Dequalifizierung der Arbeiter und die Chance der Überwindung des Taylorismus. „Welcher dieser beiden Wege gewählt wird“, sagte Franz Steinkühler, „und welche Technologien entwickelt werden, die jeweils den einen oder anderen Weg fördern, ist keine technologische, sondern eine gesellschaftliche, eine höchst politische Frage“ (Steinkühler, Vorwärts 1986). Wie diese „politische Frage“ ausgekämpft wird, ist für die deutsche Öf-

fentlichkeit obskur. Liest man die Wirtschaftsteile der meisten deutschen Zeitungen, so muß man den Eindruck bekommen, die Auseinandersetzung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften auf der einen, Management und Eigentümern auf der anderen Seite sei vor allem ein schriller rhetorischer Kampf. Der arbeitspolitischen Millimeterarbeit, die täglich um Werkstattprogrammierung, CAD / CAM / CIM, in deutschen Betrieben stattfindet, entspricht dieses Zerrbild nicht. In Wirklichkeit geht es über Monate um die Alternative, ob bei Einführung eines flexiblen Fertigungssystems in einem Automobilbetrieb entweder mit einer Personalbesetzung von sieben Mann an fünf Tagen im Dreischichtbetrieb eine Anlagenverfügbarkeit von 50 Prozent zu erreichen ist oder ob eine höhere Stellenbesetzung, und zwar mit einer „Systemmannschaft mit Universalqualifikation“ bei einem durchschnittlichen Nutzungsgrad von 75 Prozent nicht humaner und produktiver sein kann (Siegfried Roth, 1988). Dieser Kampf ist nicht prinzipiell „ideologiefrei“; und er wird auch nicht immer, wie im gewählten Beispiel, mit einer Lösung enden, die die Interessen beider Seiten befriedigt. Das Neue an den Linienkämpfen zwischen Management und Betriebsräten in der mikroelektronischen Zivilisation aber ist: die Forderung des Unternehmens nach Flexibilität des Produktionsprozesses und Produktivität und die Forderung des Arbeitnehmers nach Selbstverwirklichung durch ganzheitliche sinnvolle Arbeit *müssen* sich nicht widersprechen (Horst Hinz, 1988). Es gibt ein paar Entwicklungslinien, über die man nicht mehr streiten muß: Die Industrie schrumpft, die Dienstleistung wächst, die großen Betriebe werden weniger, die kleinen mehr, die Produktvarianten werden steigen, die Losgrößen sinken; die „qualifizierten Systemregulierer“ werden anders sein als die Massentarbeiter des Taylorismus (Kern/Schumann, 1984; Baethge-Oberbeck, 1985). Aber über das neue „Gesicht“ der europäischen Industriegesellschaften entscheidet nicht technische Sachgesetzlichkeit, sondern das kompliziert gewordene Muster von Konflikt und Kooperation zwischen Arbeit und Kapital.

Ich sehe sechs Trends, auf die die Gewerkschaften in den avancierten europäischen Industriegesellschaften in den neunziger Jahren mit entschiedenen Reformen ihrer Politik *und* ihrer Organisation antworten müssen. Dabei gebe ich Lewis Mumford (ausnahmsweise) recht: „Trend is not destiny“. Aber zweifelsohne sind diese Trends inzwischen tief eingekerbt; nicht nur „Zeitgeist“, sondern Veränderungen der Infrastruktur. Wer einen dieser

Trends ei
einer trag
drama ein
Agartz od

Diese se

1. Die In
rer F
gration
nalen
ropa“
wohl
Organ
und In
nisch,
zeß h
schon
berüh
eine
waltu
die G
Zeitu
che –
berei
2. Die V
zweit
samr
trans
und
von
läufe
mon
trotz
lich.
dolf
wick
ersta
3. Der
1986
Lebe
als a
wor
delt
„Sch
vorv
im
sieb
Gen
ser
ihre
gen
indi

die Wirtschaftsteile
n, so muß man den
inandersetzung zwi-
erkschaften auf der
ltern auf der ande-
hriller rhetorischer
Millimeterarbeit, die
imierung, CAD /
ben stattfindet, ent-
Wirklichkeit geht es
ob bei Einführung
in einem Automo-
Personalbesetzung
im Dreischichtbe-
von 50 Prozent zu
e Stellenbesetzung,
nschaft mit Univer-
hschnittlichen Nut-
humaner und pro-
loth, 1988). Dieser
ologiefrei"; und er
gewählten Beispiel,
e Interessen beider
len Linienkämpfen
ebsräten in der mi-
ber ist: die Forde-
lexibilität des Pro-
rität und die Forde-
lbtverwirklichung
arbeit müssen sich
, 1988). Es gibt ein
ie man nicht mehr
umpft, die Dienst-
iebe werden weni-
tvarianten werden
„qualifizierten Sy-
in als die Massen-
/Schumann, 1984;
ber das neue „Ge-
gesellschaften ent-
setzlichkeit, son-
Muster von Kon-
arbeit und Kapital.
ie Gewerkschaften
en Industriegesell-
mit entschiedenen
Organisation ant-
Lewis Mumford
not destiny“. Aber
zwischen tief ein-
ist“, sondern Ver-
Wer einen dieser

Trends einfach ignorieren wollte, könnte schnell zu einer tragischen Figur werden, reif für das Königsdrama eines modernen Shakespeare, also zu einem Agartz oder Scargill.

Diese sechs Trends sind:

1. Die Internationalisierung der Produktion und ihrer Finanzierung. Wir erleben einen „Integrationschub“: vom Nationalstaat zu postnationalen Integrationsebenen (Elias, 1987), z. B. „Europa“. Die nationale „Souveränität“ verfällt, obwohl die Wir-Identität der Menschen (und die Organisation der Regierungen, Gewerkschaften und Industrieverbände) noch französisch, italienisch, deutsch ist. Am spürbarsten ist dieser Prozeß heute in der Geldwirtschaft; er wird aber schon morgen auch die Produktionsverhältnisse berühren, da die moderne Informationstechnik eine schrittweise Trennung von Entwurf, Verwaltung und Produktion ermöglicht. Was das für die Gewerkschaften bedeuten kann, läßt sich im Zeitungsgewerbe – überhaupt der Medienbranche – studieren, wo diese Zukunftsperspektive bereits Realität ist.
2. Die Verselbständigung der Geldwirtschaft; dieser zweite Trend hängt mit dem ersten engstens zusammen. Die Welt der Eurodollarmärkte und transnationalen Banken, der Kreditpyramiden und der „innovativen“ Geldgeschäfte hat sich von den Produktions- und Beschäftigungskreisläufen sozusagen emanzipiert; die Gefahr von monetären Spekulationskrisen (Zinn, 1987) ist trotz verbesserten Krisenmanagements erheblich. Daß eine Arbeiterbewegung, die einen Rudolf Hilferding hervorgebracht hat, diese Entwicklung fast sprachlos hinnimmt, ist mehr als erstaunlich.
3. Der Individualisierungsschub (Elias, 1987; Beck, 1986), der sowohl durch die Verbesserung des Lebensstandards für Millionen von Menschen als auch durch die moderne Maschinerie bewirkt worden ist und weiterhin bewirkt wird; es handelt sich ohne Zweifel um den nachhaltigsten „Schub“ dieser Art seit dem Übergang vom noch vorwiegend autoritären zum autonomen Denken im europäischen fünfzehnten, sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert (Elias, a.a.O.). In zwei Generationen haben sich die „Optionen“ zahlloser Menschen geradezu unglaublich vergrößert; ihre „Ligaturen“ (Dahrendorf, 1985) haben dagegen drastisch abgenommen. Auch wer die rabiate individualistische Doktrin (Leistung muß sich
4. Die Feminisierung der Arbeitskraft. Obwohl die deutsche Frauenerwerbsquote noch weit hinter der skandinavischen herhinkt, ist die Relativierung des männlichen Facharbeiters als Organisationskern der Gewerkschaften unübersehbar. Indirekte Bereiche der Produktion – wie Planung, Arbeitsvorbereitung, Materialbeschaffung, Qualitätskontrolle – dringen vor und ermöglichen die Vermehrung qualifizierter Frauenarbeitsplätze (Wagner/Stahn, 1987). Der Aufstieg von Frauen in Leitungspositionen geht zwar langsam und zäh, bewirkt aber in vielen Einzelfällen eine kleine Revolution. Die traditionelle „Industriegewerkschaft“ gerät in eine Umbruchsituation.
5. Die postindustrielle Bewußtseinsveränderung wachsender Arbeitnehmer-Minderheiten. Vom Ingenieur, der ökonomisch liberal, ökologisch aber radikal denkt, bis zur Lehrerin, die in ihrem gelernten Beruf keinen Arbeitsplatz gefunden hat und jetzt als „überqualifizierte“ Sekretärin arbeitet, gibt es tausende und abertausende abhängig Beschäftigter (vor allem Angestellte und Beamte), bei denen eine Erosion „konventioneller“ Wertpräferenzen wie Erfolg, Sicherheit und Wohlstand festzustellen ist (Geiling/Hermann, 1987). Diese Leute sind immer noch BAT 3 oder A 10; aber ihre Lebensziele (Selbstverwirklichung, Integration, Partizipation) unterscheiden sich deutlich von denen der Mehrheit. Es gibt Sozialforscher, die behaupten, daß inzwischen fünfzehn Prozent der Wahlbevölkerung so fühlen und denken; in den Apparaten der Gewerkschaften, besonders der Dienstleistungsgewerkschaften dürften sie inzwischen noch stärker vertreten sein – mit erkennbaren Folgen für das, was wir so unübertreffbar lakonisch die „Beschlusslage“ nennen.
6. Die Kulturalisierung der Industriegesellschaften. Zugespitzt formuliert: der Überbau wird zur Basis; im Wirtschaftssektor „Kultur“ sind heute mehr Menschen beschäftigt als in der Chemie- und Textilindustrie zusammen. Einerseits wird „Kultur“ in einer genau abgeteilten Gesellschaft zur letzten Chance, neue Lebensentwürfe zu erproben. Andererseits treibt die Internationalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung

der Kultur immer neue „Produkte“, „Spiele“ und „Dienste“ hervor: Die Überbauapparate werden wichtiger als je zuvor. Viele Gewerkschafter blicken mit einer Mischung von Schauder, Abwehr und Angst auf diese neue Welt und verteidigen ihre Identität mit Arbeiterliedern, die aus der Freiheitsbewegung von 1848 oder einer der Jugendbewegungen vom Beginn unseres Jahrhunderts stammen. Die Hörer von Sting, Einstürzende Neubauten oder Peter Maffay stehen im besten Fall mit leeren Augen daneben.

Meine Schlußfolgerungen aus dieser Analyse sind knapp und schmerzhaft. Es besteht die Gefahr, daß die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas auf diese Entwicklung allzu oft mit „Aufplusterung“ und die Gewerkschaften mit einer „Flucht nach hinten“ reagieren (Markovits, 1988). Was das bedeutet, läßt sich in einigen wenigen warnenden Sätzen zusammenfassen:

Aufplusterung nenne ich eine Haltung, die in der Opposition so tut, als ob ein Regierungswechsel genüge, um die Bedingungen des „neuen Akkumulationstyps“ aufzubrechen.

Zweifellos ist es wünschenswert, das „Richtige“ und nicht bloß das „Machbare“ zum Leitbild der eigenen Politik zu machen (Schabedoth, 1988). Wer aber das „kreislauftheoretisch“ Richtige zu tun verspricht, ohne gleichzeitig anzugeben, in welcher Macht- und Hegemonialstruktur dieses Richtige (z. B. bei der weltweiten makroökonomischen Regulation) dann durchzusetzen sei, der plustert sich auf.

Flucht nach hinten nenne ich eine Haltung, bei der alterprobt Lösungen, deren Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit man selbst im kleinen Kreis inzwischen bezweifelt, weiterhin unverdrossen propagiert werden. Ich nenne als Beispiel einen bestimmten Typ kreditfinanzierten Beschäftigungsprogramms oder die Wirtschafts- oder Sozialräte auf allen möglichen Ebenen; vor einiger Zeit hätte ich auch das Thema Gleitzeit nennen können. Und wie ist es mit der Flexibilisierung, die wir nun Freie-Arbeitszeit-Wahl nennen, nachdem die Unternehmer den Flexibilisierungsbegriff „besetzt“ haben? Es gibt in der Tat *neue Chancen für die Freiheit* von Arbeitnehmern.

Jeder muß selbst prüfen, ob er die „unter uns gesagt“-Mentalität auch in seiner Umwelt erlebt oder nicht. Sie ist gefährlich.

Es kann nicht darum gehen, die Stimmungen in der eigenen Wagenburg zu heben; es geht um den Ausbruch aus der Wagenburg, um die Bildung neuer „Solidarisierungsformierungen“ (Markovits,

a.a.O.). Beispielsweise um die gewerkschaftliche Organisation der neuen Produktionsfacharbeiter, der Instandhaltungsspezialisten, Techniker und Ingenieure, der Forscher, Entwickler, Vertriebs- und Servicespezialisten oder der EDV-Leute. Die alte Ordnung gerät an prekären Bruchstellen der Risikogesellschaft (Ulrich Beck, a.a.O.) durcheinander: es entsteht „Querdynamik“ (Beck) – Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit. Bei der ökologischen Modernisierung alter Industriestrukturen kann man Teile der Elektronikindustrie („Messen und Regeln“) zum Partner gewinnen, die Chemie kaum. Umgekehrt bestand die Gefahr, daß die kerntechnische Industrie ihre Betriebsräte gegen die übrigen Gewerkschaften mobilisiert: solche Konflikte können sich täglich wiederholen. Die Frage wird sein, wer in dieser „neuen Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) rascher, sicherer und planvoller agiert. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschwindet nicht, aber er verändert seinen Aggregatzustand.

Ich gestehe, daß ich für die einigermaßen überschaubaren anderthalb Jahrzehnte, die vor uns liegen, nur zwei *alternative Zukunftsbilder* für realistisch halte: die *Zweidrittelgesellschaft* und eine *Gesellschaft des relativen Klassengleichgewichts*. In der Zweidrittelgesellschaft gelänge es den ökonomisch führenden Schichten, die „neuen Arbeitnehmer“ zu kooptieren; ein Drittel der Bevölkerung würde zwar nicht ins Elend gejagt, aber abgestuft: Arbeitslose und ihre Familien, Kleinrentnerinnen und Kleinrentner, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, Wanderarbeiter, Randbelegschaften. In der Gesellschaft des relativen Klassengleichgewichts könnte die Massenarbeitslosigkeit begrenzt, der europäische Sozialstaat und ein handlungsfähiger Infrastrukturstaat erhalten werden; eine Entmachtung der alten Eliten und eine grundlegende Umverteilung käme aber nicht zustande. Manche nennen diese Alternative Kapitulation.

In Wirklichkeit hat Margaret Thatcher bewiesen, daß die Zweidrittelgesellschaft organisierbar ist; das „relative Klassengleichgewicht“ dagegen ist noch nirgends wirklich gesichert. Die größte Gefahr für die europäische Arbeiterbewegung der achtziger und neunziger Jahre wäre es, wenn wir *aggressiven Traditionalismus* als kämpferischen Elan ausgeben würden.

II.

Zwischen die rohe Analyse und „acht Vorschläge von außen“ schiebe ich drei Reflexionen: über einen

neuen gewerkschaftlichen Individualisierungs- und schlechtem

Komplexen

Die La

schaft war

weiter. Di

Chance, in

darität der

unqualifiz

oder den

sich nicht

Wer den S

ken stark

und schwa

pital, zwis

gernder Be

Beschäftig

fahrt liegt

den Gewe

nauer: daß

in Tuchtü

nen Zwei

schworen

werkscha

schafflich

Rationali

beitszeitv

aus, um

merschaft

menzubis

wird not

politisiert

Die Le

des Fließ

zu bringe

ten Tarif

Manager

Sicherhe

duktions

Wirtscha

stig nicht

run auch

Solidarit

nen, ver

gnose ei

dankbare

Selbst

für zur S

schaften

organisat

ie gewerkschaftliche Or-
ktionsfacharbeiter, der
Techniker und Inge-
wickler, Vertriebs- und
r EDV-Leute. Die alte
Bruchstellen der Risiko-
a.O.) durcheinander: es
ck) – Kapital gegen Ka-
i der ökologischen Mo-
strukturen kann man
ie („Messen und Re-
en, die Chemie kaum,
hr, daß die kerntechni-
räte gegen die übrigen
solche Konflikte kön-
Die Frage wird sein,
rsichtigkeit“ (Jürgen
und planvoller agiert.
pital und Arbeit ver-
ndert seinen Aggregat-

ie einigermaßen über-
ehnte, die vor uns lie-
ukunftsbilder für rea-
gesellschaft und eine
ssengleichgewichts. In
länge es den ökonomie
„neuen Arbeitneh-
ittel der Bevölkerung
ejagt, aber abgestuft:
n, Kleinrentnerinnen
e ohne Ausbildungs-
belegschaften. In der
lassengleichgewichts
eit begrenzt, der euro-
ndlungsfähiger Infra-
: eine Entmachtung
idlegende Umvertei-
de. Manche nennen

t Thatcher bewiesen,
organisierbar ist; das
t“ dagegen ist noch
ie größte Gefahr für
ng der achtziger und
wir aggressiven Tra-
n Elan ausgeben wür-

nd „acht Vorschläge
lexionen: über einen

neuen gewerkschaftlichen Interessenbegriff, über In-
dividualisierung und über Korporatismus mit
schlechtem Gewissen.

Komplexere Interessen:

Die Lageunterschiede innerhalb der Arbeiter-
schaft waren noch nie so groß wie jetzt: sie wachsen
weiter. Die Gewerkschaften haben nur dann eine
Chance, ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn sie die Soli-
darität der qualifizierten „Systemregulierer“ mit den
unqualifizierten Hand- und Maschinenarbeitern
oder den Angestellten in Routinefunktionen, die
sich nicht mehr naturwüchsig herstellt, organisieren.
Wer den Schwachen helfen will, muß bei den Star-
ken stark sein; und die Scheidelinie zwischen stark
und schwach verläuft nicht zwischen Arbeit und Ka-
pital, zwischen Eigentümern, Managern und „umlag-
erter Bourgeoisie“ auf der einen und *den* abhängig
Beschäftigten auf der anderen Seite. Die größte Ge-
fahr liegt darin, daß die „modernen Arbeitnehmer“
den Gewerkschaften abspenstig gemacht werden; ge-
nauer: daß sie mit den Gewerkschaften gar nicht erst
in Tuchfühlung kommen, nachdem sie dem stummen
Zwang des Milieus, den Karl Marx einst be-
schworen hat, kaum jemals ausgesetzt sind. Die Ge-
werkschaften müssen erkennen: Der alte gewerk-
schaftliche Interessenbegriff, der um Lohnpolitik,
Rationalisierungsschutz, Belastungsabbau und Ar-
beitszeitverkürzung zentriert war, reicht nicht mehr
aus, um die neue Differenziertheit der Arbeitneh-
merschaft moderner Industriegesellschaften zusam-
menzubinden. Ein komplexerer Interessenbegriff
wird notwendig; die Gewerkschaften müssen sich
politisieren.

Die Lohninteressen des EDV-Spezialisten und
des Fließbandarbeiters sind kaum auf einen Nenner
zu bringen; auch nicht durch einen noch so gespreiz-
ten Tarif. Die hochqualifizierten Kräfte werden vom
Management mit Geld eher geködert werden. Die
Sicherheit des Arbeitsplatzes von modernen Pro-
duktionsarbeitern steht in den Kernsektoren der
Wirtschaft der Bundesrepublik kurz und mittelfri-
stig nicht zur Debatte; der Hinweis, daß in the long
run auch die schönsten Arbeitsplätze nur durch die
Solidarität einer Gewerkschaft erhalten werden kön-
nen, verlangt die permanente zielgerichtete Pro-
gnose einer krisenhaften Entwicklung; kein sehr
dankbares und motivierendes Geschäft.

Selbst die Arbeitszeitverkürzung als solche kann
für zur Selbstausschöpfung neigende Ingenieursmann-
schaften kaum ein Motiv für gewerkschaftliche Or-
ganisation werden; bliebe also nur die bekannte

Hoffnung, man müsse den hochqualifizierten neuen
Arbeitnehmern ihr verdammtes „Angestelltenbe-
wußtsein“ eben solidarisch austreiben. Die Erfolge
dieser Methode sprechen nicht gerade für sich.

Das Beispiel der Arbeitszeitverkürzung zeigt al-
lerdings, daß mit einem *komplexeren* Interessenbe-
griff neue „Solidaritätsformierungen“ denkbar sind.
Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um
anderthalb Stunden oder auch drei Stunden, Frei-
schichten und zusätzliche freie Tage mögen den In-
genieur oder die EDV-Sachbearbeiterin wenig inter-
essieren. Die Frage allerdings, ob mehr disponible
Zeit für die Arbeitnehmer in der Industriegesell-
schaft die Emanzipations- und Orientierungszeit der
Menschen vergrößern können; die Frage, wie Fami-
lienstrukturen, lebenslange Weiterbildung, politi-
sches Engagement und kulturelles Leben sich ent-
wickeln könnten, wenn nicht mehr die 40-, sondern
die 35-Stunden-Woche als Norm gälte, hätte eine
andere Qualität – die Gesamtschau leistete sozusagen
die Arbeit der Zuspitzung. In diesem Sinn müs-
sen die Gewerkschaften ökologische, friedenspoliti-
sche, bildungspolitische, kulturelle, frauenpolitische
Kategorien einführen; sie müssen ihr Interessens-
vertretungsangebot politisieren (Kern, 1987; Glotz,
1986).

Man darf nicht darüber hinwegreden, daß dies die
reinliche Aufgabentrennung zwischen Gewerkschaf-
ten und politischen Parteien verwischen wird. Si-
cherlich kann man auch für die Zukunft das Schwer-
gewicht gewerkschaftlicher Tätigkeit in der Gestal-
tung der unmittelbaren Arbeits- und Wirtschaftsbe-
dingungen sehen; schon die Feststellung, die Par-
teien hätten eine „umfassendere politische Zustän-
digkeit“ führt in ernste Schwierigkeiten (Vogel,
5. Mai 1988). Natürlich werden die Gewerkschaften
keine eigene „Außenpolitik“ machen; keine detail-
lierten Abrüstungsvorschläge, keine Vertragsent-
würfe, keine Notenwechsel. Jedoch ist der Zusam-
menhang der „Arbeits- und Wirtschaftsbedingun-
gen“ mit auswärtigen Beziehungen im Zeichen eines
immer komplizierter werdenden Internationalis-
mus ganz unbestreitbar. Die Weiterentwicklung der
Europäischen Gemeinschaft ist selbstverständlich
eine zentrale Frage gewerkschaftlicher Aktivität;
und selbst das scheinbar noch in der Ferne liegende
Problem, ob der europäische Wirtschaftsraum sich
gegen Mittel- und Osteuropa abschottet oder ob ein
Begriff von Gesamteuropa erhalten bleibt, ist kei-
neswegs so „politisch“, daß es etwa aus dem Hori-
zont gewerkschaftlichen Handelns ausgeklammert
werden dürfte. Die Abgrenzung zwischen Parteien

und Gewerkschaften liegt in der Zukunft nicht im Grad der Politisierung, sondern entsteht aus pragmatischen Absprachen über Arbeitsaufteilungen; und die verlangen gegenseitige Kenntnis der Örtlichkeit und guten Willen. Die Konfliktfelder zwischen beiden Organisationstypen werden wachsen; ob auch die Zahl der Konflikte wächst, hängt wesentlich von den handelnden Personen ab.

Individualisierung.

In den westlichen (und nur den westlichen) Industriegesellschaften findet eine rohe, vulgäre und wirre Debatte über Individualisierung statt: Die politische Rechte versucht, den Begriff für sich zu monopolisieren und die Linke ist kurz davor, ihr dabei auch noch zu helfen. Je komplizierter die gesellschaftlichen Verhältnisse werden, desto primitiver müssen offensichtlich die Formeln sein, die sich durchsetzen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“, „Leistung muß sich wieder lohnen“. Ein Teil der Linken, auch ein Teil der Gewerkschafter, reagiert darauf mit instinktivem Anti-Individualismus, so als ob die Individualisierungsschübe der europäischen Geschichte nichts anderes gewesen seien als egoistische Exzesse. Kein Wunder, daß die Linke inzwischen ihre Solidaritätsappelle häufig mit Zitaten aus der katholischen Soziallehre ausstattet, also mit dem theoretischen Rüstzeug derjenigen historischen Macht arbeitet, gegen die sich der Individualisierungsschub der Renaissance z. B. gerichtet hat. Den Kulturhistoriker mag die ironische Verkehrung der Fronten amüsieren; aus der Interessenperspektive der Gewerkschaften ist sie eher verhängnisvoll.

Die plumpe Gegenüberstellung von Individualität und gesellschaftlicher Bedingtheit ist absurd; in Wahrheit sind es nichts „als zwei Funktionen der Menschen in ihrer Beziehung zueinander, von denen die eine nicht ohne die andere Bestand hat . . . Die Gesellschaft ist nicht nur das Gleichmachende und Typisierende, sondern auch das Individualisierende.“ (Norbert Elias)

Große gesellschaftliche Organisationen, die den Individualisierungsschub der letzten Jahrzehnte ignorierten, wären allerdings zum Schrumpfen verurteilt. Man muß sich klarmachen: Viele soziale Beziehungen, die früher für die Menschen obligatorisch, lebenslänglich und fremdzwangartig waren, haben heute den Charakter einer freiwilligen Verbindung auf Widerruf; das gilt für „Heimat“, Ehe, Familie und Beruf. Der einzelne ist bei Entscheidungen über die Gestaltung von Beziehungen stärker als jemals auf sich selbst angewiesen; und es entwickelt

sich das, was man den *Stolz der Selbstregulierung* nennen könnte. Wer diesen Stolz mißachtete, verlore schnell die Mehrheitsfähigkeit.

Die Gewerkschaften dürfen deshalb das Wort Solidarität nicht so benutzen wie der Schäfer den Hütehund: zum Zurückscheuchen der Ausbrechenden. Individualisierung heißt auch: Abwerfen von fremdem Zwang, psychische Selbststeuerung. Es ist schon richtig, daß man die Menschen daran erinnern muß, daß sie zwischen dem Wir und Ich eine Balance finden müssen; aber große Organisationen, die die „Wandlungen der Wir-Ich-Balance“ der letzten vierzig Jahre aus dem Auge verlor, gerieten in die Gefahr, schnell ein Stück von ihrer Größe zu verlieren (Elias, 1987).

Korporatismus mit schlechtem Gewissen:

Die deutschen Gewerkschaften haben eine alte korporatistische Tradition; im Grunde begann sie mit Lassalle, wurde mit Carl Legien fortgesetzt, führte zu bitteren politischen Fehlern, vor allem 1914 und 1932/33, errang große Erfolge, vor allem mit dem Hilfsdienstgesetz 1916 und der Montanmitbestimmung 1951 und reicht bis heute; aber häufig ist es ein „Korporatismus mit schlechtem Gewissen“. Für viele ist Korporatismus eine Art Schimpfwort; man spricht es gedehnt und meint Klassenkollaboration.

Die *politisierten* Gewerkschaften, die allein überleben können, können sich aber nicht auf die Rolle beschränken, die das geltende Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten zuweist – und die viele Betriebsräte inzwischen abstreifen. Franz Steinkühler hat formuliert: „Wenn den Unternehmern nichts einfällt, als nur Betriebe zu schließen, sind wir in der Tat gezwungen, uns den Kopf über unternehmerische Alternativen zu zerbrechen“ (Wirtschaftswoche, 29. Januar 1988). Das ist der Schritt von der defensiven Schutzfunktion zur aktiven, konzeptionellen Beschäftigungspolitik.

Konosuke Matsushita, Gründer und heute Berater der Matsushita Electric Industrial Company in Osaka, ist sich völlig sicher, daß sein Land im „Fertigungskrieg“ (Manufacturing War) siegen wird. Aber nicht das allein ist seine Überzeugung, sondern er glaubt auch zu wissen, warum das so sein wird. Japan sei auf dem Weg nach oben und mit Amerika und Europa ginge es bergab, sagt er. Aber im Westen könne man nichts dagegen tun, weil es sich um eine innere Krankheit handele. Im Westen stützten sich die Unternehmer auf die Prinzipien Frederick W. Taylors. Was aber noch schlimmer sei, auch die

Köpfe sei
daran, da
nagemen
ren, mit
und Mä
rungskrä
hinter sie
Manager
Führung
ternehme
Klassens
Das V
und Art
Traditio
ren kann
kampf m
entschei
bestehen
die Unt
überwin
bleibt („
tion“, ha
sagt) un
des Betr
betracht
poratism
entwicke
„antagon

Ein v
Grunds
Dich ni
rer. Nur
ner DGI
SPD sti
werde n
zenbear
ich als j
demokr
Es gibt
sind un
werksch
zweiten
me der
Problem
Ich war
werksch
Zukunft
sie um
„sieben
Kollege

er Selbstregulierung
olz mißachtete, ver-
zeit.

eshalb das Wort So-
er Schäfer den Hüte-
der Ausbrechenden.
Abwerfen von frem-
ststeuerung. Es ist
schen daran erinnern
ir und Ich eine Ba-
Organisationen, die
Balance“ der letzten
ören, gerieten in die
rer Größe zu verlie-

Tewissen:

en haben eine alte
Grunde begann sie
Legien fortgesetzt.
Fehlern, vor allem
Erfolge, vor allem
5 und der Montan-
bis heute: aber häu-
schlechtem Gewis-
s eine Art Schimpf-
1 meint Klassenkol-

ten, die allein über-
nicht auf die Rolle
etriebsverfassungs-
– und die viele Be-
. Franz Steinkühler
nternehmern nichts
ßen, sind wir in der
über unternehmerin-
n“ (Wirtschaftswor-
Schrift von der de-
iven, konzeptionel-

ter und heute Bera-
ustrial Company in
ein Land im „Ferti-
) siegen wird. Aber
eugung, sondern er
as so sein wird. Ja-
und mit Amerika
er. Aber im Westen
veil es sich um eine
/esten stützten sich
pien Frederick W.
mer sei, auch die

Köpfe seien taylorisiert. Man glaubte im Westen fest daran, daß ein gesundes Management bedeute: Management auf der einen Seite, Arbeiter auf der anderen, mit anderen Worten: Männer, die entscheiden und Männer, die ausführen. Die japanischen Führungskräfte hätten das Stadium des Taylorismus hinter sich gelassen. Für die Japaner bestünde das Management im intellektuellen Einsatz sämtlicher Führungskräfte und Mitarbeiter zum Dienst am Unternehmen ohne selbstaufgelegte funktionelle oder Klassenschranken (FAZ, 14. April 1988).

Das Verhältnis von japanischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruht auf einer kulturellen Tradition, die man nicht nach Europa transplantieren kann. Die Europäer werden den Konkurrenzkampf mit den Japanern – insbesondere auf dem entscheidenden Feld der Informationstechnik – nur bestehen, wenn sie drei Bedingungen erfüllen: wenn die Unternehmer die „Taylorisierung der Köpfe“ überwinden; wenn ein leitzelfähiger Staat übrig bleibt („Nichts drängt einen Staat, nur die Innovation“, hat der französische Philosoph Montaigne gesagt) und wenn die Gewerkschaften auf der Ebene des Betriebs wie auf der Ebene des Staats zu Gesamtbetrachtungen (Kern, 1988) fähig bleiben. Der Korporatismus mit schlechtem Gewissen muß weiterentwickelt werden zu einer bewußten Politik der „antagonistischen Kooperation“ (Glotz, 1984).

III.

Ein vernünftiger (wenn auch pervertierbarer) Grundsatz bürgerlicher Erziehung lautet: Misch Dich nicht ungefragt in die Angelegenheiten anderer. Nun bin ich zwar ungefähr zur gleichen Zeit einer DGB-Gewerkschaft beigetreten als ich auch zur SPD stieß – Anfang der sechziger Jahre. Aber ich werde nie die freundliche Belehrung eines alten Spitzenbeamten im Arbeitsministerium vergessen, den ich als junger Abgeordneter besuchte und als Sozialdemokrat in Anspruch nehmen wollte. Er sagte mir: Es gibt Gewerkschafter, die *auch* Sozialdemokraten sind und es gibt Sozialdemokraten, die *auch* Gewerkschafter sind. Er gehörte zur ersten, ich zur zweiten Sorte und insofern sind die Zukunftsprobleme der Gewerkschaften trotz langer Mitgliedschaft Probleme, die ich nur „von außen“ beurteilen kann. Ich war nie Vertrauensmann, Betriebsrat, nie Gewerkschaftssekretär. Da die IG Metall sich zu ihrem Zukunftskongreß aber bewußt Gäste eingeladen und sie um konkrete Vorschläge gebeten hat, hier also „sieben vorsichtige Vorschläge eines nicht-aktiven Kollegen“.

1. Europäisierung der Gewerkschaftspolitik

Seit fünfzehn Jahren zerfällt die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten: teilweise organisieren wir sie höchstselbst weg (GATT, EG, RGW, EFTA). In Europa entsteht der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt – und trotzdem agiert die Arbeiterbewegung, die einst unter der Losung des Internationalismus angetreten ist, weit nationaler als die Multis. Ist es nicht wahr, daß die nationalen Parlamente immer mehr Macht verlieren und europäische „Agenturen“ (leider am wenigsten das Europäische Parlament) die Kompetenzen an sich ziehen? Trifft es nicht zu, daß angesichts dieser Entwicklung der Europäische Gewerkschaftsbund (genau so wie der „Bund sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in Europa“) eher Adressen sind als Organisationen? Kann man bestreiten, daß die Personalpolitik der Europäischen Gemeinschaft von allen möglichen Kräften beeinflusst wird, von den Gewerkschaften allerdings am wenigsten? Müssen wir uns nicht eingestehen, daß die Beziehungen zwischen den europäischen Gewerkschaften eher zeremoniös als operational sind?

Im Ergebnis werden sowohl die nationale Politik als auch die nationalen Gewerkschaften die Fähigkeit verlieren, das einzelne Unternehmen gegen die Unterbietungskonkurrenz von Anbietern zu schützen, die unter geringeren Steuer-, Umwelt-, Lohn- oder Mitbestimmungskosten operieren. Auf der europäischen Ebene sind die Gewerkschaften aber noch viel weniger als die Politik in der Lage, ein entsprechendes Regelungssystem in absehbarer Zeit aufzubauen. Die Folge ist der neoklassische Wunschtraum (und sozialdemokratische Alptraum) einer Marktkonkurrenz zwischen den nationalen Regelungssystemen. Die gegenwärtige Standortdiskussion bietet uns erst einen schwachen Vorschmack des Deregulierungsdrucks, dem wir in wenigen Jahren ausgesetzt sein werden. Auf der Linken gibt es dagegen, soweit ich sehe, bisher noch keinerlei plausible Gegenstrategie.

Mehr als fünfzig Prozent des Exports der Bundesrepublik Deutschland geht in die Europäische Gemeinschaft. Wir müssen uns nicht von einer ominösen „Weltmarktorientierung“ verrückt machen lassen – aber wir brauchen eine wirksame europäische Politik. Europa müßte sich weder von Hungerlöhnen in der Dritten Welt noch von Protektionismusdrohungen aus den Vereinigten Staaten beirren lassen – wenn es die westeuropäische Integration vorantreiben und sich einen Begriff von Gesamteuropa bewahren. Was Europa betrifft, ist es für alle Rück-

zugsgefechte seit langem zu spät; es gibt bestenfalls den „Ausbruch nach vorn“. Wenn wir ihn nicht schaffen, wird die Interventionsmacht der Gewerkschaften brutal reduziert.

2. Miteigentum oder eine strategische Lohnpolitik

Die langfristige Konstanz der Lohnquote in der Bundesrepublik ist heute nicht mehr zu bezweifeln. Einer deutlichen Begünstigung der Gewinn- und Vermögenseinkommen in den fünfziger Jahren folgte ein Patt zwischen Lohn- und Gewinnbeziehungen in den sechziger Jahren, eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnquote nach den Septemberstreiks von 1969 in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und eine Korrektur der Korrektur seit 1975 (Hickel, 1987). Muß man sich nicht fragen, ob die brutale Vollbremsung der Bundesbank 1975 hätte vermieden werden können, wenn Anfang der siebziger Jahre arbeitsfähige Systeme des „Investivlohns“, des „Miteigentums“ oder von „Arbeitnehmerfonds“ existiert hätten, so daß ein Teil der Lohnerhöhungen in den Unternehmen stehen geblieben wäre? Müssen wird das Resentiment gegenüber dem „Kleinkapitalismus“, der aus der Mitbestimmungsdiskussion verschwunden ist, nicht auch beim Thema „Mitbesitz“ überwinden? Könnte die deutsche Arbeiterbewegung nicht aus den Erfahrungen der schwedischen und aus deren Kampf um „wage earner funds“ lernen und ein eigenes Konzept für betriebsbezogene und kollektive Formen des Mitbesitzes entwickeln?

Die deutschen Gewerkschaften haben Anlaß, die strategischen Diskussionen über die Lohnpolitik vom Anfang der fünfziger Jahre historisch aufzuarbeiten und vorurteilslos zu prüfen, ob eine Rückerrinerung an die Ideen Fritz Naphtalis (Klaus Schönhoven, 1987) nicht eine neue Phase „strategischer Lohnpolitik“ einleiten könnte.

3. Beschäftigungspläne oder der Schritt von der Defensive in die Offensive

„Wir haben in den letzten Jahren einen Sozialplan nach dem anderen gemacht und damit die Arbeitslosigkeit besiegelt“. Dieser Satz des 1. Bevollmächtigten der IG Metall in Nürnberg, Gerd Lobodda, markiert den nicht nur theoretischen, sondern praktischen Übergang zu einem neuen Denken. Statt Sozialplänen sollen, wo immer es geht, vorlaufend „Beschäftigungspläne“ entwickelt werden, in denen Regelungen zur Erweiterung der Produktpalette, zur Investitionsplanung oder zur Standortsicherung – und nicht nur Abfindungen wie bei Sozialplänen – ver-

einbart werden. Bei Grundig ist eine paritätisch besetzte Kommission „Neue Produkte“ durchgesetzt worden, die Formen der Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Produktpolitik gewährleisten soll.

Das Konzept der Beschäftigungspläne (Gerd Lobodda, Sozialismus 7/1988) ist ein bedeutsamer Schritt in Richtung auf die Mitwirkung bei der Entwicklung neuer Produkte, aber auch in Richtung auf eine Mitverantwortung der Gewerkschaften bei einem unternehmerischen Entscheidungsprozeß. Er zeigt, daß die Gewerkschaften den Prozeß der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) durch Innovation nicht mehr einfach passiv über sich ergehen lassen wollen. Die Innovation nicht als Strategie des Kapitals, sondern als gemeinsame Leistung des gesamten Unternehmens; die Innovateure nicht als Agenten des Managements, sondern als Kollegen. Die Beschäftigungspläne sind der Beginn einer neuen Phase gewerkschaftlicher Arbeit im Sinne „antagonistischer Kooperation“.

4. Individualisierung der Arbeitszeit

Die total verplante und restlos flexibilisierte Zeit ist keine produktive Utopie, sondern ein Alptraum. Die Frage, wer wen wann noch treffen kann, darf nicht zum nur noch per Computer lösbaren Optimierungsproblem werden. Ich bin mit Oskar Lafontaine der Auffassung, daß Maschinenlaufzeiten wichtige Faktoren der Kompromißbildung zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sind: man kann sie nicht als Tabu behandeln. Betriebsvereinbarungen in unterschiedlichen Branchen zeigen, daß viele Betriebsräte und ihre Gewerkschaften dies genauso sehen. Wer weitgehende Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen will, wird um Kompromisse bei den Maschinenlaufzeiten, also auch bei der Wochenendarbeit nicht herumkommen – wem sage ich das. Das kann aber nicht heißen, daß man das mühsam erkämpfte freie Wochenende achselzuckend abschreibt. Es gibt keinen Grund, „für Wochenendarbeit“ einzutreten; aber es ist sinnvoll, Praxis und Rhetorik auch bei diesem Thema nicht allzu weit auseinanderklaffen zu lassen. Das Prinzip muß lauten: Das freie Wochenende hat auch dann, wenn es von religiösen Bezügen losgelöst wird, eine kulturelle Bedeutung als Kommunikationszeit, gemeinsame Kontemplationschance und Zeitpuffer (Ingrid Kurz-Scherf, 1987). Pragmatische Kompromißregelungen im Einzelfall sind notwendig, hebeln das Prinzip aber nicht aus.

Unakzeptabel (und undurchsetzbar) wäre auf der anderen Seite die Mißachtung der Individualisie-

rungsv
beitne
schein
beitsze
nehme
sein, d
fen un
zipatic
che Po
Arbeit
der Ve
zwich
lungen
raums
Prak
beit be
bilier
Woche
gibt je
Teilzei
Wunsc
abzuw
ein Stu
zahl ob
dell“ (F
rer, die
Die „t
ein sin
tes und
der Ar
aber „v
1988) u
nach B
ziert, w
organis
Gewerk
liert Ja
auch fü
Ich b
aufzue
den ein
den let
nen Me
fläche,
psychis
Unbew
Parteien
der Rel
Bindek
der Arb
oder ge
über da

g ist eine paritätisch be-
Produkte“ durchgesetz-
tsprache der Arbeitneh-
gewährleisten soll.
tigungspläne (Gerd Lo-
b) ist ein bedeutsamer
Mitwirkung bei der Ent-
er auch in Richtung auf
Gewerkschaften bei ei-
ntscheidungsprozeß. Er
aften den Prozeß der
“ (Schumpeter) durch
ch passiv über sich erge-
ation nicht als Strategie
meinsame Leistung des
e Innovateure nicht als
sondern als Kollegen.
nd der Beginn einer
cher Arbeit im Sinne
on“.

beitszeit
stlos flexibilisierte Zeit
sondern ein Alptraum.
och treffen kann, darf
mputer lösbaren Opti-
h bin mit Oskar Lafon-
Maschinenlaufzeiten
mpromißbildung zwis-
werkschaften sind; man
ndeln. Betriebsvereini-
Branchen zeigen, daß
ewerkschaften dies ge-
ide Arbeitszeitverkür-
um Kompromisse bei
so auch bei der Wo-
ommen – wem sage ich
en, daß man das mühe-
nde achselzuckend ab-
d, „für Wochenendar-
sinnvoll, Praxis und
hema nicht allzu weit
Das Prinzip muß lau-
at auch dann, wenn es
löst wird, eine kultu-
rikationszeit, gemein-
und Zeitpuffer (Ingrid
sche Kompromißrege-
otwendig, hebeln das

setzbar) wäre auf der
g der Individualisie-

runge-wünsche einer wachsenden Anzahl von Ar-
beitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder ihre
scheinbare Berücksichtigung in Modellen freier Ar-
beitszeitwahl, die auf Kosten gar keine Rücksicht
nehmen. Das Ziel gewerkschaftlicher Politik muß es
sein, den Menschen mehr disponible Zeit zu schaf-
fen und sie dazu zu motivieren, diese Zeit als Eman-
zipations- und Orientierungszeit zu nutzen. Eine sol-
che Politik kann nur erfolgreich sein, wenn zwischen
Arbeit und Kapital konstruktive Kompromisse bei
der Verteilung des Produktivitätsspielraums oder
zwischen Arbeit, Kapital und Staat tragfähige Rege-
lungen zur Überschreitung des Produktivitätsspiel-
raums gefunden werden.

Praktikable Vereinbarungen für Wochenendar-
beit bei Chips oder Glasfaserfabriken sind weder ju-
bilierend zu begrüßende erste Einbrüche in das freie
Wochenende noch Verrat an der Arbeiterschaft. Es
gibt jeden Anlaß, für die soziale Absicherung von
Teilzeitarbeit beinhart zu kämpfen; aber keinen, den
Wunsch nach Teilzeitarbeit als anti-emanzipativ
abzuwerten. Wer die Arbeitszeitverkürzung, die sich
ein Studienrat durch Kürzung seiner Pflichtstunden-
zahl ohne Lohnausgleich verschafft, als „Luxusmo-
dell“ (Kurz-Scherf, a.a.O.) abtut, schädigt junge Leh-
rer, die von solchen Stundenkürzungen profitieren.
Die „täglich wirksame Arbeitszeitverkürzung“ ist
ein sinnvolles, von vielen Arbeitnehmern akzeptier-
tes und in vielen Betrieben durchführbares Modell
der Arbeitszeitverkürzung; wer für dieses Modell
aber „verbindlichen Vorrang“ verlangt (Heide Pfarr,
1988) und damit den Wunsch von Arbeitnehmern
nach Blockfreizeiten als falsches Bedürfnis qualifi-
ziert, wird scheitern. Der Paternalismus von Groß-
organisationen, gleichgültig, ob es sich um Parteien,
Gewerkschaften oder andere Verbände handelt, ver-
liert Jahr für Jahr mehr an Wirksamkeit; das gilt
auch für Paternalismus aus feministischen Motiven.

Ich beschwöre die Gewerkschaften, die Tatsache
aufzunehmen, daß der Individualisierungsschub,
den eine Reihe westlicher Industriegesellschaften in
den letzten Jahrzehnten erlebt haben, die betroffe-
nen Menschen nicht nur an ihrer psychischen Ober-
fläche, bei der Zivilisierung und Differenzierung der
psychischen Funktionen ergreift, sondern tief ins
Unbewußte hinein wirkt. Wir reden in politischen
Parteien und Gewerkschaften nicht über den Verfall
der Religiosität; bestenfalls über die zurückgehende
Bindekraft konfessioneller Milieus; oder den Zerfall
der Arbeitermilieus. Wir machen uns im politischen
oder gewerkschaftlichen Alltag nur wenig Gedanken
über das Verschwinden der Großfamilien, über das

Anwachsen der Zahl von „Singles“ nicht nur in gro-
ßen Städten, über die Vermehrung von Einzelkin-
dern und das explosionsartige Anwachsen von al-
leinerziehenden Vätern und alleinerziehenden Müt-
tern. Welch ungeheurer Fortschritt, wenn wir alle
uns mehr Gedanken über die Erhaltung der Gesell-
schaftlichkeit unserer Gesellschaft machen würden.
Welch ungeheurer Irrtum aber, wenn wir uns ein-
bilden würden, wir könnten die Leute kommandie-
ren; z. B. nach dem zuweilen zu hörenden Motto, je
mehr Zeit einer im Betrieb verbringt, desto länger
ließe er sich erreichen und auch beeinflussen.

Kulturphilosophen, vor allem konservative Kul-
turphilosophen, mögen sich fragen, ob es richtig war,
einen Teil der Menschheit – z. B. im alten Europa –
losgebunden zu haben. Aber der Versuch, die losge-
bundene Menschheit mit dem dünnen Strick eines
Tarifvertrags wieder anzubinden, muß scheitern.
Ich bin der festen Überzeugung: Nur Gewerkschaf-
ten, die offensiv die unterschiedlichen Wünsche der
Menschen nach unterschiedlichen Lebensformen
aufgreifen – und sich dann um eine gerechte Absi-
cherung dieser Lebensformen bemühen – haben eine
Chance in der Zukunft (u. a. Klaus Lang, 1987).

5. Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Die „modernen Arbeitnehmer“ sind Transpa-
renzfanatiker; sie wollen beteiligt sein (Horst Kern,
1987). Die Gewerkschaften dürfen nicht abwarten,
bis die Unternehmen die Experimentierangst der
traditionell Privilegierten durch alle möglichen
„Qualitätszirkel-Bewegungen“ überwunden haben.
Sie müssen die Ideen, die Hans Matthöfer und an-
dere Mitte der sechziger Jahre entwickelt hatten, neu
durchdenken. Dabei geht es um die Beteiligung-
chancen des einzelnen „vor Ort“ – dort, wo dieser
einzelne Entscheidungen beeinflussen kann.

Bei der Durchsetzung neuer Modelle der „Mitbe-
stimmung am Arbeitsplatz“ wird es notwendig sein,
daß die Gewerkschaften ihren Institutionalismus im
Zaum halten; es geht nicht um Beteiligungsrechte,
die die Betriebsräte für die Beschäftigten wahrneh-
men, sondern um Beteiligungsrechte dieser Beschäf-
tigten selbst. Hochqualifizierte, moderne Arbeit-
nehmer wollen die Produkte, an denen sie arbeiten, die
Arbeitsprozesse, in die sie eingespannt sind, die so-
zialen Beziehungen, die sie täglich erleben, nicht ein-
fach so hinnehmen müssen, wie sie vorgegeben sind.
Die Betriebsräte und Gewerkschaften müßten ver-
suchen, diesen gleichzeitig widerständigen und kon-
struktiven Interessen Raum zu schaffen – ohne in-
strumentelle Absichten.

6. Der Betrieb als Kommunikationsnetz

Die Erwerbsarbeit wird noch auf unabschbare Zeit den Rhythmus des menschlichen Lebens prägen; aber der Betrieb als Gravitationszentrum verliert an Bedeutung. Er bleibt ein Kommunikationsnetz erster Ordnung in unserer Gesellschaft; aber man muß auch etwas dafür tun. Die betrieblichen Funktionäre und Tarifpolitiker müssen sehen, daß sie echte Einflußmöglichkeiten haben und für ihre Leute etwas tun können. Gleichzeitig ist es notwendig, die Binnenkommunikation des Betriebs zu durchbrechen und Gesprächs- und Bündnispartner im Ort, in der Region, bei den unterschiedlichen sozialen Bewegungen zu finden. Nur wenn die Beschäftigten eines Betriebes den Eindruck bekommen, daß sie selbst ihre eigenen Probleme in die Hand nehmen können und nur wenn sie gleichzeitig hoffen können, daß sie mit diesen Problemen nicht allein gelassen werden, werden sie für ein Engagement gewonnen werden können, das über privatistische Kommunikation hinausreicht.

Betriebssyndikalismus bleibt eine Gefahr. Wenn prosperierende Unternehmen günstige Tarifverträge aushandeln, von denen schwächere Betriebe nur träumen können, gefährdet das den Zusammenhalt der Arbeitnehmerschaft. Es gibt aber durchaus Felder für eine betriebsnahe Tarifpolitik. Das auf abschbare Zeit Wichtigste ist die Regelung der Arbeitszeit, wo Raum für betriebliche Zusatztarifverträge geschaffen werden sollte. Die Unterschiede zwischen tarifvertraglichen Vereinbarungen und betrieblichen Verhältnissen sind manchmal so groß, daß allgemeine Lösungen „mit dem Rasenmäher“ in vielen Betrieben zu Bitterkeit und Unverständnis führen. Da wäre es besser, durch eine betriebsnahe Tarifpolitik im Feld der Arbeitszeit die Betriebsräte einzubeziehen und so „die Arbeit der Tarifgestaltung und ihre Durchsetzung auf breiteren Schultern zu lagern als bisher“ (Fritz Salm, 1961; vergl. Kurz-Scherf, 1987).

Erfolgreiche Tarifpolitik wird gleichzeitig den Aufbau kommunaler betriebs- und arbeitsbezogener Öffentlichkeiten (Helmut Schauer, 1988) erfordern. Was bedeutet die Entlassung von zweitausend Arbeitnehmern in einer mittleren Stadt für die gesamte Region? Was sagen die Lehrer und Studienräte in den Schulen über den Streik, den die Arbeitnehmer eines Großbetriebes für die Verkürzung der Arbeitszeit führen? Welche Kontakte hat der Betriebsrat einer großen chemischen Firma zu den Bürgerinitiativen, die eine Verseuchung des Flusses oder eine Verpestung der Luft befürchten? Die Abschottung der

betrieblichen Kommunikation führt zur Isolation. Die Betriebe müssen in die sie umlagernde Öffentlichkeit eingebaut werden; nicht nur im Krisenfall, sondern auch im Alltag.

7. Die Gewerkschaften als Kulturbewegung

Die Arbeiterkultur als einheitliches, prägendes Milieu, als Fluchtburg gegen eine feindliche Öffentlichkeit ist bis auf wenige Quartiere in alten Arbeiterregionen verschwunden; gleichzeitig entsteht durch die Internationalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung der Kommunikation eine globale Massenkultur, die auf die Zerstreuung der Seelen und die Einebnung der Interessenunterschiede hinarbeitet.

Die Freizeit der Menschen wächst, die Kulturindustrie wird zu einem der mächtigsten Industriezweige überhaupt. In dieser Situation wäre es eine Katastrophe, wenn die deutschen Gewerkschaften aus der Pleite der Neuen Heimat die falsche Konsequenz ziehen würden, die Gemeinwirtschaft gänzlich zu liquidieren und sich aus dem „Reproduktionsbereich“ und das heißt dem Prozeß der Bewußtseinsbildung der Menschen, ganz und gar zurückzuziehen. Eine solche Fehlentscheidung wäre gleichbedeutend mit dem endgültigen Verlust des traditionellen Kampf- und Bewegungscharakters (Schönhoven, 1987) der Gewerkschaften.

Daß auch die größte Gewerkschaft keinen privaten Fernsehsender betreiben kann, ist selbstverständlich. Daß sie aber – anders als die Kirchen – auch nicht über Produktionsfirmen verfügt, die als Zulieferer der großen Stationen arbeiten, ist unverständlich. Daß ein gewerkschaftsnahe Touristikunternehmen gescheitert ist, kann man nicht bestreiten; daß dies zu dem Entschluß führte, den Urlaub von Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer dem Konkurrenzkampf von Neckermann und dem Club Mediterrané zu überlassen, ist kaum der Weisheit letzter Schluß. Daß die Gewerkschaften mit der Büchergilde Gutenberg über die Buchgemeinschaft mit dem besten Programm verfügen, ist ein großer Erfolg; daß die Büchergilde meist dann in den Nachrichten auftaucht, wenn von ihrer Einstellung die Rede ist, ist ein Fehler.

Die Gewerkschaftshäuser müßten Kommunikationszentren sein; keine Verwaltungsgebäude. Warum gelingt es bisher nur an wenigen Stellen – z. B. in Ingolstadt – die DGB-Kreise systematisch zu Gesprächspartnern der neu entstehenden lokalen Hörfunksender zu machen? Warum haben wir keine repräsentativen gewerkschaftlichen Literaturpreise?

Warum
1. Mai. w
schwarze
Franz Sch
Gewerks
schütter

Das g
hens sind
Italiano.
Ableger,
besucht
mit der
die Italie
ren Unit
dirigiere
die größ
Feste, un
munistis
ein. Sie
Kirchent
tem erfol
politik gew
werksch
um?

Die G
gemeins
tionsgen
borg Wa
des Ko
Kapital

Bibli

D
scha
Kon
liche
von
tel u
Zeit
auch
Die
auf
B
lich
gie,
scha
E
tier

on führt zur Isolation
sie umlagernde Öffent-
licht nur im Krisenfall

Kulturbewegung
einheitliches, prägendes
eine feindliche Öffent-
quartiere in alten Arbeit-
gleichzeitig entsteht
ung. Kommerzialisierung.
Kommunikation eine
auf die Zerstreuung der
der Interessenunter-

wächst, die Kulturin-
mächtigsten Industrie-
Situation wäre es eine
schen Gewerkschaften
mat die falsche Konse-
emeinwirtschaft gänz-
aus dem „Reproduktions-
dem Prozeß der Be-
hen, ganz und gar zu-
ehelentscheidung wäre
dgültigen Verlust des
Bewegungscharakters
erkschaften.

kschaft keinen priva-
kann, ist selbstver-
lers als die Kirchen –
firmen verfügt, die als
en arbeiten, ist unver-
ftsnahe Touristikun-
in man nicht bestrei-
ß führte, den Urlaub
ich organisierter Ar-
kampf von Necker-
ané zu überlassen, ist
luß. Daß die Gewerk-
Gutenberg über die
sten Programm verfü-
die Büchergilde meist
ucht, wenn von ihrer
Fehler.

übten Kommunika-
Verwaltungsgebäude.
an wenigen Stellen –
reise systematisch zu
ntstehenden lokalen
rum haben wir keine
chen Literaturpreise?

Warum gibt es immer noch Veranstaltungen zum
1. Mai, wo nach der Agitationsrede eine Dame im
schwarzen Kleid drei Lieder aus der Winterreise von
Franz Schubert singt? Wieso sind die Kontakte der
Gewerkschaften zur linken deutschen Rockmusik so
schütter und so dürftig?

Das größte Kommunikationsunternehmen Ita-
liens sind die Feste l'Unità des Partito Comunista
Italiano. Ein zentrales Fest und tausend regionale
Angebot, ganz Italien ißt und tanzt und diskutiert,
besucht Konzerte, hört Vorträge, fährt Achterbahn –
mit der Kommunistischen Partei. Allerdings haben
die Italiener keine Berührungängste: auf den größten
Unità-Festen kochen die besten Köche Italiens,
dangieren die teuersten Dirigenten Europas, zeigen
die größten Firmen des Landes ihre Produkte. Die
Feste, um das Maß voll zu machen, kosten die Kom-
munistische Partei nicht etwa Geld; sie spielen Geld
ein. Sie ziehen Jugendliche an wie in Deutschland
Kirchentage; sie sind in vierzig Jahren zum bei wei-
tem erfolgreichsten „Medium“ der italienischen Poli-
tik geworden. Warum entwickelt die größte Ge-
werkschaft der Welt nicht ein vergleichbares Medi-
um?

Die Gewerkschaften verstehen sich als Interessen-
gemeinschaften; aber sie sind auch Kommunika-
tionsgemeinschaften, Wertgemeinschaften (Inge-
borg Wahle-Homann, 1987). Der historische Block
des Konservatismus beruht keineswegs nur auf
Kapitalmacht, Soldaten, Polizisten und der Bouti-

quen-Bourgeoisie; er beruht auf kultureller Vor-
macht. Ein Teil der Politisierung der Gewerkschaf-
ten muß ihre „Kulturalisierung“ sein.

IV.

Massenorganisationen können sterben; das gilt
für Parteien wie Verbände – es gilt auch für Gewerk-
schaften. Die Vertriebenenverbände in der Bundes-
republik waren große, überparteiliche, kreative Or-
ganisationen; der Lastenausgleich eine fundamen-
tale Leistung. Ende der sechziger Jahre fielen sie –
bei ihrer Opposition gegen die Ostpolitik Willy
Brandts – aus der Zeit. Heute sind sie Traditionsver-
eine.

Die deutschen Gewerkschaften sind mit den Ver-
triebenenverbänden nicht zu vergleichen. Sie sind
nicht aus der Zeit gefallen; aber sie stehen vor einer
großen Bewährungsprobe. Die bittere Niederlage
der englischen Arbeiterbewegung gegen die von
Margaret Thatcher teils geführte, teils symbolisierte
Bourgeoisie muß alle schrecken. Auch uns.

Literatur

Martin Baethge / Herbert Overbeck: Zukunft der Angestellten.
Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Ver-
waltung. Frankfurt/New York (Campus) 1986

Siegfried Bleicher (Hrsg.): Ausstieg? – Gewerkschaftliche Re-
formpolitik in der Industriegesellschaft, Hamburg (VSA-Verlag)
1985

Siegfried Bleicher: Sechs Leitsätze zur Zukunft der Arbeit, in:
Angestellten-Magazin, 6/1988 (S. 12 f.)

Bibliographie zur Risiko-Kommunikation

Die Programmgruppe Technik und Gesell-
schaft der KFA Jülich hat eine Bibliographie zur
Kommunikation über ökologische, gesundheit-
liche und gesellschaftliche Risiken des Einsatzes
von Technologien erstellt, die z. Zt. etwa 800 Ti-
tel umfaßt. In der Bibliographie wurden sowohl
Zeitschriften und Buchveröffentlichungen als
auch „graue Literatur“ ab 1980 berücksichtigt.
Die Dokumentation ist als Paper-Version und
auf dem Datenbanksystem LIDOS erhältlich.

Berücksichtigt wurden einschlägige Veröffent-
lichungen aus Soziologie, Psychologie, Politolo-
gie, Ingenieurwissenschaften und Betriebswirt-
schaft.

Ein Thesaurus ermöglicht eine rasche Orien-
tierung hinsichtlich folgender Suchbegriffe: An-

gesprochene Technikfelder bzw. Risikoquellen,
inhaltliche Themen und Fragestellungen, Teil-
nehmer am Kommunikationsprozeß, Brenn-
punkte von Technologiefolgen, Zuordnung der
Arbeit in ein wissenschaftliches Fachgebiet, Be-
schaffung der Literaturquelle sowie Standort der
Quelle.

Es ist beabsichtigt, diese Bibliographie fortzu-
schreiben und halbjährlich einen Supplement-
band herauszugeben.

Kontaktadresse für Interessenten:

Dr. Peter M. Wiedemann

*Programmgruppe Technik und Gesellschaft der
Kernforschungsanlage Jülich GmbH*

Postfach 19 13

D-5170 Jülich

Die andere Zukunft. Zur gesellschaftspolitischen Debatte in der IG Metall, in: Sozialismus 5/1988 (S. 18–22)

Peter Diehl-Thiele: Die Gewerkschaften fallen zurück, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. 4. 1988

Helmut Dubiel / Otto Jacobi: Individualisierung und Solidarität. Anmerkungen zur Zukunft der Tarifpolitik und der Kunst der Gewerkschaften. Vielfalt und Ambivalenz zu vermitteln. Referat anlässlich des tarifpolitischen Diskussionsforums der IG Metall zum Thema „Strukturwandel: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik“ vom 20. – 22. 6. 1988

Norbert Elias: Die Gesellschaft der Individuen, hrsg. von Michael Schröter, 2. Aufl., Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1987

Werner Fiedler / Reiner Hoffmann / Klaus Kost (Hrsg.): Gewerkschaften auf neuen Wegen. Auf der Suche nach Alternativen innerhalb der Gewerkschaften, Marburg (SP-Verlag) 1987

Heiko Geiling / Thomas Hermann: Thesen zum Werkstattgespräch „Politik mit Lebensstilen – Lebensstile als Politik“, Berlin, 15./16. April 1988. (Forschungsprojekt der Universität Hannover: „Sozialstrukturwandel und neue gesellschaftlich-politische Milieus in der BRD“)

Peter Glotz: Rede anlässlich der Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IBM) in Montreal, Juni 1986

Ralph Greifenstein / Peter Jansen / Leo Kibler: Neue Technologien – Neues Management – Alte Gewerkschaften? in: Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) 33/1986 (S. 462–464)

Rudolf Hickel: Ein neuer Typ der Akkumulation? – Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie, Hamburg (VSA-Verlag) 1987

Horst Hinz: Management und Arbeitnehmerinteresse, in: Der Gewerkschafter, 11/1981 (S. 46 f.)

Horst Hinz: Die Strategie dezentraler Produktionskonzepte, in: congena Texte, 1/1987 (S. 8–15)

Horst Hinz: Kooperation oder Konkurrenz im Innovationsprozess. Flexibilität durch Team-Konzepte, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 3/1988 (S. 212–216)

Joachim Hirsch / Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg (VSA-Verlag) 1986

Jürgen Hoffmann: Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? – Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren: ein Szenario, in: Prokla, 65/1986 (S. 8–30)

Horst Kern / Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München (C. H. Beck) 1984

Horst Kern: IGM, Referat anlässlich des tarifpolitischen Diskussionsforums der IG Metall zum Thema „Strukturwandel: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik“ vom 20. bis 22. Juni 1988

Gerd Lobodda: Beschäftigungspläne. Stellenwert – Perspektiven – Grenzen – Möglichkeiten, in: Sozialismus, 7/1988 (S. 26 f.)

Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York (Campus) 1984

T. Martin / E. Ulrich / H.-J. Warnecke: Angemessene Automation für flexible Fertigung. Teil 1 und 2, in: wt Werkstattstechnik, 78/1988 (S. 17–33 / S. 119–122)

Winfried Munders: „Weiterbildung muß Bestandteil der Unternehmensplanung sein“, Interview, in: Maschinenbau-Nachrichten, 1/1988 (S. 5 f.)

Erich Ott: Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Zu Peter Glotz' Thesen zur gewerkschaftlichen Entwicklung und Perspektive, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 33/1986 (S. 462–464)

Wolfgang Pege / Gabriele Wölke: Gewerkschaften ohne Basis? – Die Entwicklung der Mitgliederstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und Großbritannien (= Bd. 131. Beiträge zur Wirtschafts- und Bildungspolitik, hrsg. vom Institut der Deutschen Wirtschaft), Köln 1987

Heide Pfarr: Tarifpolitik und Arbeitsverhältnis. Kollektive Normsetzung und individuelle Gestaltungsfreiheit. Referat anlässlich des tarifpolitischen Diskussionsforums der IG Metall zum Thema „Strukturwandel: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik“ vom 20. bis 22. Juni 1988

Siegfried Roth: Selbststeuerung der Arbeit als Gestaltungsprinzip der CIM, in: VDI-Z, 6/1988 (S. 30–34)

Jochen Rudolph: Eine Art Recht auf Arbeit, in: Frankfurter Allgemeine vom 28. 7. 1988

Hans-Joachim Schabedoth: Vom Kopf auf die Füße stellen. Von der Lafontaine-Kritik zu einer offensiven Gewerkschaftspolitik, in: Sozialismus, 5/1988 (S. 44–49)

Fritz W. Scharpf: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa (= Bd. 7, Theorie und Gesellschaft, hrsg. von Axel Honneth, Hans Joas und Claus Offe), Frankfurt/New York (Campus) 1987

Helmut Schauer: Thesen zum gewerkschaftlichen Diskussionsstand. Referat anlässlich des tarifpolitischen Diskussionsforums der IG Metall zum Thema „Strukturwandel: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik“ vom 20. bis 22. Juni 1988

Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften (= Neue Folge Bd. 287, Neue Historische Bibliothek, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler), Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1987

Franz Steinkühler: Grundsätze zur Zukunft der Gewerkschaften. Auszüge aus einer Rede anlässlich einer IG Metall-Tagung in Spockhövel, in: Welt der Arbeit vom 14. 4. 1988

Franz Steinkühler: Der Mensch braucht menschliche Arbeit. Mehr Mitbestimmung, weniger Hierarchie, in: VDI-Nachrichten vom 15. 4. 1988

Hans-Jochen Vogel: Der gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Rede zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften am 5. Mai 1988, in: Politik, Informationsdienst der SPD, 3/1988

Hilde Wagner / Peter Stahn: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Debatte des neuen Theorieentwurfs von Joachim Hirsch und Roland Roth, in: Sozialismus, 4/1987 (S. 29–44)

WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Schwerpunktthema „Gegenwelt und Gegenmacht – Szenario 2000“, 8/1987

Zukunftskonzept Informationstechnik 2000 (Bericht der Bundesregierung), Erste Fassung 25. 3. 1988

In einer
weltweit v
tern globa
nationale
engt, zum
ökonomis
mehr. So v
phen nur
Sicherheit
fahrt der M
mit einem
wicklung s
gründeten
sive Entwi
mehr umfi
dination d
kenntnis b
auch ökon
Mit den
sen wird e
gelegt.

Erstens:
Ökonomie
Weltwirtsch
daraus für
Arbeitsteil
Zweiten:
Systeme, u
nomischer
kontrollier
Drittens:
schaftszone
ration zu
insbesonde
lungslände
Die Frag
sion um ei
demokrati
der zukünft

Ingomar Hauchler Internationalisierung der Ökonomie und nationaler Handlungsspielraum

Dr. Ingomar Hauchler MdB, Jahrgang 1938, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion.

In einer Zeit, in der Wissen und Ansprüche sich weltweit vernetzen, die Ströme von Geld und Gütern global fluktuieren, ist jede Politik, die sich auf nationale Interessen und Handlungsspielräume verengt, zum Scheitern verurteilt. Der Nationalstaat als ökonomische Einheit existiert im Grunde nicht mehr. So wie wir Schutz vor militärischen Katastrophen nur noch in globalen Systemen gemeinsamer Sicherheit finden können, so werden wir die Wohlfahrt der Menschen in Nord und Süd auf Dauer nur mit einem globalen Konzept der ökonomischen Entwicklung sichern können. Zu einer eher defensiv begründeten Sicherheitspartnerschaft muß eine offensive Entwicklungspartnerschaft treten. Sie muß weit mehr umfassen als eine wirtschaftspolitische Koordination der großen Industriestaaten und auf der Erkenntnis beruhen, daß Ost und West, Nord und Süd auch ökonomisch ein gemeinsames Schicksal haben.

Mit den folgenden – bewußt zugespitzten – Thesen wird ein Diskussionsbeitrag zu drei Fragen vorgelegt.

Erstens: Wie weit ist die Internationalisierung der Ökonomie fortgeschritten, wie ist die Krise der Weltwirtschaft einzuschätzen – und was läßt sich daraus für die bisherige Form der internationalen Arbeitsteilung folgern?

Zweitens: Was leisten die bestehenden politischen Systeme, um die internationale Entwicklung in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht zu kontrollieren?

Drittens: Welchen Beitrag können regionale Wirtschaftszonen leisten, um die internationale Kooperation zu verbessern und den Interessenausgleich, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zu fördern?

Die Fragen gehören mit ins Zentrum der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei, nicht zuletzt deshalb, weil der zukünftige nationale Handlungsspielraum, ins-

besondere auch in sozialen und ökologischen Fragen, entscheidend von der internationalen Wirtschaftsentwicklung abhängig ist.

These 1

Internationale Verflechtung und Krise der Weltwirtschaft

Die Verflechtung der Volkswirtschaften verstärkt sich auf allen Ebenen. Sie ist mit einer Konzentration wirtschaftlicher und technischer Potentiale bei multinationalen Unternehmen, einer Verdichtung der Güter- und Geldströme auf wenige Industrie- und Schwellenländer sowie einem Verlust politischer Kontrolle ökonomischer Prozesse verbunden. Die Internationalisierung der Ökonomie ist von einer strukturellen Krise der Weltwirtschaft begleitet, die auf die nationalen Wirtschaften durchschlägt und soziale und ökologische Systeme weltweit zu erschüttern droht. Eine politisch unkontrollierte Internationalisierung der Ökonomie stellt zunehmend die Grundannahmen und Theoreme der herkömmlichen Außenwirtschaftspolitik in Frage.

Zahlreiche Indikatoren zeigen, daß die weltwirtschaftliche Verflechtung sich exponentiell entwickelt. Dies gilt für den Welthandel, noch mehr aber für die internationalen Geld- und Kapitalströme. Die Zuwachsraten der Handelsverflechtung liegen weit über jener der Weltproduktion. Von 1950 bis 1985 ist in der verarbeitenden Industrie die Weltproduktion um das 7fache, der Welthandel um das 14fache gestiegen. Die Verflechtung wuchs hier also doppelt so schnell wie die Produktion. (Vgl. Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1987). Neben Japan marschiert die Bundesrepublik an der Spitze der Prozesse. Der Anteil ihres Außenhandels erreicht heute ein Drittel des Sozialprodukts und liegt damit etwa doppelt so hoch wie in Japan und dreimal so hoch wie in den Vereinigten Staaten.

Geradezu explosiv wuchsen die internationalen Finanzbewegungen. Ihr Volumen beträgt mit 20 000 Mrd. \$ das 40fache des Sozialprodukts der Bundesrepublik und das 10fache des Welthandels. Die Quantität ist in eine neue Qualität umgeschlagen: Die Finanzströme werden nicht mehr von realwirtschaftlichen Faktoren bestimmt. Umgekehrt: Sie haben sich weitgehend selbstständig und bestimmen ihrerseits die Entwicklung von realen Investitionen, Wachstum und Außenhandel.

Die internationale Verflechtung ist von einem weltweiten Konzentrationsprozeß begleitet. Handel, Investitionen und Geldströme verdichten sich in den großen Industriestaaten und wenigen Schwel-

lenländern. Sie konzentrieren sich hier weiter auf enge Räume um wenige Metropolen.

Ein immer größerer Anteil des internationalen Handels und Finanzflusses und der Investitionen wird von immer wenigeren, aber um so mächtigeren Unternehmenszentralen gelenkt. Diese können sich immer effektiver gegen nationale Kontrolle immunisieren, indem sie Kapital, Technologie, Know How und Führungspersonal weltweit allein nach Kriterien einzelwirtschaftlicher Kapitalrentabilität verschieben.

Die Markt- und Finanzmacht und die internationale Mobilität der internationalen Unternehmen und Banken, die mehr durch Fusionen und Beteiligungen als durch neue Realinvestitionen wachsen, verändern zunehmend Form und Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung. Der internationale Wettbewerb findet, wenn überhaupt, nur noch zwischen wenigen Superkonzernen statt. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen werden, sofern sie noch überleben, von den Riesen abhängig. Beides wirkt sich negativ auf Innovation und Investition aus. Die internationalen Konzerne gewinnen gegenüber Regierungen und den national operierenden Gewerkschaften eine dominierende Verhandlungsposition. Sie sozialen und ökologischen Instrumente nationaler Politik werden unterlaufen. Die Entwicklungsländer werden in diesem Prozeß immer mehr an die Peripherie gedrängt. Die wachsende internationale Verflechtung und Konzentration von Güter- und Finanzströmen, Kapital und Entscheidungen ist seit Anfang der 70er Jahre von einer weltweit ausgreifenden Wirtschaftskrise begleitet.

Der wichtigste Indikator ist der tendenzielle Fall der Wachstumsraten in den westlichen Industrieländern. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts sank von 4,7 % im Zeitraum 1965–1973 auf 2,8 % in den Jahren 1973–1980 und 2,2 % in den Jahren 1981–1986. Die Investitionsquote sank von 1965 bis 1985 um 2 Prozentpunkte. Die großen Konzerne stecken ihre Gewinne zunehmend in reine Finanzanlagen – statt beschäftigungswirksame Neuinvestitionen vorzunehmen.

Zu den bekannten Faktoren kurzfristiger Konjunkturschwankungen – vor allem der periodischen Überakkumulation – treten strukturelle Krisenursachen auf der Nachfrage- und Angebotsseite.

Ökologische, soziale und psychologische Grenzen knicken die bisher exponentiell ansteigende Nachfragekurve. Auch zusätzliche Dienstleistungen können in Zukunft allenfalls noch mäßige Zuwachsraten bewirken.

Auch die Dynamik auf der Angebotsseite wird blockiert, falls die Schere zwischen tendenziell fallender Profitrate und steigenden Zinsen sich nicht schließen läßt. Infolge weltweit zunehmender Staatsverschuldung und immer höherer Kapitalintensität bei abgeschwächter Nachfrage spricht aber wenig dafür.

Zu den konjunkturellen und strukturellen Ursachen der Weltwirtschaftskrise tritt, wie später näher ausgeführt werden wird, ein dritter eigenständiger Krisenfaktor: die wachsenden Kosten einer ungeregelten Internationalisierung.

Die Krise in den Industrieländern strahlt auf die Entwicklungsländer aus. Die Peripherie der Weltwirtschaft kann sich – bei noch so großen und auch fälligen Eigenanstrengungen – nicht gegen die Schwäche der Metropolen abschotten. Je größer aber ihre Integration in den Weltmarkt und das internationale Finanzsystem, desto härter schlagen die in den Industrieländern gesetzten Fakten durch: Verlangsamtes Wachstum, hohe Realzinsen, verzerrte und schwankende Wechselkurse.

Dazu treten die strukturellen Nachteile von Rohstoffländern: die durch Bevölkerungsstagnation, Substitutions- und Einsparungsprozesse in den Industrieländern verminderten Absatzchancen und sinkende Terms of Trade. Durch sie allein erlitten die Entwicklungsländer von 1980 bis 1986 ca. 90 Mrd. Dollar an realem Austauschverlust. Dazu kommt ein negativer Netto-Kapitaltransfer – derzeit 30 Mrd. Dollar jährlich – vor allem als Folge der Überschuldung. Der Ausweg in den Export verarbeiteter Produkte ist vielen Entwicklungsländern weitgehend versperrt. Der technologische Vorsprung der Industrieländer und steigende Kapitalintensität schmelzen den Standortvorteil von Niedriglohnländern immer mehr ab.

Jedoch nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die politische Strategie der ökonomischen Entwicklung befindet sich in der Krise, die, wie Gramsci sagt, „genau in dem Umstand (wurzelt), daß das Alte stirbt und das Neue nicht entsteht“. Von der Internationalisierung der Ökonomie, wie sie sich heute entwickelt, gehen Wirkungen aus, die die Grundannahmen und das Haupttheorem der klassischen Theorie der internationalen Arbeitsteilung zumindest stark einschränken. Ihre Grundpfeiler sind das Bestehen eines internationalen Wettbewerbs mit vielen Anbietern und frei fluktuierenden Güter- und Kapitalströmen und eine Orientierung der Faktorallokation an realen Kosten. In dieser „idealen Welt“ werden Güter entsprechend

der Angebotsseite wird wischen tendenziell fallenden Zinsen sich nicht weltweit zunehmender höherer Kapitalintensität Nachfrage spricht aber

und strukturellen Ursache tritt, wie später näher in dritter eigenständiger Kosten einer ungere-

eländern strahlt auf die Peripherie der Welt, doch so großen und auch nicht gegen die abschotten. Je größer Weltmarkt und das in desto härter schlagen die setzten Fakten durch: hohe Realzinsen, Wechselkurse.

den Nachteile von Rohöl, Bevölkerungstagnation, in den In Absatzchancen und durch sie allein erlitten 1980 bis 1986 ca. 90 Austauschverlust. Dazu Kapitaltransfer – derzeit vor allem als Folge der in den Export verarbeiteten Entwicklungsländern technologische Vorsteigende Kapitalintensitätsvorteil von Niedrig-

wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Strategie der ökonomischen Krise, in dem Umstand und das Neue nicht entlastet, gehen Wirkungen und das Haupttheorie internationalen Arbeit einschränken. Ihre eines internationalen Anbietern und frei fluktuierenden und eine an realen Kosten. in Güter entsprechend

komparativer Kostenvorteile in optimaler Arbeitsteilung zwischen internationalen Standorten produziert. Das Ergebnis ist ein Wohlstandsgewinn für alle Beteiligten. Leider existiert diese „ideale Welt“ aber nicht. Und es ist offensichtlich, daß die Hemmnisse, die diese außenwirtschaftliche Idylle stören, sogar stärker werden.

Einerseits: Trotz aller Bekenntnisse zum Freihandel wird sich der Protektionismus weltweit noch verschärfen. Nicht nur das jüngst vom amerikanischen Kongreß mitten in einer neuen GATT-Runde beschlossene Handelsgesetz deutet in diese Richtung. Auch die schon bestehenden Fakten allein sprechen für sich: Bereits heute unterliegen schon etwa 50 % des internationalen Güteraustausches der Protektion – sei es durch direkte Schutzmaßnahmen oder durch defensiv oder offensiv ausgerichtete Subventionen. Wo ganze Branchen zusammenbrechen und Regionen ausbluten, baut sich – trotz aller Lippenbekenntnisse – weltweit Widerstand gegen verschärfte Strukturanpassungen auf. Wachsender Protektionismus zur Abwehr von Importen gefährdet aber die Absatzbasis für Exporte. Beides addiert sich zu hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten.

Andererseits: Wo Freihandel herrscht, stehen vor allem zwei Entwicklungen einer optimalen Allokation der Produktionsfaktoren entgegen. Die internationale Konzentration hat die wesentlichen Bedingungen eines voll funktionierenden Marktes – nämlich der Wettbewerb vieler innovativer Anbieter, Transparenz der Daten und freien Zugang zu Markt und Produktionsmitteln – weitgehend beseitigt. Dazu kommt, daß wachsende Finanzströme über kurzfristige und erratische Zins- und Wechselkursbewegungen nicht selten die Relationen realer Leistungsfähigkeit auf den Kopf stellen und eine langfristige unternehmerische Planung und Kalkulation verhindern. Amortisationsrechnungen werden mit hohen Unsicherheiten belastet. Erschwerend kommt hinzu, daß die Zinsen auf Finanzanlagen tendenziell die Rendite auf Realinvestitionen übersteigen. Beides verringert – neben den strukturellen Nachfrageschwächen – die Investitionsneigung. Dies verschärft wiederum das Wachstumsproblem. Ein negativer Zirkel also – nicht nur infolge des Protektionismus, sondern auch in einer Situation freien Handels.

Jeder Wirtschaftssektor kann heute von außen zur Anpassung gezwungen werden. Die langfristig pessimistischen Einschätzungen für das Paradestück des deutschen Exports – die Autoindustrie – beweist dies. Probleme erwachsen sowohl aus ungezügelterm

Protektionismus wie dem sogenannten freien Handel auf vermachteten Märkten. Verschärfter Anpassungsdruck bei der Export- wie der Binnenmarktproduktion führt zu Stilllegungen, Produktionseinschränkungen, Umstrukturierungen, Standortkonzentration und -verlagerung.

Die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Belastungen steigen. Sie werden aber nur zum kleineren Teil von den Unternehmen selbst getragen. Sie treffen vielmehr zunehmend das gesamte wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Gefüge ganzer Regionen.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit, der Umschulung, der Sozialhilfe und des Niedergangs des wirtschaftlichen Umfeldes müssen von den öffentlichen Haushalten übernommen werden. Diese müssen ihrerseits dringend nötige Investitionen zur Bewältigung der Strukturanpassung einschränken. Also auch hier ein negativer Zirkel!

Durch politisch nicht gesteuerte Strukturanpassungen tritt zunehmend ein Phänomen auf, das wir bisher vor allem in Gestalt einzelwirtschaftlich verursachter, jedoch öffentlich zu tragender Umweltschäden kennen: nämlich die Externalisierung von Kosten. Sie führt zu Fehlallokation von Ressourcen und damit zu negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten.

Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden dadurch konterkariert – abgesehen von den menschlichen, sozialen und politischen Folgen, die dieser Prozeß bewirkt.

Keiner weiß genau, wie die gesamtwirtschaftliche Bilanz aus Nutzen und Kosten stetig verschärfter Strukturanpassungen aussieht. Es spricht jedoch viel für die These, daß die Grenzkosten einer unregulierten internationalen Arbeitsteilung bereits heute ihren Grenznutzen übersteigen. Dies wird allerdings oft dadurch verschleiert, daß sich die Vorteile der Strukturanpassungen in der Regel in den einzelwirtschaftlichen Rechnungen niederschlagen, die Nachteile aber überwiegend in den öffentlichen Budgets sichtbar werden.

Angesichts dieser grundlegenden Probleme wirkt es wenig seriös, wenn sich hochbezahlte Experten in Währungsfonds, in unseren wirtschaftlichen Institutionen und Politiker in parlamentarischen Debatten um ein halbes oder ganzes Prozent bei Wachstums- und Inflationsraten streiten. Auf der Tagesordnung steht nicht das immer neue Drehen an kleinen Rädern eines obsolet gewordenen Datenkranzes, sondern die Erkenntnis der fundamentalen Verwerfungen in der Struktur des internationalen Wirtschaftssystems.

These 2
Nationale und internationale Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung

Der zunehmenden Internationalisierung der Ökonomie und den Deformationen der internationalen Arbeitsteilung steht eine abnehmende politische Handlungskompetenz von Regierungen und internationalen Institutionen gegenüber. Dieses Problem läßt sich weder durch nationale Abschottung lösen, noch dadurch, daß sich eine Reform der internationalen Koordination auf die bestehenden Mechanismen und Institutionen beschränkt.

Die Internationalisierung der Ökonomie ist – vor allem für kleinere Länder – keine politische Option, sondern ein Faktum. Versuche, durch nationalen Protektionismus und eine binnenwirtschaftlich fixierte Technologie-, Industrie-, Fiskal- und Geldpolitik nationalen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, sind ökonomisch wenig rational und politisch nicht durchsetzbar. Dies gilt gleichermaßen für Industrie- und Entwicklungsländer, für marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Systeme. Die negativen Ergebnisse nationaler Alleingänge, etwa durch Frankreich oder Brasilien, und der früheren Abschottung Chinas und der Sowjetunion belegen dies.

Versuche, die wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene autonom zu steuern, scheiterten nicht nur – wie manche, die es immer noch nicht wahrhaben wollen, meinen – an einzelnen Fehlern des politischen Managements, sondern vor allem an ökonomischen Sachzwängen des bestehenden internationalen Systems. Sozialismus, Kapitalismus und demokratischer Sozialismus „in einem Land“ sind spätestens heute überholt.

Telekommunikation und Satelliten bewirken, daß Informationen und Bedürfnisse, Technologie und Kapital sich nicht mehr an nationalen Schlagbäumen stoppen lassen. Die Öffnung der nationalen Systeme ist technisch und politisch nicht revidierbar. Kapital wird nicht mehr in Koffern transportiert. Technologie wird nicht mehr in Hardware, sondern durch Blaupausen exportiert, Medien spannen über Grenzen hinweg ein Netz von Ansprüchen und Leitbildern. Dazu kommt, daß nationale Abschottung auf die Wohlstandseffekte verzichten muß, die eine Arbeitsteilung in großen Räumen prinzipiell bietet.

Wo die nationale Autonomie zunehmend eingeschränkt wird, wird dies keineswegs dadurch kompensiert, daß sich die politische Kontrolle ökonomischer Prozesse auf internationaler Ebene verbessert. Im Gegenteil. Weder die herkömmlichen bilateralen

Mechanismen noch die bestehenden globalen Institutionen können sicherstellen, daß ein internationalisierter ökonomischer Prozeß nicht quasi wildwüchsig abläuft, sondern an soziale und ökologische Ziele gebunden wird.

Das bestehende System der internationalen Koordination versagt bei der Lösung der zentralen Zukunftsprobleme. Statt einen Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer zu bewirken, verschärfen sich die Widersprüche. Statt daß die Verschuldungskrise strukturell gelöst wird, wächst sie sich immer mehr zu einem Hemmnis für den Welthandel und einer Entwicklungsblockade für die Entwicklungsländer aus. Statt daß grenzübergreifende Strategien entwickelt werden, um Klimaveränderungen, den Raubbau an nicht regenerierbaren Ressourcen, die Verschmutzung von Meeren und Luft zu stoppen, setzen die Staaten eine ungehemmte Standortkonkurrenz zu Lasten der Umwelt fort. Die internationale Koordination versagt auch, wo außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen, der Protektionismus einzudämmen und für eine stetige und realwirtschaftlich orientierte Entwicklung der Wechselkurse und Zinsen zu sorgen wäre.

Die Instrumente, über die das internationale System heute verfügt, reichen nicht aus, um nationale Entscheidungen im Blick auf übergeordnete gemeinsame Interessen zu disziplinieren (siehe das amerikanische Haushaltsdefizit), um investitions- und wachstumsschwächende Finanztransfers zu kontrollieren und weltweites Sozialdumping zu verhindern.

Vielfältige einzelne Anstrengungen und immer hektischer werdende Aktivitäten auf immer größeren Konferenzen stoßen ins Leere, weil das institutionelle Gerüst der internationalen Zusammenarbeit der steigenden Komplexität und Interdependenz der internationalen Probleme nicht mehr gewachsen ist. Immer neue Flecken können nicht verhindern, daß der Anzug der Welt von den Verhältnissen gesprengt wird.

Das hat auch damit zu tun, daß die USA die Rolle der hegemonialen Ordnungsmacht, die ihr in den vierziger Jahren zugefallen war, heute nicht mehr ausfüllen können. Der Dollar als Weltgeld ist in Frage gestellt. Der „American way of life“ verblaßt als Leitbild. Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft ist hinter die anderer Staaten zurückgefallen. Die USA sind vom größten Gläubiger- zum Schuldnerland geworden. Dazu kommt ein riesiges Staats- und Außenhandelsdefizit. Kurz: Die USA

haben mit sich selbst zu tun. Sie treffen zunehmend binnenorientierte Entscheidungen, die sich weltwirtschaftlich desintegrierend auswirken.

Wo aber die Fähigkeit der USA schwindet, eine hegemonial begründete Verantwortung für die weltwirtschaftliche Entwicklung zu übernehmen und einen Ausgleich der Interessen zu bewirken, wird – ungleich den dreißiger Jahren, als die Pax Britannica von der Pax Americana abgelöst wurde – kein neues internationales Ordnungszentrum sichtbar. Das Ausmaß und die Komplexität des internationalen Regelungsbedarfs haben sich in den 70er und 80er Jahren vervielfacht. Eine hegemoniale Lösung des Problems ist nicht mehr möglich. Jeder einzelne Staat ist damit überfordert. Dies gilt auch für Japan und die Bundesrepublik. Sie sind regional dominierende Wirtschaftsmächte, aber viel zu klein, um auf globaler Ebene Lokomotive spielen und Verantwortung für eine internationale Koordination der Interessen und Strategien übernehmen zu können.

Auch der Versuch, durch eine freiwillige Zusammenarbeit unter Gleichen eine regelgebundene Abstimmung nationaler Finanz- und Wirtschaftspolitiken zu erreichen, erscheint wenig erfolgreich – auch wenn es auf einzelnen Feldern zu begrenzten und befristeten Vereinbarungen kam.

Das liegt nicht nur an fehlenden Managementfähigkeiten. Entscheidend sind strukturelle Ursachen. Die Voraussetzungen des sog. „Prisoner's Dilemma“, daß nämlich alle Beteiligten mehr aus Kompromissen als aus der Durchsetzung zeitweilig bestehender nationaler Vorsprünge gewinnen, sind nicht gegeben. Es fehlt dafür an der Gleichheit: Die Stärke der großen Industriestaaten überragt die der kleinen Länder und insbesondere der Entwicklungsländer so sehr, daß sie auf geraume Zeit keine nennenswerten Kompromisse im eigenen Interesse schließen müssen. Dies gilt vor allem für die USA. Sie können wegen des Dollars als stärkster Weltwährung und ihres vergleichsweise überragenden Binnenmarktes nicht zu gleichgerichteter Anpassung gezwungen werden. Es mangelt aber auch an einer Gemeinsamkeit des Problemdrucks und grundlegender sozialer und kultureller Werte zwischen den verschiedenen Staaten, insbesondere zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern.

Auch die Handlungsfähigkeit der internationalen Institutionen ist nicht größer, sondern eher kleiner geworden. Die Vereinten Nationen, das GATT, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank verfügen über viel zu geringe Ressourcen, zu wenig Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten. Vor

vierzig Jahren unter ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen geschaffen, zeigt sich, daß ihre Konstruktion heute dringend einer Reform bedarf. Allenfalls der Währungsfonds verfügt noch über ein gewisses Ausmaß an Autorität und Regelungskompetenz. Diese wird aber einseitig im Interesse der großen Industrieländer und auf kurzfristige, ökonomisch verengte Ziele eingesetzt. Die Vereinten Nationen sind leider zum Debattierclub geworden, in dem die Entwicklungsländer zwar den Ton angeben, ein effizientes Management globaler Probleme aber nicht stattfinden kann.

Wo nationaler Kompetenzverlust nicht durch wirksame internationale Koordination ausgeglichen wird, droht die Weltwirtschaft sich allein nach den Maximen einzelwirtschaftlicher Rationalität vor allem multinationaler Konzerne und Banken zu entwickeln. Dies gilt um so mehr, als die nationale Basis der Gewerkschaften durch das international operierende Kapital ausgehöhlt wird und eine internationale Gegenmacht der Arbeitnehmer nicht in Sicht ist.

Die Internationalisierung der Ökonomie verläuft in einem politischen Vakuum, das sich immer mehr ausdünn. Damit lockert sich die Bindung der Ökonomie an soziale Verantwortung, ökologische Vorsorge und internationalen Interessenausgleich.

These 3

Regionale Zusammenarbeit als Basis einer neuen internationalen Ordnung

Eine wirksame politische Kontrolle weltweit vernetzter Ökonomie und Technologie verlangt einen Umbau des Systems der internationalen Zusammenarbeit, der über eine bloße Reparatur bestehender Institutionen weit hinausgeht. Das polare Gegenüber von ökonomischen Lagern, das die Welt der Nationen in zwei Entwicklungshälften – hier Industrieländer, dort Entwicklungsländer – spaltet, muß abgelöst werden durch eine Ordnung, in der regionale Wirtschaftszonen miteinander kooperieren. Gemeinsame kulturelle und soziale Werte statt des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus müssen zur Basis der internationalen Zusammenarbeit werden.

Immer neue Anläufe zur effizienteren und gerechteren Gestaltung des bestehenden Systems stoßen an Blockaden, die in ihm selbst angelegt sind. Die von den Entwicklungsländern geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung scheidet nicht nur an der Vektorolle der Industrieländer, sondern auch am Mißverhältnis zwischen globalem Regelungsbedarf und globaler Regelungsfähigkeit. Die von den Industrielän-

dem mit Druck verordnete Anpassungspolitik nach dem Modell des eigenen Entwicklungsweges wird sich an kulturellen, sozialen und politischen Widerständen in den Entwicklungsländern brechen.

Neue Instrumente, um innerhalb der bestehenden Ordnung Prozesse besser zu steuern, sind nötig, weil der Druck aktueller Probleme nach raschen Lösungen verlangt und eine neue Ordnung in der Praxis nur über einen längeren Zeithorizont hinweg zu schaffen ist. Das enthebt uns aber nicht der Aufgabe, jetzt die Weichen dafür zu stellen.

Grundprinzip für ein neues institutionelles Gerüst der internationalen Beziehungen muß sein, daß die Bipolarität von rein ökonomisch definierten Entwicklungslagern abgelöst wird durch eine Multi-Kooperativität geographischer Großräume. Auf sie wären jene Kompetenzen zu verlagern, die die Nationalstaaten faktisch nicht mehr haben und die globale Systeme auch in Zukunft nicht wahrnehmen können. Vor allem folgende Argumente sprechen für einen solchen institutionellen Umbau.

Erstens: Die politische Koordination würde effizienter, weil der sogenannte „Span of Control“ nicht überdehnt würde. Nur mit einer zusätzlichen regionalen Zwischenstufe läßt sich die politische Regelungsfähigkeit dem ökonomischen Regelungsbedarf anpassen. Dies würde auch die globale Koordination erleichtern. Weniger, aber gleichgewichtiger Partner müßten weniger Fragen abstimmen. Weltpolitik, die nicht nur Deklamation ist und von wenigen Super- und Industriemächten diktiert werden soll, sondern Substanz und das Interesse aller Beteiligten im Blick hat, wäre zwischen 12 oder 15 Weltregionen eher möglich als zwischen 170 Nationen, die – sehr unterschiedlich hinsichtlich Raum, Bevölkerung, Wirtschaftskraft, Kultur, sozialer und politischer Struktur – in ökonomisch und ideologisch polaren Lagern sitzen.

Zweitens: Die ökonomischen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung könnten erhalten und durch Abbau unregelter Protektion und Struktur-anpassung sogar erhöht werden. In einem freien Markt, der dreihundert Millionen oder gar eine Milliarde Menschen umfaßt, können die Wohlfandeffekte von Wettbewerb und economy of scale besser genutzt, politisch gesichert und sozial und ökologisch orientiert werden, als auf einem Weltmarkt, der sich politischer Kontrolle entzieht. Im übrigen ist eine Kooperation zwischen den Weltregionen damit nicht ausgeschlossen.

Drittens: Innerhalb sozial-kulturell relativ homogener Regionen könnte ein eigenständiger und um-

fassenderer Begriff des Fortschritts formuliert und die Inhalte und Zeithorizonte von Entwicklung differenzierter bestimmt werden, als dies global je möglich sein wird. Die Illusion global einheitlicher Entwicklung würde abgelöst durch die reale Chance, daß jede Region ihre spezifische Vorstellung von Wohlstand, Arbeit und Leben verwirklichen und sich selbst behaupten kann.

Viertens: Die ökonomische und politische Position der Entwicklungsländer würde gestärkt – sowohl durch die Effekte verstärkter regionaler Arbeitsteilung und Bündelung von Potentialen als auch durch eine größere Angebots- und Nachfragemacht auf dem Weltmarkt. Für Mercedes und den IWF wären Südostasien oder Mittelamerika ein gewichtiger Partner als Malaysia oder Costa Rica.

Fünftens: Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern könnte wirksamer angelegt werden, wenn sie für Regionen (etwa südliches Afrika) konzipiert würde und nicht aufgefächert wäre nach einer Vielzahl von Staaten, innerhalb derer wiederum eine Menge von Geberländern und Institutionen unkoordinierte und zum Teil widersprüchliche Konzepte verfolgen.

Und schließlich sechstens: Eine Regionalisierung könnte auch zum Abbau politischer Spannungen, zur Abrüstung und zur Vermeidung militärischer Konflikte einen gewichtigen Beitrag leisten. Wirtschaftliche Großräume bieten gute Voraussetzungen, auch zu Zonen gemeinsamer Sicherheit zu werden. Die Sorge, daß große Staaten in solchen Räumen eine hegemoniale Stellung erreichen könnten, ist allerdings berechtigt. Die Alternative ist jedoch nicht Hegemonie: ja oder nein, sondern eher: diese oder jene Hegemonie – etwa Pax Brasiliensis versus Pax Americana.

Gegen eine konsequente Regionalisierung der internationalen Beziehungen als Basis einer funktionsfähigen und gerechten internationalen Ordnung, die wenigstens in großen Kulturräumen eine eigenständige Entwicklung ermöglichte, werden vor allem folgende Einwände erhoben:

Erstens: Der Nationalstaat und seine Souveränität werde ausgehöhlt. Dieses Argument ignoriert, daß allenfalls die Supermächte noch souverän sind und dies vor allem durch ihr militärisches Potential. Die Provinzialität von rechts, die sich politisch national festmacht, ökonomisch aber international orientiert, wird ebenso an der Realität scheitern wie eine gewisse Provinzialität von links, die sich in der Idylle nationaler Wirtschaftskontrolle einrichten

tschritts formuliert und
nte von Entwicklung dif-
en, als dies global je mög-
global einheitlicher Ent-
durch die reale Chance,
zifische Vorstellung von
eben verwirklichen und

che und politische Posi-
er würde gestärkt – so-
stärkter regionaler Ar-
von Potentialen als auch
ts- und Nachfragemacht
rcedes und den IWF wä-
amerika ein gewichtige-
er Costa Rica.
ungspolitische Zusam-
rie- und Entwicklungs-
angelegt werden, wenn
ches Afrika) konzipiert
rt wäre nach einer Viel-
o derer wiederum eine
d Institutionen unkoor-
sprüchliche Konzepte

: Eine Regionalisierung
olitischer Spannungen,
meidung militärischer
Beitrag leisten. Wirt-
en gute Voraussetzun-
mer Sicherheit zu wer-
taaten in solchen Räu-
ng erreichen könnten.
Alternative ist jedoch
n, sondern eher: diese
Pax Brasiliensis versus

regionalisierung der in-
Basis einer funktions-
tionalen Ordnung, die
tumen eine eigenstän-
werden vor allem fol-

nd seine Souveränität
ument ignoriert, daß
ch souverän sind und
risches Potential. Die
ich politisch national
international orien-
tät scheitern wie eine
nks, die sich in der
kontrolle einrichten

möchte, sich gegenseitig aber politisch internationa-
listisch verhält.

Zweiter Einwand: Der Kompetenzverlust der Na-
tionen führe zum Verlust demokratischer Kontrolle
ökonomischer und sozialer Verhältnisse. Das ist die
Angst vor dem Europa der Konzerne. Dagegen ist zu
sagen: Gerade die faktisch schon vollzogene, aber
bisher urwüchsig sich weiter entwickelnde Interna-
tionalisierung der Ökonomie und die sich rapide
verstärkende Konzentration bedarf einer großräu-
migen politischen Flankierung. Nur innerhalb gro-
ßer Zonen wie Europa, die neben wirtschaftlichen
Einheiten auch zu Sozialräumen werden, und in de-
nen Gewerkschaften und Parteien grenzüberschrei-
tend organisiert sind, ist eine demokratische Kon-
trolle wirtschaftlicher Entwicklung und eine Mitbe-
stimmung in internationalen Konzernen möglich.
Im übrigen kann eine Regionalisierung der interna-
tionalen Beziehungen durchaus mit einer Aufwer-
tung lokaler Entscheidungskompetenzen verknüpft
werden.

Ein dritter Einwand lautet: Ein institutioneller
Umbau der internationalen Beziehungen ist unreali-
stisch! Darauf antworte ich: Auch die Institutionen
von Bretton Woods sind einmal neu geschaffen wor-
den, um das internationale System nach einer globa-
len Krise neu zu ordnen. Warum sollte – durchaus in
Verbindung mit einer entsprechenden Reform die-
ser Institutionen und der Vereinten Nationen – die
internationale Ordnung morgen nicht an veränderte
ökonomische, technologische und politische Bedin-
gungen angepaßt werden können?

Die Fakten weisen ja bereits in diese Richtung:
Der gemeinsame europäische Markt wird trotz man-
cher Hindernisse vollendet werden. Die südostasia-
tische, die südasiatische, die südamerikanische Ko-
operation werden unter dem Druck der Verhältnisse
verstärkt werden. Es bilden sich bereits Zonen mit
unterschiedlichen Leitwährungen heraus. Trotz lau-
ter Bekenntnisse zu global freiem Handel verstärkt
sich der Druck zu großen Handelszonen, zwischen
denen der grenzüberschreitende Verkehr zuneh-
mend politisch verhandelt wird.

Für die Diskussion eines neuen Grundsatzpro-
gramms der Sozialdemokratischen Partei, das über
das Jahr 2000 hinausgreift, ist es notwendig, daß die
Zukunft vorausgedacht und auch international die
richtigen Weichen für die politische Gestaltung ge-
stellt werden, anstatt resigniert die einseitige Logik
eines politisch nicht kontrollierten internationalen
Wettbewerbs zu akzeptieren oder den verlorenen
nationalen Handlungsspielräumen nachzuweinen.

Die Geschichte der Sozialdemokratie war geprägt
von der Konzentration auf die Ordnungsfrage. Die-
ser Ansatz wurde in den letzten Jahrzehnten ver-
drängt. Das Schwergewicht lag bei den auf prozes-
suale Methoden des Krisenmanagements im Rah-
men des ordnungspolitischen Status quo. In Zukunft
muß die Frage der Institutionen – in einer veränderten
Welt allerdings international gestellt – stärkere
Beachtung finden.

Uwe Jens Karl Popper und die Folgen Die Suche nach einem neuen wirtschafts- politischen Leitbild

*Der Dipl.-Volkswirt Dr. Uwe Jens, Jahrgang 1935, ist
SPD-MdB und Lehrbeauftragter an der Universität
Bochum; Veröffentlichungen: neben zahlreichen Bei-
trägen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik „Al-
ternativen zur Macht“, Düsseldorf 1982, „Die welt-
wirtschaftliche Herausforderung“, Baden-Baden
1982.*

Milton Friedman bestimmt mit seinen Anhän-
gern und Nachfolgern heute die herrschende Lehre
in der Wirtschaftswissenschaft, und er kann – wie es
nur wenigen Ökonomen je vergönnt war – die prak-
tische Anwendung seiner Theorien in vielen großen
Industrienationen miterleben. Auf seinen wissen-
schaftlichen Untersuchungen basiert das heute gül-
tige wirtschaftspolitische Leitbild der angebots-
orientierten Wirtschaftspolitik. Viele hervorragende
Wirtschaftswissenschaftler bekennen sich auch in
der Bundesrepublik zu einer derartigen Politik. Sie
wurde – was leicht in Vergessenheit geraten ist – zur
Zeit der sozialliberalen Koalition eingeführt und
wird mit geringen Nuancen seit 1980 in unserem
Land praktiziert.

Wirtschaftspolitische Leitbilder haben m. E.
mehr Einfluß auf die praktizierte Politik, als der je-
weilige Wirtschaftsminister oder die Regierungs-
fraktionen. Sie kommen und gehen in einer Art Wel-

lenbewegung. So bildeten die marktwirtschaftlichen Ideen eines Adam Smith im 19. Jahrhundert eine Art neues Leitbild; sie waren eine Gegenposition gegen die staatlich beeinflusste Wirtschaftspolitik des Merkantilismus. Die Auswirkungen dieser Politik des „Laisser-faire“, wie sie zur Zeit der Industrialisierung sichtbar wurde, waren dann im vergangenen Jahrhundert eine Ursache für die Zunahme des sozialistischen Gedankengutes. Die Leitbilder für die Wirtschaftspolitik, die zum Tragen kommen, werden nicht aus dem Boden gestampft, sondern haben stets eine wirtschaftliche oder gesellschaftliche Basis. Häufig sind es die offen zu Tage tretenden Fehlentwicklungen, die zu neuen Konzeptionen und Leitbildern anregen.

In der jüngsten Zeit – bis Anfang der 70er Jahre – folgte einvernehmlich Wirtschaftswissenschaft und -politik den theoretischen Vorstellungen von John M. Keynes, dargelegt in seinem großen Werk „General Theory on Employment Interest and Money“ (1936). Es war die Grundlage für das Leitbild der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Sichtbares Ergebnis dieser Ideen waren das von Karl Schiller gestaltete Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 1967 zur Zeit der Großen Koalition und die verschiedenen gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten zur Nachfragerregulierung in den 70er Jahren. Doch bereits 1957 hatte Milton Friedman mit seinen Untersuchungen über die „Theorie der Konsumfunktion“ versucht, eine wissenschaftliche Gegenposition zu Keynes aufzubauen. In seinem Buch „Capitalism and Freedom“ 1962 veröffentlichte er lange vor den weltwirtschaftlichen Veränderungen der 70er Jahre sein radikales Plädoyer für einen neuen marktwirtschaftlichen Liberalismus. Seine Theorie, erweitert um die angebotsorientierte Komponente, errang dann einen gewaltigen Durchbruch in der Praxis. Dafür waren drei Bedingungen entscheidend:

1. Die schwerwiegenden weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften;
2. die spürbaren Mängel bei der Anwendung der nachfrageorientierten Globalsteuerung nach Keynes'schem Rezept und
3. die Unterstützung der Theorie durch viele Wissenschaftler und durch mächtige Interessengruppen in der Wirtschaft.

Wichtig erscheint mir hier, festzuhalten, daß dieses aktuelle wirtschaftspolitische Leitbild nicht für die ökonomische Situation der 70er Jahre geschaffen wurde. Es war vielmehr vorhanden und wurde dann

mangels besserer Alternativen zu einem Werkzeug zur Lösung oder Verminderung der neuen weltwirtschaftlichen Probleme.

Für seine Forschung beruft sich Friedman ausdrücklich auf die wissenschaftstheoretischen Überlegungen von Karl Popper. Die von einem Wissenschaftler vorgelegten Hypothesen sollten durch die praktische Anwendung in ihren Voraussetzungen und Annahmen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Popper vertritt bekanntlich die Ansicht: „Der einzige Weg, der den Sozialwissenschaftlern offensteht, besteht darin, alles verbale Feuerwerk zu vergessen und die praktischen Probleme unserer Zeit mit Hilfe jener theoretischen Methode zu behandeln, die im Grunde allen Wissenschaftlern gemeinsam ist: mit Hilfe der Methode von Versuch und Irrtum...“¹⁾.

Ihm geht es nicht in erster Linie wie Max Weber um eine von Interessen unabhängige Wissenschaft; nicht um die Trennung des „Wissens“ vom „Wollen“, sondern ihm geht es um die praktische Anwendung der Entdeckung. Eine rationale Trennung des „Sein“ vom „Sein-Sollenden“ ist für ihn unmöglich, und deshalb bejaht er sogar eine begrenzte Interessengebundenheit mit dem Argument, auch die wissenschaftliche Anstrengung erfordert ein gewisses Maß an Selbstinteresse! Wissenschaft ist somit für Popper durch die Methode gekennzeichnet und nicht durch die Ergebnisse oder Aussagen.

Ob man es wahrhaben will oder nicht: Aber der Monetarismus und die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik liegen im Interesse bestimmter Wirtschaftsgruppen. Vom Abbau sozialer Schutzgesetze, den Reallohnsenkungen oder der durchgeführten und geplanten Steuersenkung profitieren in erster Linie Großunternehmen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht läßt sich dagegen ein Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konstatieren. Auch das Ziel der sozialen Symmetrie – wie es für Karl Schiller unabdingbar war – die Forderung nach einer einigermaßen gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung gerät immer stärker in Mitleidenschaft. Aber nicht nur die Einführung, sondern auch die Verbreitung und das starke Beharrungsvermögen verdankt die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der nachdrücklichen Unterstützung starker Interessengruppen. Dies hat Karl Popper zwar nicht gewollt, aber er hat diese Folgen aufgrund seiner Wissenschaftstheorie mit bewirkt und das ist der entscheidende Kritikpunkt.

Auch das herrschende Leitbild der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird an Leuchtkraft ver-

lieren. Gr
nächst die
der Wissen
Die prakti
Methode v
ist in der
Probleme
Dauer vor
gen! Wer
schungser
bündet sic
schaft. Da
wegbringe
allgemein
ren Verwi
Deshalb t
Korrektur

Für Ma
schaftspos
keine Mö
„was sein
dementsp
dem „Sei
Trennung
wurde bi
im allgem
Wissensch
Aussagen
darf nicht
bundener
Gültigkeit
schaftlich
neutraler
Zuminde
daß nur d
Werturte
Versachl
sion.

Für P
schaftsde
formulie
wie uns
Verwisse
beschrei
aus – da
und Inte
den, inst
schen A
gibt es h
Wissens
trennen.
mie gera

n zu einem Werkzeug
ng der neuen weltwirt-

t sich Friedman aus-
stheoretischen Über-
ie von einem Wissen-
esen sollten durch die
ren Voraussetzungen
n Prüfung unterzogen
anntlich die Ansicht:
iozialwissenschaftlern
verbale Feuerwerk zu
en Probleme unserer
chen Methode zu be-
Wissenschaftlern ge-
ethode von Versuch

Linie wie Max Weber
hängige Wissenschaft:
Wissens“ vom „Wol-
lie praktische Anwen-
tionale Trennung des
ist für ihn unmöglich.
ne begrenzte Interes-
ument, auch die wis-
rfordert ein gewisses
nschaft ist somit für
gekennzeichnet und
er Aussagen.

oder nicht: Aber der
botsorientierte Wirt-
sse bestimmter Wirt-
ozialer Schutzgesetze,
der durchgeführten
profitieren in erster
is gesamtwirtschaft-
ein Versagen bei der
igkeit konstatieren.
mmetrie – wie es für
– die Forderung nach
Einkommens- und
mer stärker in Mittei-
Einführung, sondern
tarke Beharrungsver-
otsorientierte Wirt-
ichen Unterstützung
es hat Karl Popper
iese Folgen aufgrund
t bewirkt und das ist

ld der angebotsorien-
an Leuchtkraft ver-

lieren. Grundlage für ein neues Leitbild wäre zu-
nächst die Forderung nach einer exakten Definition
der Wissenschaftlichkeit in der Wirtschaftspolitik.
Die praktische Anwendung der Entdeckungen, die
Methode von „try and error“, wie Popper es fordert,
ist in der Wirtschaftspolitik naturgemäß mit vielen
Problemen behaftet: Zum Teil wegen der langen
Dauer von Experimenten und der irreversiblen Fol-
gen! Wer unter diesen Bedingungen seine For-
schungsergebnisse zur Anwendung bringen will, ver-
bündet sich am besten mit den Mächtigen der Wirt-
schaft. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die uns
wegbringen muß von der bisher unter Ökonomen
allgemein anerkannten Forderung nach einer stärkeren
Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik.
Deshalb bedarf es zumindest in einem Punkt einer
Korrektur der Popperschen Thesen.

Für Max Weber und die wissenschaftliche Wirt-
schaftspolitik war bisher stets unumstritten, daß es
keine Möglichkeit gibt, von dem „was ist“ auf das,
„was sein soll“ zu schließen. Die Wissenschaft hat
dementsprechend für ihn zwischen dem „Sein“ und
dem „Sein-Sollenden“ zu unterscheiden²⁾. Da diese
Trennung mit vielfachen Problemen belastet ist,
wurde bisher von den Wirtschaftswissenschaftlern
im allgemeinen folgendes Bekenntnis akzeptiert: Ein
Wissenschaftler hat normative Elemente in seinen
Aussagen besonders hervorzuheben. Beim Lesen
darf nicht der Eindruck entstehen, die interessenge-
bundenen Thesen besäßen objektive und allgemeine
Gültigkeit. Dennoch sollte und wollte die wissen-
schaftliche Wirtschaftspolitik nicht zu einem wert-
neutralen Werkzeug der Herrschenden verkommen.
Zumindest waren sich die Ökonomen darüber einig,
daß nur durch das rigorose Aufdecken von extremen
Werturteilen ein Beitrag geleistet werden kann zur
Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskus-
sion.

Für Popper und Friedman war diese Wissen-
schaftsdefinition – wie sie Herbert Giersch einmal
formulierte – ohne Belang. Ein elementarer Fehler,
wie uns scheint. Wenn es richtig war, den Weg der
Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik zu
beschreiten – und Sozialdemokraten gehen davon
aus – dann müssen viel stärker als bisher Vorurteile
und Interessengebundenheit sichtbar gemacht wer-
den, insbesondere, wenn die Ergebnisse zur prakti-
schen Anwendung kommen sollen. Mehr denn je
gibt es heute eine Verpflichtung derjenigen, die sich
Wissenschaftler nennen, das Wissen vom Wollen zu
trennen. Es gibt für Wissenschaftler in der Ökono-
mie geradezu eine unabweisbare Pflicht zum Bemü-

hen um Objektivität. Doch leider wird diese Ver-
pflichtung zur ehrlichen Wissenschaftlichkeit häufig
mißachtet. Jeder Mächtige in der Wirtschaft ist im
übrigen bemüht, seine Macht mit Hilfe der Wissen-
schaft ideologisch zu verbrämen.

Immer wieder finden sich sogenannte Wissen-
schaftler, die für entsprechende Honorare jede theo-
retische Begründung liefern. Es gibt viele Hinweise
dafür – und nicht nur die von uns genannten – daß
die Interessengebundenheit zugenommen hat und
weiter ansteigen kann.

Zur wissenschaftlichen Objektivität gehört ferner,
daß jede Annahme kritisiert werden kann und jeder-
mann kritisieren kann. Dies ist eine unbestrittene
Forderung von Karl Popper. Doch auch sie ist heute
in der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik in Ver-
gessenheit geraten. In den Gutachten des Sachver-
ständigenrates und des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium für Wirtschaft werden
zum Teil die Grundannahmen nur verwaschen for-
muliert, Alternativen ignoriert und die Darlegung in
einer Sprache verfaßt, die keinesfalls zur Kritik
durch jedermann ermuntert. Die wissenschaftliche
Wirtschaftspolitik hat sich zum Teil eine Kunstspra-
che zugelegt, und hier ist nicht die Wirtschafts-Ma-
thematik gemeint, die für Nichtfachleute durch au-
ßerordentliche Unverständlichkeit gekennzeichnet
ist.

Ein letzter Punkt sei hier noch angesprochen zu
den Anforderungen an Wissenschaftlichkeit, der
auch auf Popper zurückgeht: Es ist – wie mir scheint
– wenig Bereitschaft zu erkennen, aus den Irrtümern
der Wirtschaftspolitik zu lernen. Die Methode „try
and error“ wird immer dann versagen, wenn staat-
liche oder private Macht offene Kritik unterdrücken
oder andere wissenschaftliche Meinungen ignorie-
ren. Dies ist in einem gewissen Ausmaß immer der
Fall: es wird dann problematisch, wenn es zum be-
kannten Umschwung von der Quantität in die Qua-
lität kommt.

Bis sich eingefahrene Denkstrukturen verändern,
braucht es in der ökonomischen Wissenschaft seine
Zeit; aber vor allem in der Politik. Aus der Sicht der
begünstigten Interessenten war der Versuch „Mone-
tarismus und Angebotspolitik“ der Chicagoer
Schule ein großer Erfolg. Eine Leitidee mit ideologi-
schem Charakter im Interesse der Wirtschaft, insbe-
sondere der Großwirtschaft, wurde in der Praxis ge-
testet. Nun benötigen wir eine neue Leitidee, eine
wirtschaftspolitische Konzeption, die in der Lage ist,
die alte abzulösen. Das wird einige Zeit erfordern.
Zunächst bedarf es erheblicher Aufklärungsarbeit,

damit zumindest der ideologische Charakter der monetaristischen Politik in der Öffentlichkeit besser erkannt wird. Das bekannte „Wasser“ von John M. Keynes wird kaum die notwendige Reinigungskraft besitzen, um die herrschende Lehre zu beseitigen.

Eine neue Leitidee kann nicht in einem völligen Zurück zu früheren Erkenntnissen bestehen. Schließlich basiert wissenschaftlicher Fortschritt auf der Bereitschaft, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Unumstritten sind aufgrund dieser Erfolge sicherlich die Grundsätze einer dezentralen marktwirtschaftlichen Ordnung und die wesentlichen Erkenntnisse der Keynes'schen Botschaft. Doch in dieser Ordnung hat der Staat keine Verantwortung für einzelne Unternehmen oder Unternehmensgruppen. Sie könnten heute manche Anregung erhalten aus den theoretischen Untersuchungen Josef A. Schumpeters. Ein Unternehmer war für ihn dadurch gekennzeichnet, daß er Innovationen durchführt, bahnbrechende Neuerungen. Dies sollte durch die Erschließung neuer Märkte geschehen oder durch Einführung neuer Produkte und Produktionsprozesse, aber nicht – wie es heute üblich ist – durch das Aufkaufen kleiner und mittlerer Unternehmen. Einfließen in ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild muß eine weitere Herausforderung und zwar die ökologische Umgestaltung der Wirtschaft. Hier ist durch stringente Rahmen- bzw. Datensatzung der Staat gefordert. Durch Internalisierung der externen Kosten muß der Wirtschaft aber auch jedem Einzelnen deutlich gemacht werden, daß Umwelt begrenzt und nicht kostenlos ist.

So scheint die Basis für ein neues Leitbild, das sich nicht mehr an den Interessen einzelner Wirtschaftsteilnehmer orientiert, sondern an den Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft, vorhanden. Aufgrund politischer Fehlentwicklungen und den aktuellen Erfahrungen ist ein wirksamer Umweltschutz das Gebot unserer Zeit. Während ferner nach wie vor Eukken die Grundsätze liefert für die Ordnungspolitik und Keynes zuständig bleibt für die Konjunkturpolitik, sollten wir uns zusätzlich erinnern an etliche Kernaussagen Schumpeters. Sein hohes Lied auf den dynamischen Unternehmer richtet sich allerdings nicht so sehr an den Staat, sondern vor allem an die Akteure auf den verkrusteten Gütermärkten.

Anmerkungen:

- 1) vgl.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bern 1958, Bd. 2, S. 272 f.
- 2) vgl.: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, S. 149 ff.

Bernd Hey/Wolfgang Nahrstedt: Freizeitpolitik und Arbeiterpartei Perspektiven einer Neuorientierung

Prof. Dr. Bernd Hey, geb. 1942, und Prof. Dr. Wolfgang Nahrstedt, geb. 1932, sind Hochschullehrer an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld.

1. Aufgaben sozialdemokratischer Freizeitpolitik

Der Begriff „Freizeitpolitik“ gehört zu den neuen Begriffen des reformerischen „Aufbruchs“ der frühen 70er Jahre. In der Bundesrepublik kam er während der Regierung von Brandt/Scheel in Gebrauch. 1974 wurde er zuerst im Deutschen Bundestag diskutiert (Drucksache 7/1984 v. 2. 4. 74), auf Anregung der Bundesregierung dann auf Kongressen, auf Internationalen Expertengesprächen sowie in Publikationen diskutiert. Erst kurz zuvor war der Begriff „Freizeitpolitik“ in Europa 1970 vom späteren Präsidenten der „Europäischen Gesellschaft für Freizeit“, Alfred Ledermann, in Genf auf dem 1. Europäischen Freizeitkongreß geprägt worden.

Der Begriff „Freizeitpolitik“ ist somit jung. Von Sozialdemokraten in der Bundesrepublik erst seit zehn Jahren verwendet, wurde er bisher jedoch kaum tiefgreifend diskutiert. Es ist deutlich, daß die Perspektive, die in diesem Begriff steckt, im Zusammenhang mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik überhaupt erst deutlich gemacht werden muß. Hinzu kommt, daß dieser Begriff sich, wie der 70er Aufbruch selbst, als zu krisenanfällig erwiesen hat. Kaum zeigten sich 1975 die ersten Wolken der Rezession, verschwand dieser Begriff vor dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit über Nacht in der Versenkung und hat sich erst langsam – zu langsam – aus ihr wieder emporgearbeitet. Tatsächlich gehören die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Vorwärtsstrategie der Freizeitpolitik zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Sonst wird jeder Schritt vorwärts auf dem Wege zu gerechterer Verteilung verknappter Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung unversehens wieder hinter dem Rücken der Arbeitnehmer zu einem Schritt zurück in erneute Fremdbestimmung durch Kapital, Werbung und Kommerz.

Der
bedeu
mehr
beiter
erhält
der
Schwe
freizu
mense
fremd
kratis
der ak
erst ge
Zu
mokr
rigen
auch,
schaf
tergru
lichen
Freize
nen F
lung
Vo
Bund
in de
Raum
für d
Sozia
keit n
nende
chens
und
gibt
Mode
ken u
Na
ven n
folger
schot
wach
defin
recht
ren A
2. Fr
Zu
zur
19. J
Verb
nehm
käm

2. und Prof. Dr. Wolf-
und Hochschullehrer an
r Universität Bielefeld

cher Freizeitpolitik
gehört zu den neuen
„Aufbruchs“ der frü-
republik kam er wäh-
/Scheel in Gebrauch.
ischen Bundestag dis-
2. 4. 74), auf Anregung
f Kongressen, auf In-
hen sowie in Publika-
uvor war der Begriff
70 vom späteren Prä-
Gesellschaft für Frei-
enf auf dem 1. Euro-
ägt worden.

ist somit jung. Von
desrepublik erst seit
er bisher jedoch
s ist deutlich, daß die
riff steckt, im Zusam-
ozialdemokratischen
ch gemacht werden
Begriff sich, wie der
isenanfällig erwiesen
ie ersten Wolken der
r Begriff vor dem
igkeit über Nacht in
st langsam – zu lang-
arbeitet. Tatsächlich
Arbeitslosigkeit und
itpolitik zusammen.
nicht denkbar. Sonst
lem Wege zu gerech-
rbeit durch Arbeits-
wieder hinter dem
inem Schritt zurück
durch Kapital, Wer-

Denn die Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde bedeutet noch nicht per se den Gewinn von 1 Stunde mehr Arbeitnehmerfreiheit. Der alte Kampf der Arbeiterbewegung um Humanisierung der Arbeitszeit erhält mit zunehmender Arbeitszeitverkürzung in der Freizeitpolitik eine jüngere, kämpferische Schwester. Freizeit, wie früher Arbeitszeit, ist erst freizukämpfen, damit sie die Kultivierung der menschlichen Bedürfnisse auch wirklich ohne Entfremdung ermöglicht. Diese Aufgabe sozialdemokratischer Freizeitpolitik ist auf dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Situation überhaupt erst genauer zu verdeutlichen.

Zu klären ist zunächst der Stellenwert sozialdemokratischer Freizeitpolitik im Rahmen der bisherigen sozialdemokratischen Politik. Das beinhaltet auch das Verhältnis von Freizeitpolitik und Gesellschaftsverständnis offenzulegen. Auf diesem Hintergrund ist schließlich zur aktuellen gesellschaftlichen Situation und zur Entwicklung von neuen Freizeitinitiativen innerhalb wie außerhalb der eigenen Reihen aus der Sicht einer Freizeitpolitik Stellung zu nehmen.

Vor allem für NRW, das bevölkerungsreichste Bundesland, mit einem der größten Ballungsgebiete, in denen Menschen und Industrie auf engstem Raum konzentriert sind, ergeben sich insbesondere für die Freizeitpolitik Brennpunkte. Gerade die für Sozialdemokraten erschreckend hohe Arbeitslosigkeit muß ein Ansporn sein, unkonventionell erscheinende Wege einzuschlagen. NRW ist der einzige Flächenstaat, in dem die SPD mit absoluter Mehrheit und damit alleinverantwortlich regiert. Daraus ergibt sich eine besondere Verpflichtung, über neue Modelle der Arbeits- und Freizeitpolitik nachzudenken und neue Maßstäbe zu setzen.

Natürlich kann das Land entsprechende Initiativen nicht ohne Unterstützung der Kommunen verfolgen. Zwar ist in vielen Städten und Gemeinden schon wertvolle Vorarbeit geleistet worden, aber die wachsende Bedeutung der Freizeit und ihre neu zu definierende Bedeutung auf dem Wege zu einer gerechteren Arbeitsgesellschaft zwingt uns zu besonderen Anstrengungen.

2. Freizeitpolitik und Sozialpolitik

Zunächst ist das Verhältnis von Freizeitpolitik zur älteren Sozialpolitik zu klären. Denn seit dem 19. Jahrhundert hat die Arbeiterbewegung um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer unter dem Stichwort Sozialpolitik gekämpft. Dieser Kampf, der bei Arbeitszeiten von bis

zu 16 Stunden täglich und 90 Stunden wöchentlich einsetzte, zielte im Kern auf eine Humanisierung von Lohnarbeit und auf die notwendige soziale Lebensabsicherung. Arbeitszeitverkürzung war in diesem Zusammenhang das wichtigste Bestreben. Heute, über 100 Jahre später, sind wir diesem Ziel näher. Freizeit wurde erkämpft, und sie muß, individuell wie gesellschaftlich, gestaltet werden. Die gesellschaftliche Seite dieser Aufgabe muß Freizeitpolitik übernehmen.

Sozialdemokratische Freizeitpolitik zielt auf die Sicherung von Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Solidarität des Bürgers auch im Freizeitbereich. Sozialdemokratische Freizeitpolitik sichert die *Freiheit der Freizeit*. Darin ist sie die Fortsetzung der Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts und entspricht dem „Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes“. Freizeit- wie Sozialpolitik sind aus dem Kampf der Arbeit gegen das Kapital hervorgegangen. Während die Profitlogik des Kapitals seit der Industrialisierung Natur und Menschen in ihrem Interesse einseitig auszubeuten sucht, bemüht sich eine an Freizeit und Gerechtigkeit für alle orientierte Politik, die Ausbeutung zu stoppen, den Gewinn aus Wissenschaftsfortschritt und Industrialisierung allen Bevölkerungsgruppen, auch den Arbeitern, gleichermaßen zukommen zu lassen, das einseitig profitorientierte kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem langfristig zu überwinden.

In der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital ist Freizeitvermehrung durch *Arbeitszeitverkürzung* zu einem strategischen Mittel der Arbeiterbewegung, d. h. der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der (sozialdemokratischen) Sozialpolitik geworden, um die Ausbeutung durch unmenschliche Arbeitszeiten zu überwinden. Freizeit ist nicht die letzte Stufe in diesem Befreiungskampf, historisch jedoch eine notwendige. Im 19. Jahrhundert ging es zunächst um die Sicherung der materiellen Lebensrechte, damit auch um die Reduzierung von Arbeitszeit und den Gewinn von Lebenszeit. Heute geht es zunehmend um die Verteidigung und Kultivierung der gewonnenen Lebenszeit, damit auch um die „postmaterielle“ Entwicklung von Freizeit. In der Arbeitsgesellschaft von heute hat der Kampf zwischen Arbeit und Kapital eine neue Form erhalten. Das Kapital sucht nun die ihm als Freizeit abgerungene Lebenszeit „hinter dem Rücken der Arbeitnehmer“ erneut in seinem Interesse fremdzubestimmen. Die inhaltliche Sicherung der Freizeit als Zeit der Freiheit im Sinne der Aufklärungsideen sowie die Abwehr des erneuten

Übergriffs des Kapitals auf die Freizeit über Werbung, Medien und Konsumdruck gehören daher heute zu den zentralen Aufgaben einer sozialdemokratischen Freizeitpolitik.

3. Freizeitpolitik als Antwort auf einen neuen Gesellschaftstyp

Freizeitpolitik ist so die politische Antwort auf einen neuen Gesellschaftstyp, der sich aus dem Kampf der Arbeit mit dem Kapital spätestens um die Mitte dieses Jahrhunderts bereits in den „fortgeschrittensten“ Industriegesellschaften, etwa den USA, herauszubilden beginnt und der sich seit den 70er Jahren auch in der Bundesrepublik formt. Dieser Gesellschaftstyp ist dadurch gekennzeichnet, daß Freizeit zu einem wichtigen gesellschaftlichen Strukturelement wird.

Die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts – vor allem durch die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften und das politische Wirken der Arbeiterparteien – bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts schrittweise herausbildenden *Zeitblöcke* der Tagesfreizeit (Feierabend), Wochenfreizeit (Wochenende), Jahresfreizeit (Urlaub), Lebensfreizeit (Rentnerfreizeit) führen zu einer historisch völlig neuartigen Lebensstruktur des Bürgers und Zeitstruktur der Gesellschaft. Diese Struktur wurde in der entstehenden Industriegesellschaft mit der Trennung von Wohnort und Betrieb bereits vorgezeichnet. Sie schlägt jedoch erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts voll durch, seit die Rationalisierung der Produktionsarbeit die Verkürzung der Lohnarbeit zugleich ermöglicht und erzwingt und ein erträglicher materieller Wohlstand auch für breite Kreise der Arbeiterschaft erreicht scheint, seitdem jedoch zunehmend wieder gefährdet wird.

Arbeit bleibt zentral, Freizeit erhält jedoch eine zunehmend wichtige Funktion. Freizeit stellt keinen unbedingten Gegensatz zur Arbeit dar. Im Gegenteil: Sie eröffnet einen neuen freieren Zugang zur Arbeit. Kann jedoch der neue Gesellschaftstyp noch wie bisher ohne Einschränkung als „Arbeitsgesellschaft“ bezeichnet werden? Oder ist er modifizierter als eine Arbeits-Freizeit-Gesellschaft oder besser zu charakterisieren? Das scheint nicht nur eine für Freizeitpolitik wichtige Frage, um bereits sprachlich ihren gesellschaftlichen Bezugspunkt genauer zu klären.

Die Grundwerte-Kommission der SPD geht 1982 offensichtlich davon aus, daß die zunehmende Freizeitorientierung der Arbeitsgesellschaft zu einer humaneren Arbeitsgesellschaft und zu einem verän-

derten Arbeiter-Typ führt. Während „konservative Meinungsforscher [...] das moralisch-normative Fundament unserer Industriegesellschaft wanken“ sähen, suchten „Kritiker des alten Arbeits- und Pflichtethos [...] einen humaneren Typus des ‚homo faber‘ zu entwickeln, der nicht länger leben will, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um zu leben oder gar in der Arbeit leben möchte“. Dieser „Wertwandel“ enthält durchaus konstruktive Züge, so in der „Bereitschaft zur Teilnahme an selbstorganisierten Formen des Lebens und Arbeitens“. Auch Willy Brandt geht 1983 in einem Vorwort zum Buch von Marie Jahoda „Wieviel Arbeit braucht der Mensch?“ davon aus: „Arbeitszeitverkürzung ist [...] auch ein Weg voran in die Zukunft einer menschlicheren und gerechteren Arbeitsgesellschaft“. Gegenwärtig befinden wir uns nach diesen Auffassungen offensichtlich in einer Übergangssituation. Die ältere Arbeitsgesellschaft steckt in einer „Krise“. Eine „menschlichere und gerechtere Arbeitsgesellschaft“ mit einem „humaneren Typus des ‚homo faber‘“ zeichnet sich als Perspektive ab. Freizeitpolitik hat über eine Absicherung und Entwicklung der neu gewonnenen Freizeitelemente die durch Freizeit mögliche Humanisierung der „Arbeitsgesellschaft“ voranzutreiben.

Dabei zeichnet sich die Krise der älteren Arbeitsgesellschaft durch eine *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen* aus: Einerseits droht der Rückfall in überholte geglaubte Formen der Ausbeutung, des Mißbrauchs von Arbeitslosigkeit zur Lohnreduzierung, Einschüchterung am Arbeitsplatz, Stützung konservativer Ideologie und Praktiken. Andererseits ist der seit 100 Jahren beschränkte Weg zum humaneren Ausbau der „Arbeitsgesellschaft“ auch über Freizeit und durch Freizeitpolitik verstärkt fortzusetzen. Das eine darf ohne das andere heute nicht mehr sein. Die Idee einer humaneren Arbeitsgesellschaft muß Freizeit als integralen Bestandteil der Gesellschaft akzeptieren. Sonst wird sozialdemokratische Politik unrealistisch und überläßt die von der Arbeiterbewegung selbst hervorgebrachten progressiven Gesellschaftselemente weiterhin den konservativen Kräften.

Erst die Nachkriegsrezessionen von 1967/68 und die seit 1975 lassen jedoch auch in der Bundesrepublik voll bewußt werden, daß die neuartige Lebens- und Gesellschaftsstruktur nicht mehr – im Sinne der Wiederherstellung vorheriger Verhältnisse – historisch überholbar ist, sondern im Gegenteil sogar Grundlage für einen weiteren Gesellschaftsumbau werden muß, soll der weiterhin zentrale Lebens- und

Gesellschaft
teilt werde

Für die
schen Frei
sichtlich
beit, sond
mit geprä
zialdemol
klang zu
bisherige
kratie stel
den sie po
eine „Art
mern erka
Konzepti
in der soz
50er Jahr
schaftstyp
schaft“,
schaft“ b
verdeutli
griffs, der
bewegung
wie kultu

Wir al
Arbeiter
Arbeiterl
sehr – no

Leser

Frech

Geger
„Die SP
wirklich
mann Se
in der N
und läßt
Scheer
nicht les
Frech
Buch ga
Munde
die ‚Am

Während „konservative“ moralisch-normative „Kriegesgesellschaft wanken“ des alten Arbeits- und „humaneren Typus des“, der nicht länger leben „arbeiten, um zu leben“ möchte“. Dieser „Wertwandel“ so in „konstruktive Züge, so in „Anstrengung an selbstorganisierendem Arbeiten“. Auch Willy Brandt im Vorwort zum Buch „Arbeitszeitverkürzung“ Arbeit braucht der „Arbeitszeitverkürzung“ in die Zukunft einer „Arbeitsgesellschaft“ wir uns nach diesen „in einer Übergangsgesellschaft steckt in einer „Arbeitsgesellschaft“ und gerechtere „Arbeitsgesellschaft“ ab. Freizeitelemente die „Arbeitsgesellschaft“ über die „Arbeitsgesellschaft“ droht der Rückfall in die Ausbeutung, des „Arbeitsplatz, Stützung“ Praktiken. Anderer- „Arbeitsgesellschaft“ auch „Arbeitsgesellschaft“ heute „Arbeitsgesellschaft“ integralen Bestandteil „Arbeitsgesellschaft“ wird sozialde- „Arbeitsgesellschaft“ und überläßt die „Arbeitsgesellschaft“ hervorgebrachten „Arbeitsgesellschaft“ weiterhin den „Arbeitsgesellschaft“ von 1967/68 und „Arbeitsgesellschaft“ in der Bundesrepu- „Arbeitsgesellschaft“ die neuartige Lebens- „Arbeitsgesellschaft“ t mehr – im Sinne der „Arbeitsgesellschaft“ – histo- „Arbeitsgesellschaft“ im Gegenteil sogar „Arbeitsgesellschaft“ Gesellschaftsumbau „Arbeitsgesellschaft“ zentrale Lebens- und

Gesellschaftsfaktor Lohnarbeit sozial gerecht verteilt werden.

Für die Ortsbestimmung einer sozialdemokratischen Freizeitpolitik wird wichtig, wie dieser offensichtlich neuartige, nicht mehr nur durch Lohnarbeit, sondern auch in starkem Maße durch Freizeit geprägte Gesellschaftstyp mit der bisherigen sozialdemokratischen Gesellschaftsauffassung in Einklang zu bringen ist. Zentrale Orientierung für die bisherige Gesellschaftsauffassung der Sozialdemokratie stellt der Begriff „Arbeit“ dar. Ihr Gegenstand, den sie politisch mitformen will, war und ist bisher eine „Arbeitsgesellschaft“. Die von den Arbeitnehmern erkämpfte Freizeit wurde in dieser politischen Konzeption vernachlässigt. Demgegenüber werden in der sozialwissenschaftlichen Diskussion seit den 50er Jahren zur Kennzeichnung des neuen Gesellschaftstyps Begriffe wie „nachindustrielle Gesellschaft“, „Freizeitgesellschaft“, „Tätigkeitsgesellschaft“ bemüht. Diese Bezeichnungen suchen zu verdeutlichen, daß die Bedeutung des Arbeitsbegriffs, der bisher das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung bestimmt hat, sich ökonomisch, politisch wie kulturell verschiebt.

Wir alle wissen aus täglicher Erfahrung, daß die Arbeiter heute im Gegensatz zu den Anfängen der Arbeiterbewegung, von der wir alle – vielleicht zu sehr – noch immer zehren und träumen, lieber in ih-

ren Schrebergarten als zur Parteiversammlung gehen. Statt zur 1.-Mai-Demonstration fahren sie mit ihren Familien ins Grüne. Viele Ortsvereine haben daraus die Konsequenz gezogen, ihre Aktivitäten verstärkt auf Freizeitangebote, Kinderfeste, Seniorentreffs, Stadtteilfeste zu verlegen. Praktisch hat der politische „Wertwandel“ und damit der Weg in die Freizeitpolitik in den Ortsvereinen und Kommunalverwaltungen längst begonnen. Doch darf der sich hier andeutende Wertwandel nicht überschätzt werden. Zwar hat sich der Bevölkerungsanteil der in Lohnarbeit Stehenden auf 40 % reduziert, zwar ist für größere Bevölkerungsgruppen Lohnarbeit zeitweise oder langfristig nicht mehr konstitutiv, aber die zentrale Stellung der Lohnarbeit im gesellschaftlichen Zusammenhang von Lebenssicherung, Identität, Ausbildung ist bisher ungebrochen. Gerade deshalb wird ihre gerechte Neuverteilung zur zentralen sozialen Kampffrage des kommenden Jahrzehnts. Der neue Gesellschaftstyp ist also dadurch gekennzeichnet, daß Lohnarbeitszeit sich verkürzt hat und weiter verkürzen muß, um gerechter verteilt zu werden, daß Freizeit als Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensabschnitt einen großen Anteil erhält und daß Arbeit und Muße auf Arbeitszeit und Freizeit neu zu verteilen sind, d. h. daß sowohl mehr Muße in die Lohnarbeit kommt als auch neue Arbeitsformen in die Freizeit aufgenommen werden.

Leserbriefe

Freche Unterstellungen

Gegen einen ordentlichen Verriß meines Buches „Die SPD – staatsreu und jugendfrei“ habe ich wirklich nichts einzuwenden. Aber die Kritik Hermann Scheers („Die Zukunft den Komödianten?“) in der Neuen Gesellschaft ist so dreist wie dumm und läßt nur einen Schluß zu: Entweder Hermann Scheer hat das Buch nicht gelesen oder er kann gar nicht lesen.

Frech werden mir Meinungen unterstellt, die das Buch gar nicht enthält, es wird mir das Wort im Munde herumgedreht. Nur ein Beispiel: „Er fordert die ‚Amerikanisierung‘ unserer Werte, eine ‚Wende‘

in der ‚Konkurrenzmentalität‘ nach amerikanischem Vorbild – eine Moral, die sich in der Individualität ausdrückt“. Folgerichtig hat Michal nur Hohn übrig für Willy Brandts letzte Kolumne als SPD-Vorsitzender im Sozialdemokrat-Magazin, als dieser warnte vor der ‚Vorherrschaft des schieren Eigennutzes und der Individualität um jeden Preis, die seit Jahren unter neokapitalistischer ideologischer Flagge blüht‘. Was inhaltlich statt dessen heute angesagt sei, steht nach Michal heute im ‚Tempo‘, das er als ‚Zentralorgan der Metropolen-Jugend‘ bezeichnet. . . . „Durch seine Schrift zieht sich wie ein halbseidener Faden die Meinung, die SPD solle Hure und die SPD-Repräsentanten sollten Zuhälter des